Montag, 16. Juli 1984 - D **

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1. – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 164 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Streik-Folgen: Innenminister Zimmermann hat staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Ausschreitungen gegen Arbeitswillige *beim Drucker-Streik* verlangt. Es seien „erhebliche Rechtsverstöße" und „schlimmste Demütigungen" vorgekommen. (S. 8)

Richterrecht: Für „mehr richterliche Zurückhaltung" bei Entscheidungen, *die eigentlich der* Gesetzgeber zustande bringen müßte, hat sich der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Roman Herzog, ausgesprochen. (S. 8)

Hausbesetzer: Vor einer Art Amnestie durch *die Hintertür* warnt der Berliner Justizsenator Oxfort angesichts von Überlegungen des Wohnungsbau-Unternehmens Neue Heimat, Strafanträge gegen 161 Hausbesetzer zurückzuziehen. (S. 4)

Sowjet-Rüstung: Die Sowjetunion modernisiert nach einem Bericht der japanischen Tageszeitung „Yomiuri Shimbun" gegenwärtig in schnellem Tempo ihre chemischen Waffen. (S. 5)

Libanon: *Die Führer von zwei* prosyrischen Milizen haben sich am Sonntag *darauf geeinigt*, ihre Kämpfe im nördlichen Libanon einzustellen. In den Gefechten waren 30 Menschen getötet und 150 verwundet worden.

Neuseeland: Nach dem Wahlsieg seiner Labour-Partei hat der künftige Premierminister Lange Kontinuität in der Außenpolitik versprochen. *Es gebe keinen Grund* zu der Besorgnis, die neue Regierung werde das Anzus-Verteidigungsbündnis mit den USA und Australien gefährden. (S. 6)

Subventionsbeirat: Der wirtschaftspolitische Sprecher der *CDU/CSU-Bundestagsfraktion*, Wissmann, fordert einen „Subventionsbeirat" der Bundesregierung. Das Gremium aus Wirtschaftspraktikern und Wissenschaftlern soll Vorschläge zum Abbau von Subventionen unterbreiten.

El Salvador: Links-Guerrillas haben 40 Kilometer nördlich der Hauptstadt einen Zug gesprengt und dabei sowie im anschließenden Feuergefecht mit der Polizei 31 Menschen getötet.

Mitterrand: Der französische Staatspräsident hat die bisher größte Steuersenkung der Nachkriegszeit versprochen. Sie soll bereits im kommenden Jahr wirksam werden und insgesamt acht Prozent betragen. (S. 6)

Heute: Staatspräsident Duarte in Bonn. – EG-Landwirtschaftsminister tagen in Brüssel. – Rund 100 Staaten beraten bei der UNCTAD über Reduzierung der Billigflaggen.

ZITAT DES TAGES



»Wir wollen die Koalition mit der FDP über 1987 hinaus fortsetzen. Die FDP hat eine echte Chance, wieder in den nächsten Bundestag einzuziehen«

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, im Gespräch mit der WELT (S. 4) FOTO: KLAUS MEHNER

WIRTSCHAFT

US-Aktien: Die Märkte reagierten auf die Meldungen von neuen Fortschritten im Kampf gegen die Inflation sowie über ein solideres Wachstum der Einzelhandelsumsätze und der Industrieproduktion; Optimismus machte sich breit, und die Kurse folgten den steigenden Renten-Notierungen. (S. 9)

Bahn bildet aus: Die Bundesbahn hat angekündigt, daß sie auch 1984 wieder mehr Lehrlinge, als für den eigenen Bedarf benötigt werden, ausbilden will. Mit 4 750 Lehrstellen sollen alle verfügbaren Plätze besetzt werden.

Innerdeutscher Handel: Die Hoffnungen auf eine Ausweitung des „DDR"-Geschäfts seien gegenwärtig gedämpft, erklärt das Ifo-Institut. Ursächlich seien die schlechten Verkaufsergebnisse Ende 1983 und der ersten Monate 1984 und die mageren Ergebnisse der Leipziger Frühjahrsmesse.

IBH-Konkurs: Der Konkursverwalter der IBH-Holding, Petereit, wird dem Gläubigerausschuß eine Schadensersatzklage von 62,8 Millionen Mark gegen General Motors vorschlagen. Grund: Unregelmäßigkeiten bei den Kapitalerhöhungen. (S. 10)

KULTUR

Schiller-Theater: In Berlin wurde „Die Jungfrau von Orleans" unter Günter Krämer zu einem imponierenden Lichtspiel der Beleuchtungsregie. Die Zuschauer quittierten das Steckenbleiben in Äußerlichkeiten denn auch mit Buh-Rufen. (S. 15)

„DDR"-Kunst: Die Ausstellung „Durchblick" des „Ludwig-Instituts für Kunst der DDR Oberhausen" spiegelt nichts weiter als den Sammeleifer und die Vorlieben eines Mannes wider, der die politische Geographie mit Kunstlandschaften *verwechselt*. (S. 15)

SPORT

Leichtathletik: Der sowjetische Weltmeister Sergej Bubka stellte in London mit 5,90 m einen neuen Weltrekord im Stabhochsprung auf. Bubka verbesserte den Rekord zum dritten Mal. (S. 12)

Tennis: Die USA und Australien haben nach Siegen über Argentinien und Italien das Halbfinale im Davis-Cup erreicht. Die USA sind 28maliger Rekordgewinner, Australien gewann im Vorjahr.

AUS ALLER WELT

Schatzsuche: Eine neue Spezies von „Schatzsuchern" macht den Landesarchäologen der Bundesländer Sorgen. Sie beklagen auf ihrer Jahresversammlung in Wyk auf Föhr die „Metall-Detektor-Seuche", da bei rund 1,5 Millionen verkauften Geräten zumindest mit einem großen Teil davon Raubgrabungen betrieben würden. (S. 16)

Tonnenweise Falschgeld: Die französische Polizei hat fünf Tonnen in Italien geprägter falscher 10-Francs-Münzen im nominalen Gesamtwert von 1,7 Millionen Mark am Grenzübergang von Italien nach Frankreich auf einem LKW sichergestellt.

Wetter: Schauer, kühl; bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Spekulationen um Strauß. CSU macht ihren Anspruch deutlich

Tandler erhofft sich mit Strauß in Bonn „mehr Schwung" / Vizekanzler?

DW. Bonn

Äußerungen führender CSU-Politiker und ein Treffen von Franz Josef Strauß mit dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher haben Spekulationen darüber forciert, ob ein Eintritt des CSU-Chefs in die Bundesregierung bevorsteht. Mit Interesse wird der heutigen CSU-Vorstandssitzung *in München entgegengesehen*. Möglicherweise wird sich Strauß zu der seit Wochen diskutierten Frage persönlich äußern.

Einen Anspruch von Strauß auf einen Platz am Bonner Kabinettstisch hatten am vergangenen Wochenende CSU-Generalsekretär Gerold Tandler und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, einer der stellvertretenden CSU-Vorsitzenden, erhoben. Tandler sagte auf der Landesversammlung der Schüler Union Bayern, Strauß würde als Kabinettsmitglied in Bonn ein bißchen „mehr Schwung" in die politischen Entscheidungen bringen. Zimmermann erklärte, er sei seit Oktober 1982 dafür, daß der CSU-Chef als dritter Parteivorsitzender im Bundeskabinett vertreten sein sollte. Die „Bild"-Zeitung schreibt heute, die CSU sei jetzt „fest entschlossen, für Strauß das Amt des *Vizekanzlers* zu fordern – und zwar ohne bestimmte Ressorts". Der CSU-Chef wolle im *Frühjahr 1985* in die Regierung Kohl eintreten. Nach den Informationen des Blattes ist es denkbar, daß Strauß die Koordination der Geheimdiensteund feste Funktionen im Bundessicherheitsrat übernimmt, in dem alle brisanten außen- und innenpolitischen Fragen behandelt werden.

Die FDP zeigte sich bemüht, die Begegnung Strauß–Genscher vom vergangenen Freitag als „ein Stück

SEITE 4:
WELT-Gespräch mit Dregger

Normalität" erscheinen zu lassen. Genscher äußerte in der „Abendzeitung", der CSU sei freigestellt, ihren Vorsitzenden in die Bundesregierung zu entsenden. Auf die Frage, ob er sich Strauß als Außenminister vorstellen könnte, antwortete der FDP-Vorsitzende: „Da das Amt im Augenblick besetzt ist, ist das eine theoretische Frage." Genschers designierter Nachfolger an der Parteispitze, Wirtschaftsminister Bangemann, beschrieb den Standpunkt der FDP: Ihr seien nach den Koalitionsabsprachen drei bestimmte *Ressorts* zugewiesen worden. „Daran halten wir fest, dabei *bleibt es, und da ist auch kein Platz* für Repräsentanten anderer Parteien frei", erklärte Bangemann.

In der CSU artikulierte sich am vergangenen Wochenende der Unmut über die in den Augen der bayerischen Unionspartei mangelnde Durchschlagskraft der Regierung Kohl/Genscher. Generalsekretär Tandler machte kein Hehl aus der Einschätzung, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung unzureichend sei. Er bemängelte ferner, daß die Entscheidung über Kaufanreize für abgasgereinigte Autos auf den Herbst vertagt und die Steuerreform auf 1986 und 1988 aufgeteilt worden sei. Durch den Aufschub der Entscheidung über umweltfreundliche Autos sei die Chance verpaßt worden, Innenminister Zimmermann in der Öffentlichkeit schlechthin als „den Umweltminister" zu bestätigen.

Der Sparpolitik von Bundesfinanzminister Stoltenberg hielt der CSU-Generalsekretär entgegen, daß die Union in ihrer Oppositionszeit nicht nur die Sanierung des Haushalts, sondern auch höhere staatliche Investitionen und Leistungsanreize durch eine *Steuerreform* verlangt habe.

DER KOMMENTAR

Mehr Schwung

HERBERT KREMP

Die Personalspekulation ist der dramaturgische Höhepunkt des politischen Sommertheaters, wie es sich in den Jahren entwickelt hat. Daß das Sommertheater ausfallen könnte, gehört zu den ärgsten Befürchtungen der Gegner des jeweils amtierenden Kanzlers. Man hofft daher in diesen Kreisen inständig, daß die Re*gierenden selbst so gut sein möch*ten, das gegen die eigenen Interessen gerichtete „Spiel der Mächtigen" zu inszenieren. Die waren bisher auch meistens so gut.

Wird es also wieder theaterdonnern – zu Nutz und Frommen der spitzen Kritikergriffel? Es kafkat, es brodelt, es werfelt, es kischt, wie wenn Wasser mit Feuer sich mengt, persiflierte die Prager Literatenszene einmal den Element-Aufruhr in Schillers „Taucher" – und den eigenen wirbeligen Betrieb. Ob es nun im Bonner Sommer unausgesetzt straußelt und genschert und boenischt und kohlt? Die Nachrichtenszene des Wochenendes läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen.

Genau gelesen, ließen sich Minister Zimmermann und Generalsekretär Tandler über den Gang von FJS nach Bonn nur hypothetisch und spekulativ aus. Daß dieser dort „einen Platz" zu beanspruchen habe, daß er dort „mehr Schwung" reinbringen würde und daß man das immer schon gesagt habe, sind altbekannte Selbstverständlichkeiten. Das einzige, worauf das Publikum eigentlich noch wartet, ist die Meinung von Strauß selbst. Er kann nicht mehr andere über sich reden lassen. Die wollen mit ihm gutstehen, das merkt man bei den Freundessätzen. Aber er ist der Vorsitzende – und nicht das Orakel von Delphi-Freising.

Wirklich interessant an der lau*fenden Diskussion ist gar nicht* die Person, sondern die politische Konzeption, für die sie namhaft gemacht wird. Die CSU ist der Meinung, daß die Regierung so zusammengesetzt und ihre Arbeit so ausgerichtet werden müsse, daß die beiden Unionsparteien bei den nächsten Bundestagswahlen zusammen stärker würden als die Sozialdemokraten und die Grünen. Das ist die Doppelallianz-Theorie. Die CDU rechnet für 1987 weiterhin mit dem Erfolg der FDP, wie Alfred Dregger dieser Zeitung sagte. Daraus ergibt sich die Tripelallianz-Theorie. Die andere, sagt Dregger, „ist nicht unser Konzept".

Was ist richtig? Im Falle von Theorien eine gute, aber nicht sehr ergiebige Frage. Entscheidend für die Bundesregierung ist eine gute Politik. So schlecht ist sie nicht. Daß sie besser sein könnte, bemerken die Bayern zu Recht. In jedem Fall gibt es für gute Politik keinen Ersatz. Das unterscheidet Politik im übrigen von den meisten Personen.

Moskauer Kritik an Kirche in Polen

Politische Prozesse gegen Priester? / Spekulationen um Amnestie zum Nationalfeiertag

DW. Warschau

In Polen sind mehrere neue politische Strafverfahren eingeleitet worden. Bei dem zuständigen Gericht in Warschau hat die Staatsanwaltschaft Anklageschriften gegen den Priester Jerzy Popieluszko und den Rechtsanwalt Maciej Bednarkiewicz eingereicht. Dem Danziger Priester Henryk Jankowski, Beichtvater von Arbeiterführer Lech Walesa, wurde zusätzlich zu bereits früher erhobenen Anklagen vorgeworfen, öffentlich zum Ungehorsam gegenüber den Behöden aufgerufen zu haben. Die beiden Geistlichen hatten sich in der Vergangenheit mehrmals demonstrativ zu den Zielen der Gewerkschaft „Solidarität" bekannt.

Dem Anwalt Bednarkiewicz wird vorgeworfen, einem Deserteur der Sondereinheiten der Polizei geholfen zu haben.

Es ist möglich, daß das Vorgehen gegen die Priester auf Druck der Sowjets geschieht. Moskau sieht nach wie vor mit starkem Argwohn auf das Engagement der katholischen Kirche in Polen. Symptomatisch dafür ist ein Artikel der sowjetischen Zeitung „Sozialistischeskaja Industria" zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Polen am 22. Juli. Die Kirche, so heißt es darin, sei „weit davon entfernt", die sozialistische Ordnung zu unterstützen. Diese Tatsache, so das Sowjet-Blatt, zusammen mit einem zweiten Problem, der im wesentlichen auf privater Ebene betriebenen Landwirtschaft, erschwere den Fortschritt im Sinne einer sozialistischen Wirtschaft und der ideologischen Einheit Polens. Politische Beobachter sehen in dem Artikel auch eine Anspielung auf den vom polnischen Episkopat *gewünschten und von westlichen* Bischofskonferenzen initiierten Hilfsfonds für die private Landwirtschaft in Polen. Dem Vernehmen nach werden zur Zeit letzte Einzelheiten dieses Programms erörtert.

Der Prozeß gegen die vier führenden Mitglieder des „Kommitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KOR) soll am Mittwoch fortgesetzt werden. Über die Frage, ob der KOR-Prozeß zu Ende geführt wird und welches Ausmaß die zum 22. Juli erwartete Amnestie haben wird, kursierten am Wochenende verschiedene Vermutungen. Angeblich soll die letzte Entscheidung darüber im Polit-Büro noch nicht gefallen sein. Der Sejm ist zum Vorabend des Nationalfeiertags zu einer Sondersitzung einberufen worden.

Am Mittwoch soll im KOR-Prozeß der 50jährige Jacek Kuron vernommen werden, der als Hauptorganisator von KOR gilt. Teilnehmer beschrieben den Verlauf des ersten Prozeßtages am vergangenen Freitag als ruhig. Die Angeklagten hätten in einer Pause auch Gelegenheit gehabt, *mit Familienangehörigen zu sprechen*. Die vier führenden KOR-Mitglieder werden von insgesamt neun Anwälten verteidigt. Das Gericht besteht aus einem Oberst, einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Auch der Staatsanwalt ist ein Vertreter des Militär. Zutritt zu dem sehr kleinen Gerichtssaal hatten außer den Anwälten nur knapp 30 Personen, der größte Teil waren Vertreter des Innenministeriums. Zusätzlich eingelassen wurde der Arzt Marek Edelmann, einer der wenigen Überlebenden des Aufstands im Warschauer Ghetto.

Ruft Frau Thatcher den Nationalen Notstand aus?

FRITZ WIRTH, London

Die Streiklage in Großbritannien hat sich am Wochenende so zugespitzt, daß die Regierung Thatcher erwägt, den nationalen Nostand auszurufen. Das Krisen-Komitee des Kabinetts tritt heute zusammen, um die Lage zu beraten. Die Lage ist besonders ernst geworden durch die Ausweitung des Hafenarbeiterstreiks, der seit Anfang der vergangenen Woche fast sämtliche großen Häfen in Großbritannien stillgelegt hat. Verhandlungen zur Beilegung dieses Streiks brachen Freitagnacht nach neun Stunden ergebnislos zusammen.

Der Streik kann schon in naher Zukunft zu ernsten Versorgungsschwierigkeiten führen und außerdem weite Teile der britischen Industrie lahmlegen, die von der Rohmaterial-Zufuhr abgeschnitten ist. Der Streik ist außerdem ein schwerer Schlag für die britische Exportindustrie.

Der Schiffs-Passagierverkehr nach England war bisher von diesen Streikaktionen weitgehend verschont geblieben. Der Vorstand der Hafenarbeiter-Gewerkschaft beschloß am Wochenende jedoch, seinen Mitgliedern zu empfehlen, den Streik auch auf den Personenverkehr in den Häfen der Kanalküste auszudehnen. Die 520 Hafenarbeiter in Dover werden heute darüber abstimmen. Sollte Dover ebenfalls stillgelegt werden, würde dies zu Beginn der britischen Urlaubssaison beträchtliche Folgen haben.

Am Sontag selbst waren in Dover noch keine Krisensignale zu entdecken. Der vermutete Ansturm auf die Kanalhäfen blieb aus. Es blieben sogar eine Reihe von gebuchten Plätzen frei, weil einige Reisende offenbar ihre Trips abgesagt hatten aus Furcht, später nicht mehr nach England zurückkehren zu können.

Die Regierung will mit ihren Notstandsmaßnahmen, die den EInsatz von SOldaten in den Häfen zur Folge haben würde, noch einige Tagen warten. Sollte jedoch die nächste Verhandlungsrtunde wieder zusammenbrechen, für die bis zur Stunde noch kein Termin festgelegt wurde, bliebe kaum ein anderer Ausweg. „Wir können nicht hinnehmen, daß dieses Land von einer kleinen Minderheit von höchstens 200 000 erpreßt wird, die versuchen, ihren Willen den anderen 55 Millionen Bürgern dieser Nation aufzuzwingen," warnte Premierministerin Thatcher gestern in einer Rede.

Sie steht mit den erwogenen Notstandsmaßnahmen jedoch schon allein aus technischen parlamentarischen Gründen unter Zeitdruck. Notstandsmaßnahmen müssen innerhalb von fünf Tagen vom Parlament sanktioniert werden. Die jährliche Amtsperiode des Parlaments geht aber schon in 14 Tagen zu Ende. Der letzte Notstand in Großbritannien wurde vor elf Jahren in der Amtszeit Edward Heath während des Bergarbeiterstreiks ausgerufen.

Der Hafenarbeiterstreik, der erst am letzten Montag begonnen hatte steht in direktem Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Bergarbeiter-

Fortsetzung Seite 8

Halbe Mehrwertsteuer für ‚saubere' Autos?

Zimmermann für eine Lösung, die uns „absolut zur Nummer 1 in Europa macht"

DW. München/Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ist offensichtlich entschlossen, notfalls einen nationalen Alleingang bei der Förderung abgasgereinigter Autos zu wagen, falls es zu keiner EG-weiten Regelung mehr kommt. Zimmermann vertrat die Auffassung, das Bundeskabinett werde im September in dieser Frage zu einer Lösung kommen, „die uns absolut zur Nummer eins in Europa macht". In der Bundesrepublik Deutschland werde es entweder einen besonderen Kaufanreiz für abgasgereinigte Autos oder eine Halbierung der Mehrwertsteuer geben, sagte der Minister vor der Schüler Union Bayern.

Der CSU-Politker räumte ein, daß bei einem Alleingang schwerwiegende Folgen auf die deutsche Automobilwirtschaft zukämen. Wenn französische, englische und italienische Autos nicht mehr importiert werden dürften, weil sie noch keinen Katalysator haben, dann bringe ein entsprechendes Exportverbot deutscher Au*tomobile in diese* Länder einen Produktionsausfall von 20 Prozent. Immerhin seien 1983 mehr als 700 000 Pkw im Produktionswert von 10 Milliarden Mark mehr in diese drei Länder exportiert als von dort importiert worden. Wenn vom 1. September 1986 an – dann bieten die Automobilfirmen nach den Betriebsferien traditionsgemäß ihre neuen Modelle an – nur Autos neu zugelassen würden, die mit ihren Katalysatoren die US-Abgasgrenzwerte erfüllen, wäre nach Zimmermanns Rechnung die Hälfte der deutschen Jahresproduktion von 4,3 Millionen Autos betroffen.

Die Darstellung des Geschäftsführers Achim Diekmann vom Verband der Automobilindustrie, ein Katalysator koste 5000 Mark, nannte der Bundesinnenminister eine „Frechheit vom Fachwissen her". Einem Geschäftsführer, der sich so verhalte, hätte er am selben Tage noch „den Blauen Brief persönlich überreicht".

Zu der vom Bundeskabinett bis September aufgeschobenen Entscheidung über direkte Kaufanreize für abgasgereinigte Autos sagte Zimmermann, bei den Beratungen der Regierung seien am Schluß nur noch Finanzminister Stoltenberg und Wirtschaftsminister Bangemann gegen diesen Vorschlag gewesen. Bundeskanzler Kohl habe schließlich ge*sagt, daß ihm der „Kaufanreiz als solcher"* auch nicht gefalle und daß man vielleicht über einen halbierten Mehrwertsteuersatz für die abgasgereinigten Autos nachdenken sollte.

Vor einem nationalen Alleingang warnte wiederum Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP). Ihm widersprach der FDP-Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hoffie, der sich ausdrücklich für eine deutsche Vorreiterrolle einsetzte. FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann forderte die Abschaffung von bleihaltigem Normalbenzin binnen drei Jahren. Danach sollte – vorübergehend – nur noch Superbenzin, das Blei enthält, erhältlich sein.

Manila: Plötzlicher Tod des Kronzeugen im Fall Aquino

Neue Zweifel an Regierungsversion zum Mord an früherem Senator

DW. Manila

Der Kronzeuge der philippinischen Regierung bei den Untersuchungen im Mordfall Benigno Aquino ist in einem Militärkrankenhaus gestorben. Wie die amtliche Nachrichtenagentur PNA *am Wochenende* meldete, war der 44jährige Rosendo Cawigan erst am Montag in das Krankenhaus eingeliefert worden. Als Todesursache wurde eine Herzerkrankung angegeben, über die zuvor jedoch nichts bekannt gewesen war.

Die Behörden versicherten, die Un*tersuchung des Mordes an Aquino* werde durch den Tod des Zeugen nicht beeinträchtigt. Der zur Klärung des Mordes an dem Oppositionspolitiker eingesetzte Ausschuß habe vor einer Woche die Zeugenvernehmung beendet. Cawigans Zeugenaussage sei im Protokoll festgehalten.

*Cawigan, der sich selbst als Mit*glied der Kommunistischen Partei und als Doppelagent bezeichnete, hatte vor dem Ausschuß angegeben, Aquino sei das Opfer einer kommunistischen Verschwörung geworden. Damit stützte er die Aussage der Regierung, der angebliche Mörder Aquinos, Rolando Galman, sei von den philippinischen Kommunisten beauftragt worden, Aquino zu töten.

Der frühere Senator Aquino war bei der Ankunft auf dem Flughafen Manilas einem Attentat zum Opfer *gefallen. Unmittelbar nach den* Schüssen auf Aquino war Galman von philippinischen Soldaten getötet worden. Unterdessen sind weitere Zweifel an der Regierungsversion aufgetaucht. Zwei philippinische Anwaltsvereinigungen legten dem Untersuchungsausschuß vergangene Woche Berichte *vor, in denen sie auf*grund eigener Ermittlungen zu dem Schluß kommen, daß Aquino von umstehenden Sicherheitsbeamten und nicht von Galman erschossen worden sei. Aquino sei so von Sicherheitskräften umringt gewesen, daß Galman unmöglich den tödlichen *Schuß auf ihn habe abgeben können.*

Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission hat im Laufe ihrer monatelangen Ermittlungen 185 Zeugen vernommen. Der Abschlußbericht soll am 21. August, dem ersten Jahrestag des Mordes, der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

„Honecker kommt im September"

DW. Bonn

CSU-Chef Franz Josef Strauß geht davon aus, daß „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker Ende September in die Bundesrepublik Deutschland kommen wird. Strauß sagte in einem Interview der „Bild"-Zeitung, Honecker werde voraussichtlich Nordrhein-Westfalen, Bayern und das Saarland besuchen. Er, Strauß, erwarte, daß als Folge des Besuchs die Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze an den Kontrollpunkten weiterhin so gut bleiben wie sie im letzten Jahr gewesen seien und daß sie noch besser werden. Der kleine Grenzverkehr könnte noch mehr erleichtert werden. Weiter erwartet Strauß Verbesserungen beim Mindestaumtausch. Auch die Ausreise von „DDR"-Bewohnern werde weitergehen. Er erwarte jedoch noch keine Senkung des Reisealters .

Kreml gibt Irak Milliarden-Kredit

DW. Paris/Kairo

Irak hat seine militärischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion weiter vertieft und bekommt von Moskau einen Langzeit-Kredit über zwei Milliarden Dollar mit einem geringfügigen Zinssatz. Dies sagte der stellvertretende irakische Ministerpräsident Tarik Asis in einem Interview mit der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Afrique-Asie".

Nach Asis' Angaben wurden in den letzten Monaten neue wichtige Vereinbarungen für Entwicklungsprojekte zwischen beiden Staaten abgeschlossen. Darunter Verträge über Ölsuche und Ausbeutung, den Bau von Staudämmen und Energienutzungsvorhaben. Darüber hinaus bleibe die Sowjetunion der wichtigste Waffenlieferant Iraks.

Kosten des Druckerstreiks

DW. Frankfurt

Als Folge des jüngsten Druckerstreiks haben nach Angaben der Frankfurter Fachzeitschrift „Horizont" Verlage und Druckindustrie Umsatzeinbußen von jeweils einer Viertelmilliarde Mark hinnehmen müssen. *Dies ist das Ergebnis einer* ersten Umfrage der Branchenzeitschrift für Werbung, Marketing und Kommunikation. Dabei kommt das Blatt zu dem Ergebnis, daß allein die Umsatzausfälle des Zeitschriftenhandels 65 Millionen Mark betragen hätten.

Der reine Anzeigenausfall beläuft sich laut „Horizont" auf 140 Millionen Mark. Dagegen seien die Verluste der Werbeagenturen, wie aus weiteren „Horizont"-Umfrage hervorgeht, deutlich geringer. Die Höhe des Verlustes durch den Umsatzausfall stehe noch nicht fest, heißt es.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Projekt Jäger 90

Von Rüdiger Moniac

Mühsam gehen fünf europäische NATO–Länder den Weg zu einer Einigung über ein neues Jagdflugzeug, das in rund zehn Jahren die Verteidigung des Himmels über Mitteleuropa gegen die sowjetischen Luftangriffskräfte übernehmen soll - *gemeinsam mit* den Maschinen der Amerikaner. In Madrid kamen die Verteidigungsminister aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien samt dem spanischen Gastgeber überein, bis zum Herbst eine Studie über die „Machbarkeit" (feasibility) anfertigen zu lassen.

Abgesehen von der militärischen Notwendigkeit eines neuen Jagdflugzeuges, das die stationäre Luftverteidigung (Patriot/Roland) durch eine bewegliche ergänzt und erst so die *schnelle Konzentration zur Abdeckung von Durchbrüchen im* Luftverteidigungsgürtel erlaubt, hat das neue europäische Projekt auch eine industriepolitische Seite von außerordentlicher Bedeutung.

Die europäische Industrie braucht einen derartigen Auftrag, wenn sie den Anschluß an moderne Fertigungstechniken nicht auch im Sektor Luftfahrt verlieren will. Forschung und Entwicklung, Bereiche, die weithin darniederliegen, sind auf staatliche Förderung angewiesen. Natürlich gibt es auch Firmen, bei denen Weitblick und Tatkraft des Unternehmers die Wettbewerbsfähigkeit sichern,

Auch in den großen Industriezentren Japans und der USA, die mit Westeuropa auf dem Weltmarkt konkurrieren, helfen öffentliche Mittel, Neuentwicklungen voranzutreiben. In Japan geschieht das sehr viel konsequenter als in den Vereinigten Staaten, wo letztlich die Risikobereitschaft der Unternehmer und schließlich auch das Finanzierungsmittel des steuerlich abschreibbaren „joint venture"-Kapitals das Interesse an industrieller Forschung und Entwicklung wach hält.

Die Entwicklungsarbeiten am neuen Jagdflugzeug verschaffen europäischen Ingenieuren und Wissenschaftlern viel neues Wissen und Können, das überall in der Industrie zu neuen Produkten führen wird. Allein um der Wettbewerbsfähigkeit Westeuropas *willen müssen sich die fünf* Regierungen schleunigst auf das Projekt „Jäger 90" einigen.

Erben oder verderben

Von Astaf Domberg

Die Selbstdarstellung der „*DDR*" hat in den letzten Jahren eine interessante Wandlung durchgemacht – von der absoluten Negation der preußisch-deutschen Vergangenheit zu einer neuen Phase unter Honecker, die man – frei nach Oswald Spengler – als „Preußentum und Sozialismus" bezeichnen möchte. Für diese Rückbesinnung auf das nationale deutsche Erbe legt in diesen Monaten eine repräsentative Ausstellung Zeugnis ab, die Ost-Berlin auf dem Boden des neutralen Österreich veranstaltet. In der niederösterreichischen Schallaburg ist die Schau unter dem etwas eigentümlichen Titel „Barock und Klassik – Kunstzentren des 18. Jahrhunderts in der Deutschen Demokratischen Republik" zu sehen.

In Wirklichkeit geht es hier in den Räumen des berühmten Renaissance-Schlosses vor den Toren Wiens zu mehr als bloße Kunstgeschichte: Im Mittelpunkt stehen nämlich August der Starke, *der Sachsen durch die Verbindung mit Polen zu einer* mitteleuropäischen Großmacht werden ließ – und vor allem der „Alte Fritz", Brandenburg-Preußen und Potsdam.

Wer durch die Ausstellung geht, sieht nicht nur im materiellen, sondern auch im nationalen Sinne kostbare Zeugnisse deutscher Geschichte: Etwa das Knobelsdorff-Bildnis Friedrich des II. oder seine nach der Totenmaske modellierte Portraitbüste von Eckstein.

Von Ideologie und Marxismus ist wenig zu spüren. Über Friedrich von Preußen liest man im Ausstellungskatalog folgende bemerkenswerte Sätze – verfaßt von Joachim Menzhausen, Direktor der staatlichen Kunstsammlung in Dresden: „Der Freund der französischen Aufklärungsphilosophie bekam 1740 die höchstentwickelte und stärkste Militärmacht der Region in die Hand und hatte sie zu gebrauchen. Der Mann, der *die musische Zurückgezogenheit liebte, erkämpft seinem* Land den Rang einer Großmacht und ließ dies in den ästhetischen Mustern des hohen Absolutismus manifestieren. Dem entsprach die ästhetische Noblesse des Weinberg-Schlößchens Sanssouci . . ."

Gewiß spürt man auch hier die Grenzen, die der „DDR" von außen gesetzt sind. Der Name Königsberg – die Krönungsstadt der preußischen Könige (heute Kaliningrad) kommt nicht ein einziges Mal vor.

Goldene Worte

Von Joachim Neander

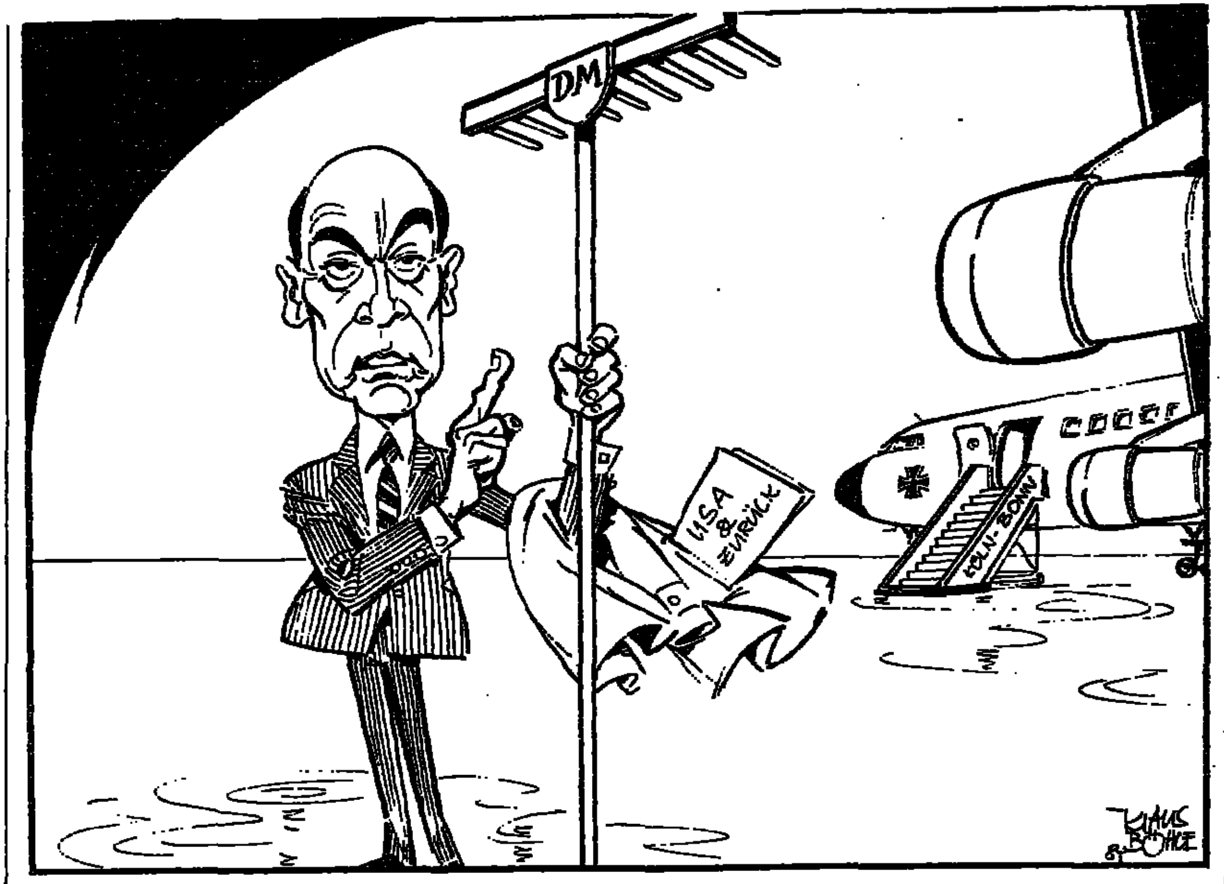
Der Wettlauf der Bundesländer und Parteien, den Umweltschutz möglichst rasch als Staatspflicht in den Verfassungen unterzubringen, ist wohl nicht mehr aufzuhalten. Zu stark ist der Sog der öffentlichen Meinung. Den Skeptikern bleibt vielleicht der Trost, das Ganze werde am Ende ebensowenig schaden wie nützen.

Dennoch sei den Wettläufern wenigstens hinterhergerufen, was ein großer Mann wie der SPD-Politiker Carlo Schmid zu dem Thema gesagt hat. Dieser wirklich prägende Mitgestalter des Grundgesetzes schildert in seinen Erinnerungen, wie auch auf den Parlamentarischen Rat 1949 zahlreiche zusätzliche Ansprüche an den Rechts- und Pflichtenkatalog der neuen Verfassung einstürmten. Die einen wünschten mehr christliches Sittengesetz, die anderen mehr soziale Grundrechte.

Es waren gerade Sozialdemokraten wie Carlo Schmid, die sich damals einer Überfrachtung des Grundgesetzes mit lauter hehren, aber nicht einklagbaren Formeln - nach dem wenig ermutigenden Beispiel der Weimarer Verfassung - erfolgreich widersetzten. Rückblickend schrieb der Professor (und es bleiben, auf den Umweltschutz übertragen, goldene Worte auch für heute): „Ist eine Mehrheit für eine Veränderung gesellschaftlicher Zustände, dann wird sie entsprechende Gesetze beschließen; ist sie es nicht, dann helfen auch – wie die Geschichte der Weimarer Republik ausweist – noch so progressive soziale Grundrechte in der Verfassung nichts; aber vor dem Volk wird die Verfassung unglaubwürdig werden."

Wer eine vom Zeitgeist ihrer Entstehung überlastete Verfassung studieren will, der halte sich übrigens an die des Landes Hessen. Sie enthält nicht nur, wie allgemein bekannt, die Todesstrafe, die Vergesellschaftung großer Teile der Industrie, das Aussperrungsverbot, ein Recht auf Arbeit und eine Pflicht zur Arbeit.

In Artikel 31 heißt es außerdem verbindlich: „Der Achtstundentag ist die gesetzliche Regel . . . Ausnahmen können durch Gesetz oder Gesamtvereinbarung zugelassen werden, wenn sie der Allgemeinheit dienen." Welch ein Glück, daß Schorsch Leber nicht mehr in Hessen, sondern in Bayern lebt.



„Den Freunden mal gezeigt, was eine Harke ist!" KLAUS BÖHLE

Kopfsprung in die Moderne

Von Heinz Barth

Desencanto" – Ernüchterung – heißt das Stichwort, auf das sich die spanischen Medien geeinigt haben, um die Situation zu beschreiben, in der sich das Land keine zwei Jahre nach dem phänomenalen Wahlsieg befindet, bei dem die Sozialisten unter Führung von Felipe Gonzalez die absolute Mehrheit errangen. In den letzten Monaten vor ihrem Parteitag, der im Dezember stattfindet, bleibt Spaniens jungem Regierungschef kaum noch Zeit, um Ordnung in einen politischen Kurs zu bringen, der auf fast allen Gebieten durch Mehrdeutigkeit und Widersprüche gekennzeichnet ist. Es werden Monate sein, in denen sich entscheiden muß, welchen Platz Spanien als wirtschaftlicher Partner Europas und militärischer Partner des Westens in Zukunft einnimmt.

Schon im September, so wurde in Brüssel vereinbart, sollen die Verhandlungen über die für den 1. Januar 1986 in Aussicht genommene Aufnahme des Landes in die EG abgeschlossen sein. Skepsis, was den Termin betrifft, ist nach wie vor angebracht. Zwar hat François Mitterrand seine Amtszeit als europäischer Ratspräsident soeben mit einem Blitzbesuch in Madrid beendet, der eine schwierige Phase der französisch-spanischen Beziehungen überwand. Nachdem Frankreich endlich bereit ist, mit den Spaniern bei der Bekämpfung des baskischen Terrorismus zu kooperieren, ist es gewiß ein weiterer Fortschritt, daß sich die französische Regierung, bisher der traditionelle Störfaktor bei den Agrar-Verhandlungen mit den Spaniern, dazu durchgerungen hat, ihnen das Tor nach Europa zu öffnen. Doch wie schon oft in den langen Jahren, in denen die zähflüssigen Kontakte zwischen Madrid und Brüssel nicht vorankamen, steckt auch jetzt wieder der Teufel in den Details der drückenden Bedingungen, die Spanien von der finanziell kaum noch belastbaren Gemeinschaft auferlegt werden müssen. Man versteht, warum Mitterrand in Madrid von einem „dauerhaften Pakt" beider Länder sprach. Denn auf die Dauer konnte es nicht im Interesse der zwei sozialistischen Regierungen liegen, mit den negativen Wechselwirkungen ihrer Mißverständnisse zu leben.

Der gemäßigte, zur Mitte tendierte Sozialismus, der beiderseits der Pyrenäen regiert, konnte die überspannten Hoffnungen der Linken nicht erfüllen, die ihn an die Macht trugen. Wie Mitterrand sah sich auch Felipe Gonzalez zu realistischen Kurskorrekturen gezwungen, die ihn die Sympathien der Arbeitnehmer kosteten, ohne das Vertrauen des bürgerlichen Lagers zu stärken. Zwei voreilige Wahlversprechen, die er nachträglich bereuen dürfte, hängen ihm überdies wie Mühlsteine um den Hals: Statt der 800 000 neuen Arbeitsplätze, die er schaffen wollte, stieg die offizielle Zahl der Arbeitslosen, die 1979 bei acht Prozent lag, auf nahezu zwanzig Prozent; noch folgenschwerer war seine Ankündigung, innerhalb der jetzigen Wahlperiode, also bis 1986, einen Volksentscheid über den Verbleib Spaniens in der NATO abzuhalten.

Wie das Referendum ausgehen würde, ist bei der tiefen Abneigung, die gut achtzig Prozent der Spanier gegen militärische Bindungen haben, kaum zweifelhaft. Damit hat sich Gonzalez in Zugzwang gebracht. Da er fürchten muß, daß die Niederlage, die dem französischen Sozialismus bei den nächstes Jahr fälligen Wahlen zum Palais Bourbon droht, auf das Wahlverhalten der Spanier abfärbt, wäre es für ihn von Vorteil, das NATO-Referendum auf einen möglichst frühen Termin vorzuziehen.



Die Ernüchterung der sozialistischen Brüder: Mitterrand (l.) und Gonzales FOTO: UPI

Seine einzige Chance, die bündnisfeindliche Haltung der Wähler zu überwinden, ist es, ihnen jetzt das lang erhoffte europäische Erlebnis zu bieten.

Es ist hohe Zeit für die spanische Regierung, die in dieser Frage tief gespalten ist, außenpolitisch endlich zu einer klaren Linie zu finden. Bisher wirkte in ihrer Europapolitik noch die Distanz nach, auf der das Franco-Regime von den Europäern gehalten wurde. Das gegenseitige Unbehagen an der Partnerschaft von damals hat im demokratischen Spanien von heute neutralistische Spuren hinterlassen. Für das atlantische Gleichgewicht der Allianz ist es von nachhaltiger Bedeutung, das politische Gebäude Europas durch Einbeziehung des iberischen Eckpfeilers zu erweitern. Das meinte Mitterrand als er Spaniens EG-Beitritt richtungsweisend für die Zukunft des Kontinents nannte. Die Politik, nicht mehr das spanische Frühgemüse, bestimmt die Richtung. Nur müssen sich Frankreich und die Bundesrepublik, die bereit sind, für diese Entwicklung wirtschaftliche Opfer zu bringen, darüber klar sein, daß sie sich mit den Spaniern störrische und kostspielige Weggenossen einhandeln. Billig wird es nicht sein, Spaniens Gewicht im Gefüge des Westens von dem Militärpakt mit den USA auf Europa zu verlagern.

Noch ist manches an der neuen Politik, die in Madrid gemacht wird, von einer geradezu anachronistischen Irrationalität. Der Kopfsprung in die Moderne hat die Spanier verwirrt. Die Dezentralisierung, von jeher eine Forderung der Sozialisten, erweist sich als ein Faß ohne Boden, in dem die Staatsfinanzen spurlos verschwinden. Wo nur zwei Regionen, Katalonien und das Baskenland, begründeten Anspruch auf Selbstverwaltung haben, mästen 17 autonome Regierungen die Ämterpatronage gefräßiger Bürokratien. Es scheint vielen, daß eine so vielschichtige Krise nur durch eine nationale Koalition von Sozialismus und Bürgertum zu überwinden wäre – eine sehr unspanische Lösung. Die Europäisierung ist leider eine langsam wirkende Medizin.

IM GESPRÄCH Franz Neubauer

Kein Fingerhakler

Von Peter Schmalz

Angenommen, Bayerns Politik hätte in den vergangenen Wochen ihren normalen Weg gehen können, dann wäre Franz Neubauer, seit knapp sechs Jahren Staatssekretär im Münchner Innenministerium, morgen in die Staatskanzlei umgezogen. Er sollte dort als Nachfolger von Edmund Stoiber den Ministerpräsidenten beim *Regieren entlasten*, während Stoiber als Nachfolger von Fritz Pirkl, der ins Europaparlament wechselt, zum neuen Sozialminister gekürt werden sollte.

Doch die Pläne wurden nichtig nach dem tödlichen Unfall von Marianne Strauß; spontan und ohne Absprache mit Strauß entschloß sich Stoiber, den Ministerstab bereits im Tornister, doch in der Staatskanzlei zu bleiben – als vertraute Stütze des Ministerpräsidenten. Strauß, von diesem Entschluß sehr beeindruckt, disponierte um und wird also Franz Neubauer als künftigen Sozialminister vereidigen lassen. Dieser zählt zu den Stillen und Zurückhaltenden in einem Lande, von dem das Klischee wissen will, Politik sei dort eine krachlederne Sache mit Bier und Fingerhakeln. Sich selbst in den Vordergrund und vor die Kameras zu drängen, ist nicht seine Art; wenn ihn dennoch mehr Leute kennen als die meisten anderen bayerischen Staatssekretäre, dann hat das direkt nichts zu tun mit dem Ministerium, in dem er arbeitet, sondern erstens mit seiner Herkunft und zweitens mit einer seiner besonderen Qualifikationen.

Als Sohn kleiner Wirts- und Metzgersleute in Marienbad im Egerland geboren, wollte der Bub in Prag Medizin studieren. Doch Vertreibung und Flucht verschlugen den 16jährigen nach Bayern, er wurde ein Teil des nach Altbaiern, Franken und Schwaben vierten Stammes im Freistaat: der Sudetendeutschen. Vor zwei Jahren kürten sie ihn zum Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaften. So kennen ihn Millionen.

Aber auch der Verwaltungsfach-



Die junge Familie hat Vorrang: Franz Neubauer FOTO: MARTIN HATZINGER

mann Neubauer – nach dem Jurastudium arbeitete er in Finanzämtern und stieg zum Gemeindereferenten des bayerischen Finanzministeriums auf – sorgte für Schlagzeilen. Strauß hatte ihn zum Vorsitzenden seiner Kommission für Verwaltungsvereinfachung ernannt und war mit dem Ergebnis höchst zufrieden. „Lautlos und erfolgreich", lobte der Regierungschef die Arbeit wider bürokratischen Unsinn.

Den Schwerpunkt seiner neuen Tätigkeit sieht Neubauer selbstverständlich dort, wo Bayern seit geraumer Zeit drängend und ungeduldig ist: „Die Priorität liegt bei der Familienpolitik – und hier besonders bei der Förderung der jungen Familie, denn ohne die junge Familie hört alles auf." Stoltenbergs strikten Sparkurs wird er nicht unterstützen. Er habe zwar Verständnis für einen gesunden Haushalt, meint Neubauer im Gespräch mit der WELT, plädiert aber für mehr Geduld: „Wir haben noch andere wichtige Dinge zu bewältigen. Sonst werden wir bei der nächsten Bundestagswahl vom Wähler mit einem konsolidierten Haushalt wieder in die Opposition geschickt."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Westdeutsche Zeitung

Das Düsseldorfer Blatt schreibt zum Thema Umwelt und Autos:

Bei der Aussprache über ein umweltfreundliches Auto kannte der Bundesrat keine Parteien mehr, er kannte nur noch nationale Alleingänger. Sie wollen ohne Rücksicht auf die Bremser in der EG den 1. Januar 1986 zum Pflichttermin für die Einführung und Zulassung abgasarmer Autos in der Bundesrepublik machen. Die Bundesregierung warnt vor einer Betätigung der Brechstange im Umgang mit den noch zögernden EG-Partnern, doch will sich der Bundesrat – ohne Parteiunterschied – nicht mehr umstimmen lassen. Die Meinungsverschiedenheiten haben schon auf die Bonner Regierungsbank übergegriffen. Genscher ist für, Bangemann ist gegen einen nationalen Alleingang. Bis Mitte September wird vom Bundeskanzler wenn nicht ein Machtwort, so doch die Klärung des jetzt noch wie von Abgaswolken vernebelten Weges zum menschen- und wälderfreundlichen Auto erwartet.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Über die Verwilderung der Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik heißt es hier:

Von den jüngsten Arbeitskonflikten in der Bundesrepublik Deutschland waren Berichte zu lesen, die aufhorchen ließen. Gemeint ist nicht in erster Linie das nach den Friedensschlüssen nun allmählich abzuschätzende Mißverhältnis zwischen den „*Resultaten" der Streikaktionen und* den von ihnen verursachten volkswirtschaftlichen Schäden. Fatale Erinnerungen weckt vielmehr die Art und Weise, wie der Konflikt namentlich im Druckereisektor an manchen Stellen ausgetragen wurde . . . Streikrecht ist Recht auf Arbeitsverweigerung, nicht des Übergriffes auf fremdes Eigentum, nicht der Gewalttätigkeit, Bedrohung, Behinderung oder Demütigung Arbeitswilliger. Nach alledem, was sich in Deutschland – aber nicht nur dort, sondern durchaus auch in der Schweiz – die vor 1968 noch relativ soliden Rechtsbegriffe bezüglich Gewalt und Gewaltanwendung an Verwischung, Verzerrung und Verkehrung haben gefallen lassen müssen, überrascht es kaum mehr, daß bei olcher Gelegenheit ihr fortgeschrittener Zerfall beziehungsweise ihre zunehmende politische Wirkungslosigkeit festzustellen ist. Die Mahnung „wehret den Anfängen", wäre deplaciert. Über die Anfänge sind wir hinaus.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Mehr Wehrgerechtigkeit fordert diese Zeitung:

In der Bundesrepublik wurden Wehrgerechtigkeitsdebatten geführt, seit es die Bundeswehr gibt. Geschehen ist allerdings kaum etwas. Ein Grund dafür war sicher der, daß die Streitkräfte selbst uninteressiert waren, solange die geburtenstarken Jahrgänge anstanden, inzwischen hat sich die Lage umgekehrt. Schon in nächster Zeit drücken die Bundeswehr ernste Personalsorgen . . . Als erste werden dies verheiratete junge Männer und solche, die als Folge wiederholter Rückstellung auf die 28-Jahres-Grenze zugehen, zu spüren bekommen. In Vergangenheit kamen sie oft ungeschoren davon, weil sie der Bundeswehr zu teuer waren.

Tsushima oder die antiquierte Weltsicht des Kreml

Warum Moskau immer wieder zu falschen Lagebeurteilungen kommt / Von Carl Gustaf Ströhm

Äußerungen des sowjetischen Generalstabschefs Marschall Ogarkow unlängst, daß die Raketenrüstung eigentlich bereits sinnlos sei, weil keine der beiden Supermächte den Gegner vernichten könne, ohne selber tödliche Schläge, einzustecken – diese Anmerkungen eines der höchsten Kreml-Militärs lassen vermuten, daß in einigen Moskauer Köpfen etwas in Bewegung geraten ist. Sowohl die Amerika-Politik wie die Europa-Politik des Kreml haben ihre beiden grundlegenden Ziele nicht erreicht: Nämlich die Westeuropäer von den Amerikanern zu trennen und Reagan politisch „abzuschießen". Die sowjetischen politischen Planer, die immer wieder in den Fehler verfallen, geschichtliche Erfahrungen und politische Spielregeln Rußlands einfach auf Europa und den Rest der Welt zu übertragen, hatten geglaubt, daß die Massendemonstrationen der „Friedensbewegung" die Regierungen des Westens auf die Knie zwingen werden. Von einer solchen Perspektive aus hatte die Politik des „Alles oder Nichts" in der Raketenfrage, die Verweigerung gegenüber Reagan wie die ultimative Forderung nach einer Beseitigung der bereits installierten amerikanischen Mittelstreckenwaffen durchaus ihren Sinn.

Das heißt: Die sowjetischen Führer tun sich trotz oder wegen ihres gewaltigen diplomatischen Apparates, ihrer umfangreichen Spionage, ihrer offenen und geheimen Sympathisanten im Westen sowie ihrer wohldotierten Amerika-Institute unglaublich schwer, die westliche Welt wirklich zu begreifen. Da die Sowjets nicht unvoreingenommen, sondern mit ideologischen Scheuklappen an ihre Umwelt herangehen, gewinnen sie zwar viele wertvolle Einzelerkenntnisse, das Ganze aber, nämlich die Synthese aus ihren Informationen, ist schlichtweg falsch und führt sie immer wieder zu neuen Fehlschlüssen. Hinzu kommen noch andere Faktoren, die sich auf die sowjetische Position ungünstig auszuwirken beginnen. Die Geschlossenheit des sowjetischen Systems, seine Abkapselung und Selbstisolierung, die Unkenntnis weiter Kreise des russischen Volkes über die wirklichen Zustände in der Außenwelt, fehlende Informationen – das alles mag noch zu Josef Stalins Zeiten ein Vorteil im Sinne von Stabilisierung der Herrschaftsordnung gewesen sein. Im elektronischen Zeitalter, in der Ära der Massenkommunikation verwandelt sich dies in ein schweres Handikap. Bestes Beispiel dafür ist die von Marschall Ogarkow gerügte Tatsache, daß die Sowjets wacker an ihren Panzern und Raketen herumbasteln, während die Amerikaner schon längst dabei sind, völlig neuartige Waffentechnologien zu entwickeln.

Ein zweites Manko des sowjetischen Verhaltens ist die geradezu verblüffende Unfähigkeit, sich mit der eigenen Geschichte – und damit den eigenen Fehlern – kritisch auseinanderzusetzen. Es ist grotesk, daß in der Sowjetunion über dreißig Jahre nach Stalins Tod das Kapitel der Säuberungen und Massenhinrichtungen immer noch tabu ist. Und nicht nur das – auch das alte Rußland kann in Moskau heute nicht objektiv und ruhig behandelt werden. So schrieb die dem Außenministerium nahestehende Moskauer „Neue Zeit" einen Gedenkartikel an die Schlacht von Tsushima aus dem Jahre 1905. Bei der Schlacht zwischen der Flotte des Zaren und den japanischen Seestreitkräften erlitten die Russen eine schwere Niederlage. Die „Neue Zeit" beschimpft nun, 80 Jahre danach, den damaligen siegreichen japanischen Admiral Togo als wortbrüchigen, hinterlistigen, aus dem Hinterhalt angreifenden Militaristen – während auf der anderen Seite die hehren, makellosen russischen Helden mit fliegenden Fahnen tapfer und treu für ihr Vaterland in den Tod gingen.

Die Darstellung der „Neuen Zeit" ist lehrreich, weil sie fast so etwas wie ein Psychogramm der heutigen Sowjetunion bzw. ihrer Führungsschicht bietet. Da wird von einem „hinterlistigen, wortbrüchigen Überfall der Japaner" gesprochen – ohne zu bedenken, daß es einen solchen Überfall 1945 auch *in umgekehrter Richtung* gegeben hat: den Überfall der Sowjetarmee auf das bereits von den USA geschlagene Japan. Da findet in der „Neuen Zeit" ferner eine ganz erstaunliche Identifizierung von Sowjetmacht und Zarismus statt. Die kaiserlich-russischen Flottenoffiziere werden als Helden gerühmt – obwohl es zum Teil die gleichen Offiziere waren, die von den Kommunisten bei der Revolution von 1917 erschossen und aufgehängt worden sind. Und Tsushima wird schließlich heute als russisches Heldenepos gepriesen, obwohl Lenin damals diese vernichtende Niederlage des Zaren als „Sieg des fortschrittlichen Asien über das reaktionäre Europa" und als Ouvertüre zur Revolution bejubelte.

In Fleet Street stehen nun die Zeichen auf Kampf

Eigentlich müßte die Labour-Party zufrieden sein: Robert Maxwell, neuer Verleger der „Mirror"-Gruppe, will ihr wieder zur Macht verhelfen. Doch anders als die Regierung hat Labour etwas gegen den engagierten Helfer.

Von FRITZ WIRTH

Dieser Mann ist offenbar so sehr auf seine eigenen Fähigkeiten fixiert, daß er die Ansichten anderer, die nicht seiner Meinung sind, ignoriert. Er ist nicht geeignet, eine große Aktiengesellschaft zu leiten." Es gibt nicht viele britische Industrielle, die von ihrer Regierung ein so unbarmherziges Zeugnis der Unfähigkeit erhalten. Das Handelsministerium gab es dem Verleger Robert Maxwell im Jahre 1971 schriftlich.

Seit letzten Freitag, acht Uhr, sitzt dieser Robert Maxwell im neunten Stock einer massiven, rotgekleideten Betonschachtel am Londoner „Holborn Circus" und leitet einen der größten Pressekonzerne der Welt. Er hatte in der Nacht davor für rund 420 Millionen Mark die „Mirror"-Gruppe erworben. Sie besteht aus sechs Blättern mit einer wöchentlichen Gesamtauflage von 31 Millionen Exemplaren.

Es ist das Ende eines langen Marsches des Robert Maxwell in einen Dschungel namens Fleet Street. Es gibt große Verleger-Familien wie die Thomsons und die Beaverbrooks, die frustriert und entsetzt aus diesem Dschungel geflohen sind. Den 61jährigen Robert Maxwell jedoch hat er stets fasziniert. Seit 15 Jahren begehrt er Eintritt, besessen von der Idee, ein „Tycoon" in diesem Dikkicht der Eitelkeiten, Intrigen, Machtillusionen und Verluste zu werden.

In seinem neuen Besitzerstolz schrieb er am Samstag gleich die ganze erste Seite seines „Daily Mirror" (Auflage 3,3 Millionen) voll. „Ich bin stolz, der Besitzer von Publikationen zu sein, die im Leben dieser Nation eine so wichtige Rolle spielen", war da zu lesen.

Und er ordnete an, daß von nun an unter dem Titel dieser Zeitung das Motto steht „Forward with Britain". Es ist das Bekenntnis eines britischen Nationalisten. Kein anderer britischer Verleger hat seit Beaverbrooks Zeiten bisher so deutlich Flagge gezeigt. Das Bemerkenswerte: Vor 61 Jahren wurde dieser Robert Maxwell *unter dem Namen Ludwig Hoch in* der Tschechoslowakei geboren. Für eine Schulerziehung hatte er nur drei Jahre Zeit. Mit 15 wurde er Widerstandskämpfer gegen Hitler.

Mit 16 kam er nach England und log den Briten vor, 18 zu sein, um gegen Hitler in den Krieg ziehen zu können. Mit 20 heftete ihm Feldmarschall Montgomery wegen besonderer Tapferkeit das Militärkreuz an die Brust. Und seine militärischen Vorgesetzten hatten völlig andere Vorstellungen von ihm als später die Beamten des britischen Handelsministeriums. „Robert Maxwell entwikkelte in höchster Gefahr Führungseigenschaften von außergewöhnlicher Qualität", hieß es zur Begründung der Ordensverleihung.

Kein Zweifel: Die Militärs kannten ihren Robert Maxwell besser als die Beamten. Die Art, in der er in den letzten 14 Tagen die als uneinnehmbar geltende Festung der „Mirror-Gruppe" stürmte, erinnert an Maxwells *Stoßtrupp-Unternehmen in* Kriegstagen. Dieser Mann ließ sich nicht abschrecken vom konzentrierten Abwehrfeuer der Londoner City, der Gewerkschaften, des britischen Establishments und der „Mirror"-Journalisten.

Und deshalb konnte er es nicht abwarten, am Freitagmorgen triumphierend in die Vorstandsetage des „Mirror" einzuziehen. Sein Vorgänger, der bisherige „Mirror"-Chef Clive Thornton, schildert es so: „Ich bin Robert Maxwell noch niemals zuvor persönlich begegnet, doch ich konnte ihn am Freitagmorgen kaum übersehen. Als ich um 8.30 Uhr in mein Zimmer kam, saß er bereits an meinem Schreibtisch."

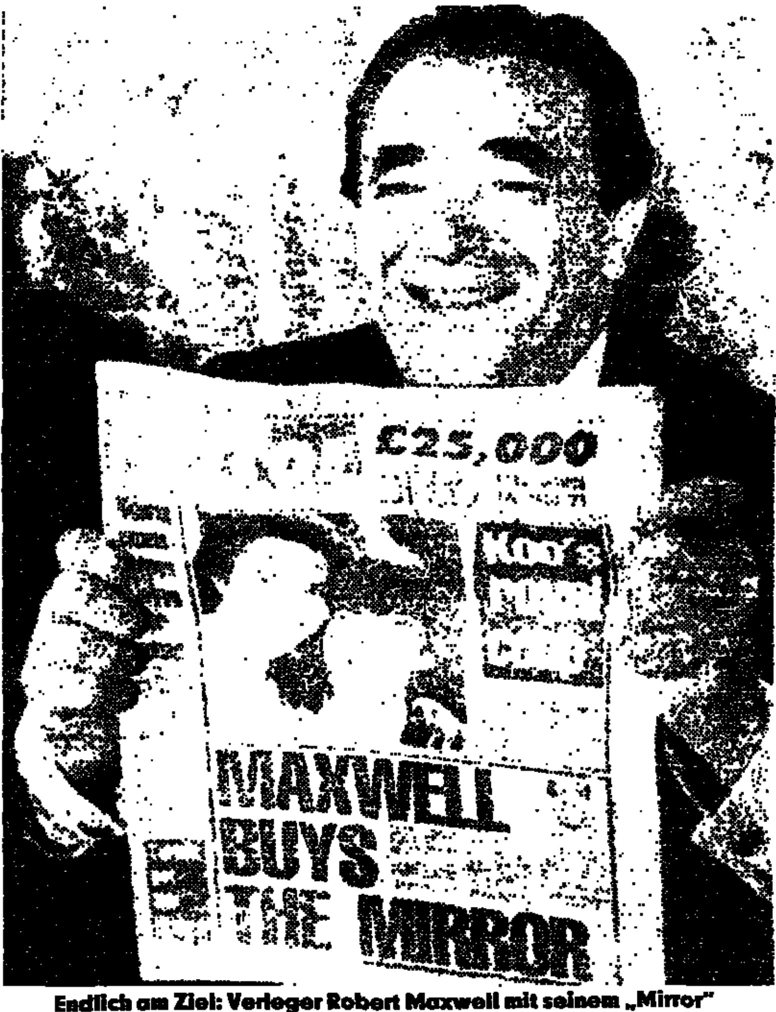
Thornton brauchte nur zehn Minuten, um sein Kündigungsschreiben zu diktieren, begab sich dann vor die Kameras des britischen Fernsehens und zerriß demonstrativ ein Exemplar des „Daily Mirror", in dem mit gorßen Lettern zu lesen war: „Maxwell kauft den Mirror."

Die Transaktion ist mehr als nur ein Besitzerwechsel und das Ende eines langen „Egotrips" des Robert *Maxwell, es ist ein Ereignis von* erheblicher innenpolitischer Bedeutung. Denn die „Mirror"-Gruppe ist in der vorwiegend konservativ orientierten britischen Presse-Landschaft der einzige Konzern, der seit dem Kriege loyal und oft sehr wirksam die Labur Party unterstützt hat.

Der „Daily Mirror" wurde 1903 von Lord Northcliffe als eine Zeitung von Frauen für Frauen gegründet. Die erste Ausgabe war eine Katastrophe, denn die der Zeitungstechnik unkun*digen Frauen „versackten", wie es im* Zeitungsjargon heißt. Zwei Monate später wurde das Blatt mit neuem Konzept als erstes „Halfpenny-Bilderblatt" neu gestartet. Im Zweiten Weltkrieg wurde es das Blatt der britischen Soldaten. Ihm wird heute noch von der Labour Party das Hauptverdienst am Sieg Clement Attlees über Winston Churchill bei der Unterhauswahl 1945 zugeschrieben.

Kein Wunder also, daß Maxwell in seiner ersten Pressekonferenz ver*kündete, daß der „Mirror" dafür* kämpfen werde, daß Labour wieder an die Macht zurückkehrt. Für Labour also hätte dieser Coup des Robert Maxwell, der von 1964 bis 1970 als Labour-Abgeordneter im Unterhaus saß, ein Anlaß sein müssen, „Hurra" zu rufen. War es jedoch nicht. Im Unterhaus taten die Labour-Schattenminister Shore und Meacher unverzüglich ihr Unbehagen kund. Ihnen sei nicht wohl bei dem Gedanken, daß soviel Zeitungsmacht in einer Hand sei, ließen sie wissen.

Und nun geschah das Erstaunliche: Die konservative Regierung, gegen die Maxwell anzukämpfen verspricht, verteidigte den neuen „Mirror"-Besitzer und ließ durch ihren Minister Baker mitteilen, daß sie keinen Grund sehe, gegen diese Transaktion einzuschreiten.



Endlich am Ziel: Verleger Robert Maxwell mit seinem „Mirror" FOTO: UPI

Ein Paradox? Nur deshalb, weil dieser Mann Maxwell selbst ein lebendes Paradox ist. Denn obwohl er verspricht, für die Rückkehr Labours zur Macht zu kämpfen, ist er selbst ein ausgesprochener Bewunderer Margaret Thatchers.

Ideologische Prinzipien haben ihm ohnehin selten im Weg gestanden. Und nur so ist zu erklären, daß er als Labour-loyaler neuer Besitzer der „Mirror"-Gruppe zugleich 10 Prozent der Aktien an der streng konservativen „Express"-Zeitungsgruppe besitzt.

Doch auch außerhalb der Politik stehen die Signale auf Konfrontation, und Maxwell hat niemals Zweifel daran gelassen, wo er seinen Gegner sieht: Es ist der australische Verleger Rupert Murdoch. Der Hintergrund: Ein halbes Dutzend Mal hat Maxwell *seit 1968* versucht, *in Fleet Street* Fuß zu fassen. In drei Fällen stellte ihm dabei Murdoch ein Bein, und zwar, als Maxwell zunächst die Sonntagszeitung „News of the World", dann die Tageszeitung „Sun" und schließlich die „Times" kaufen wollte. Jedesmal war Murdoch zur Stelle und schnappte ihm die Beute weg.

Nur aus dieser Situation heraus ist zu verstehen, daß Maxwell sogleich die Parole ausgab: „Wir wollen die Auflage des 'Mirror' in kürzester Zeit um eine Million Exemplare steigern." In Reinschrift heißt das: Der „Mirror" soll das Konkurrenzblatt, die „Sun" des Rupert Murdoch, überflügeln und wieder Großbritanniens größte Tageszeitung werden. Am Freitag, den 13., hat ein neuer heißer Zeitungskrieg in Fleet Street begonnen.

WIE WAR DAS? Die Ouvertüre der Teilung Zyperns

Von E. ANTONAROS

Erzbischof Makarios, Zyperns Präsident, war am Morgen des 15. Juli 1974, einem Montag, dabei, eine Gruppe zyprischer Auslandskinder zu empfangen, als gegen 8.30 Uhr die ersten Granaten durch die Luft zischten. Es ereignete sich das, was der Staatschef seit Wochen befürchtet hatte: die zyprische Nationalgarde, die unter dem Kommando von 650 Offizieren vom griechischen Festland stand, putschte.

Innerhalb von wenigen Minuten stand der gelbe Präsidentenpalast in Nikosia in Flammen. Das Ziel der Putschisten war eindeutig: Sie wollten den Staatschef beseitigen, der Zypern seit der Unabhängigkeit im August 1960 regiert hatte.

Als Bischof Gennadios einige Stunden später den Zeitungsherausgeber und Ex-Terroristen Nikos Sampson als neues Staatsoberhaupt vereidigte, hatte der zyprische Rundfunk längst behauptet, daß Makarios tot sei. Sampson, der früher Mitglied der Befreiungsorganisation EOKA war, hatte in den Jahren vor dem Putsch gegen Makarios scharf polemisiert und ihn – genauso wie Athens Militärregime – beschuldigt, das Ideal der „Enosis", den Anschluß an Griechenland, *verraten zu haben.*

Makarios, von dem der Satz stammte: „Ich habe so viele griechische Ministerpräsidenten überlebt, daß keiner mir etwas antun kann", war dem Zugriff und den Kugeln der Putschisten doch entkommen: Auf Schleichwegen hatte er das Palastgelände verlassen und mit einem schrottreifen Fahrzeug, als Bauer verkleidet, seinen Geburtsort Paphos erreicht. Von dort aus meldete er sich über einen Geheimsender, der in Israel und Rhodos gehört wurde: „Ich bin Makarios. Ich bin nicht tot. Ich bin am Leben. Und solange ich lebe, wird diese Rebellenclique Zypern niemals regieren." Im Hubschrauber erreichte Makarios einen britischen Stützpunkt auf Zypern, von dort aus wurde er nach Malta und später nach London geflogen.

Durch seine Rettung war der blutige Putsch mit dem „Türkenschlächter" Sampson an der Spitze gescheitert. Aber der törichte Eingriff des radikalen Athener Militärregimes unter Brigadegeneral Dimitrios Ioannides, der nach dem Sturz von Papadopoulos im November 1973 in Athen *regierte, hatte Zyperns Zukunft* besiegelt: Bereits am Putschtag hatte Ankaras damaliger Ministerpräsident Bülent Ecevit zu verstehen gegeben, daß die Türkei keineswegs tatenlos die Ereignisse auf Zypern hinnehmen würde. Fünf Tage später [illegible]elen türkische Truppen über die In[illegible]sel her.

Makarios muß geahnt haben, welche Pläne Athens nationalistische Offiziere gehabt hatten: Nur wenige Tage vor dem Putsch hatte er in einem scharf formulierten Brief an Griechenlands Staatsoberhaupt General Gizikis die Abberufung von 650 griechischen Offizieren gefordert. Ihm waren Informationen zugekommen, wonach große Waffenmengen die Enosis-Anhänger erreicht hatten, Munition war aus dem Arsenal der Nationalgarde entwendet worden. Makarios hatte konkrete Pläne, aber wohl keine Zeit mehr: Er wollte eine rein „zyprische" Armee organisieren. Um das Putsch-Risiko zu vermindern, hatte er einige Tage zuvor die Wehrdienstzeit von 24 auf 14 Monate verkürzt, fortan würde er nur noch 50 Offiziere auf dem Festland als Ausbilder benötigen.

Der Brief an Gizikis, geschrieben am 2. Juli, hatte den Charakter eines Ultimatums: Makarios behauptete, Athens Regime hätte mehrere Mordversuche gegen ihn unternommen, die Nationalgarde bezeichnete er als eine Art Besatzungsmacht. Diese Flucht nach vorn zwang Athens Offiziere zum Handeln.

Als Makarios im Dezember 1974 auf die Insel zurückkehren konnte, fand er ein anderes, ein geteiltes Zypern vor. Zehn Jahre später gibt es kaum Aussichten dafür, daß die Türken ihre Truppen abziehen und 40 Prozent des Inselterritoriums, das sie besetzt halten, freigeben. (SAD)

Es flimmert wieder im Berliner Sommer



Berliner Markenartikel Film: Plakat der Filmfestspiele 1984 FOTO: DEFD

Die Auftragsbücher der Berliner Filmindustrie sind zur Zeit gut gefüllt. Künstler, die hier arbeiten, haben dafür ein Bündel von Gründen. Doch der Filmmetropole an der Spree sitzt die Konkurrenz an der Isar im Nacken.

Von M. v. SCHWARZKOPF

Sie würde jederzeit gerne wieder in Berlin filmen, sagt Jacqueline Bisset, spätestens seit Franois Truffauts Film „Die amerikanische Nacht" ein Weltstar. Beeindruckt haben sie nicht nur die Stadt und ihre offenen und freundlichen Menschen, beeindruckt haben sie auch die routinierten Techniker bei den Dreharbeiten. Die zierliche Engländerin mit den grünen Augen hat über sechs Wo*chen in Berlin gearbeitet. Sie ist die* Hauptfigur in Anthony Pages Film „The Last Jew in Berlin"; „Forbidden" hieß der Arbeitstitel dieser Geschichte einer Ärztin, die Juden während des Dritten Reiches hilft.

Nächste internationale Großproduktion in den Haselhorster Studios und vor Ort ist „Palast-Hotel" des italo-französische Regisseur Eduard Molinaro. In den Hauptrollen stehen Stars wie Claude Brasseur und Gudrun Landgrebe vor der Kamera.

Berlins Filmbeauftragter beim Senat, Hubert Ortkemper, freut sich: „Wir haben seit dem Frühling wieder viel Trubel in Berlin. Einige Produzenten mußten sogar den Start ihrer Drehtermine in den Sommer hinein verschieben, weil alle Kapazitäten, von den Studios bis hin zu den Technikern, voll ausgelastet waren. Allerdings bringt dieser ausgebuchte Som*mer nicht nur Freuden mit sich. Es* kann durchaus sein, daß nach diesem Stau dann das große Loch folgt wie im vergangenen Jahr, als nach einem hektischen Sommer und Herbst von November an gähnende Leere herrschte."

Bis Mitte September aber sind die Auftragsbücher der Berliner Filmschaffenden gut gefüllt. Ende Juli beginnen die Dreharbeiten zu „Wildgeese II", einem aktionsgeladenen Dra*ma um eine geplante Entführung* von Rudolf Hess aus dem Spandauer Gefängnis. Produzent Euan Lloyd: „Ich drehe sehr gerne in Berlin. Ein wichtiger Grund ist das reiche Angebot an kinowirksamen Schauplätzen, ein anderer Grund ist, daß es in Berlin viele profilierte Fachkräfte gibt. Sehr wichtig auch für unsere Entscheidung, diesen Film, der über 20 Millionen Dollar kosten wird, in Berlin zu drehen, ist die Ko-Operationswilligkeit des Berliner Senats, der es möglich macht, daß wir ungestört arbeiten können, und uns jede nur mögliche Hilfe anbietet."

Zu den „Wildgänsen", die demnächst für ein paar Wochen in Berlin ihr Nest bauen werden, gehören Richard Burton, der schon häufig Gast der Stadt war, und Barbara Carrera, die jüngst Sean Connery alias James Bond in „Sag niemals nie" die Hölle heiß machte.

Aber nicht nur die internationalen Produzenten drängeln sich derzeit zum Berliner Sommer. Auch einheimische Regisseure und Produzenten nutzen gerne die Möglichkeiten, die die Berliner Filmförderung, die vor sechs Jahren aus der Taufe gehoben wurde, ihnen bietet. Wim Wenders, der im Herbst in Berlin drehen will, ließ André Hellers Feuertheater filmen, vor dessen heißer Kulisse sein neues Projekt spielen soll. Christian Ziewer hat sich schon einen Namen gemacht. „Der Tod des weißen Pferdes" entsteht zum Teil in Berlin, zum Teil in Bayern.

Wer im Filmgeschäft Bayern sagt, denkt an München, und wer München sagt, der denkt an die Bavaria-Studios, an das attraktive Umland der weiß-blauen Metropole, das Jahr um Jahr viele Regisseure aus dem In- und Ausland angelockt. Die bayerische Filmförderung wirkt darüber hinaus noch als finanzieller Magnet. Nun hat München auch noch seine eigene Filmwoche, die seit dem Vorjahr in der letzten Juniwoche über die Bühne geht, in diesem Jahr verbunden mit einem europäischen Filmfestival. Da nützt es wenig, wenn die Bayern beteuern, ihr Filmfest wolle der „Berlinale", die bei Schnee und Wind im Februar stattfindet, keine Konkurrenz machen.

Beide Städte verfügen über eine lange Tradition in Sachen Film, wobei Berlin München zumindest in einem den Rang abläuft: Hier fand im Wintergarten im November 1895 die allererste Kino-Vorführung der Filmgeschichte statt – noch ehe die Gebrüder Lumière im Dezember des gleichen Jahres in Paris die Bilder laufen ließen. Berlin und München fingen nach dem Krieg wieder bei Null an mit ihren Filmproduktionen, beide besitzen heute eine Förderung, die sich trotz aller Schwierigkeiten bewährt, und gute Schauspieler, die sich auch als Synchronsprecher hervortun. Daß die Situation für die Filmindustrie in München aufgrund der politischen Verhältnisse einfacher ist als für Berlin, liegt auf der Hand. Darum ist es für Berlin – auch politisch – umso wichtiger, seine Attraktivität als Filmstadt zu pflegen.

Zweimal im Jahr treffen sich hier Krethi und Plethi der Filmbranche – im Februar zu den Filmfestspielen, im Juni zur Verleihung des Bundesfilmpreises. Um dieses Ereignis ranken sich zahlreiche weitere Feste und Aktivitäten. Da tagen die Filmtheaterbesitzer und vergeben ihren Preis an den publikumsträchtigsten Film, da wird diniert und diskutiert über Wohl und Wehe, Vergangenheit und Zukunft des Mediums Film und vor allem des deutschen Films.

In diesem Jahr fand die Verleihung der Filmpreise in vergleichsweise bescheidenem Rahmen statt. Dafür tummelten sich 900 Gäste am Abend zuvor bei der großen Geburtstagsfeier des ältesten Berliner Verleihs, der „Jugendfilm".

Ehrengast dieser rauschenden Ballnacht war Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann. Die *Worte seiner Festrede* werden Balsam für die Wunden vieler Berliner Filmschaffenden gewesen sein, die das bayerische „Menetekel" fürchten. Der Minister sagte nämlich, daß Berlin wie eh und je Deutschlands Filmmetropole sei und auch in Zukunft bleiben werde. Er selbst wolle sein Scherflein dazu beitragen. Sprach's und flog am nächsten Abend nach München, wo der glanzvolle Auftakt der Münchner Filmwoche seine Schatten auf Berlin warf.

Dregger: Wir werden der FDP das Leben nicht schwermachen

Aber er richtet mehrere Forderungen an den Koalitionspartner / WELT-Gespräch

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, hat eine schnelle Lösung der Probleme der FDP die Voraussetzung für das politische Überleben der Freien Demokraten genannt. In einem WELT-Gespräch sagte Dregger, die FDP dürfe keine „billige Konkurrenz" zu anderen Parteien sein, was die Besetzung von Sachthemen angehe. Die FDP müsse ihren Erfolg „in und mit" dieser Koalition suchen. Eine Politik der Kontroverse gegenüber der Union wäre für die Freien Demokraten gefährlich. „Wir werden", so versicherte Dregger, „der FDP das Leben nicht schwer machen".

In dem Gespräch mit der WELT machte der Unionspolitiker deutlich, daß die Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und FDP von langfristigen Perspektiven bestimmt sei. Aus der Sicht der Unionsparteien stehe deshalb an erster Stelle die Fortsetzung *der Koalition mit den Freien Demo*kraten über 1987 hinaus. Für den Fall aber, daß der FDP der Wiedereinzug in den Bundestag nicht gelingen sollte, „muß es das Ziel der Unionsparteien sein, stärker zu sein als SPD und Grüne zusammen. Bei der Europawahl war dies der Fall." Dregger präzisierte: „Aber das ist nicht unser Konzept. Wir wünschen der FDP auch im Hinblick auf die Lage in den Ländern und Gemeinden Erfolg."

Die Politik kann sich sehen lassen

Auf die Selbstdarstellung der Regierung und ihre Politik angesprochen, vor allem auf die Frage, warum politische Erfolge nicht besser „verkauft" würden, antwortete Dregger: „Die Öffentlichkeit scheint sich mehr für Personalspekulation und für wirkliche oder angebliche Meinungs*verschiedenheiten im Regierungsla*ger zu interessieren, als für die Sacharbeit und ihre Ergebnisse. Das führt im Lande zu Stimmungseinbrüchen, die völlig unbegründet sind."

Die Politik dieser Bundesregierung, so betonte Dregger, könne sich sehen lassen. „Wir haben die sausende Fahrt unseres Landes in den finanziellen Abgrund gestoppt. Die Kurve des Schuldenzuwachses weist wieder nach unten. Wir haben die Staatsausgaben fest im Griff. Nachtragshaushalte sind ebenso überflüssig geworden wie Haushaltsbegleitgesetze."

Der Zuwachs an Staatsausgaben, so versicherte Dregger, werde wie schon 1984 auch in den nächsten Jahren unter drei Prozent liegen. Dies sei durch Ausgabenkürzungen, nicht durch Einnahmeerhöhungen erreicht worden. In den Jahren 1986 und 1988 „werden wir die Staatseinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer um insgesamt 20,2 Milliarden Mark kürzen, und zwar ohne jede Kompensation bei anderen Steuern. Das ist die größte Steuerentlastung der Nachkriegszeit."

Die Berücksichtigung der Familien und Alleinerziehenden mit Kindern sei „kein Steuergeschenk, sondern entspricht dem allgemein geltenden Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit". Diesen Grundsatz „*ausgerechnet bei dem wertvoll*sten Gut eines Volkes, seinen Kindern zu mißachten, ist nicht nur ein Skandal, sondern auch im Hinblick auf die Zukunft töricht". Dregger: „Unser ganzes Renten- und Pensionssystem muß in voraussehbarer Zeit zusammenbrechen, wenn die Kinderlosigkeit zu sehr begünstigt, das Zur-Welt-Bringen und das Heranziehen von Kindern so sehr erschwert wird, wie das bei uns zur Zeit der Fall ist. Auch wer keine anderen Gründe anerkennt, es genügen rein ökonomische und finanzielle Erwägungen, um die Kinderkomponente bei der Steuerbemessung mindestens in dem Ausmaß zu berücksichtigen, wie wir es jetzt durchsetzen wollen."

Mit diesen Aussagen widersprach Dregger Forderungen von Wirtschaftspolitikern. Es wäre richtiger gewesen, die 5,2 Milliarden Mark in dem Entlastungspaket nicht auf den steuerlichen Familienlastenausgleich zu *konzentrieren*, sondern den Gesamtbetrag auf die Verbesserung des Lohn- und Einkommensteuertarifs zu konzentrieren. Wer von den Steuerentlastungen wegen seines geringen Einkommens nicht begünstigt werde, erhalte einen Zuschlag zum Kindergeld. „Außerdem werden wir ab 1986 jungen Müttern durch die Zahlung eines Erziehungsgeldes von 600 Mark pro Monat ermöglichen, wenigstens im ersten Lebensjahr ihres Kindes auf Berufsarbeit zu verzichten."

Auch die höheren Beiträge an die EG und das nationale Hilfsprogramm für die Landwirtschaft, sagte Dregger, werde den jährlichen Ausgabenzuwachs von drei Prozent „nicht sprengen". Dregger: „Die Agrarbeschlüsse von Brüssel und das nationale Hilfsprogramm für die deutsche Landwirtschaft haben uns viel unberechtigte Kritik eingetragen. Es war dringend notwendig, eine Mengenbegrenzung der zu Garantiepreisen aufzukaufenden Agrarprodukte zu beschließen.

Wir können uns nicht total abschotten

Die enormen Produktionssteigerungen des letzten Jahrzehnts hatten zu Überschüssen geführt, die nicht mehr finanzierbar waren. Wären die Brüsseler Beschlüsse schon früher gefaßt worden, dann wären gleichzeitige Preiseinbrüche für landwirtschaftliche Produkte, wie wir sie jetzt erleben, vermeidbar gewesen." Dregger: „Wer landwirtschafticher Produktion in Deutschland auch weiterhin bei relativ schlechten Klimawerten und Bodenqualitäten möglich machen und wer die klein- und mittelbäuerliche Struktur der deutschen Landwirtschaft erhalten will, der muß unserem Hilfsprogramm, das der Bundeskanzler durchgesetzt hat, im Grundsatz zustimmen. Es ging dabei nicht um Einkommenserhöhungen, sondern um die Begrenzung von Einkommensverlusten im Rahmen der europäischen Agrarmarktordnung und um die Existenzfähigkeit unserer Betriebe.

In dem WELT-Gespräch sagte Dregger, nach den Folgen des Arbeitskampfes und der schließlich abgeschlossenen *Tarifverträge* für die deutsche Wirtschaft befragt: „Sie werden gewiß nicht zu einer Vermehrung von Arbeitsplätzen beitragen. Die Vorstellung, die Arbeitslosigkeit sei durch die Verkürzung der Arbeitszeit im nationalen Alleingang zu beseitigen oder auch nur zu vermindern, ist im Ansatz verfehlt. Wir können uns nicht nach außen total abschotten."

Wissmann: Beirat zum Abbau von Subventionen

rtr, Bonn

Der wirtschaftspolitische Sprecher *der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*, Mathias Wissmann, hat die Bildung eines Subventionsbeirats der Bundesregierung vorgeschlagen. Im Südwestfunk sagte Wissmann, er denke dabei an ein unabhängiges Gremium aus Wirtschaftspraktikern und Wissenschaftlern. Es soll nach der Vorstellung des CDU-Politikers ähnlich dem Sachverständigenrat Vorschläge zum Abbau von Subventionen unterbreiten.

Wissmann regte weiter an, daß dieser Beirat den Subventionsbegriff klarer definieren solle, als dies bisher geschehen sei. Gegenwärtig dienten viele als Subventionen ausgewiesene Hilfen an notleidende Firmen dazu, unrentable Arbeitsplätze kurzfristig zu erhalten. Damit verhinderten solche Subventionen aber einen notwendigen Strukturwandel hin zu Schaffung von neuen und rentablen Arbeitsplätzen.

Der Abgeordnete kündigte außerdem für den Herbst ein Modell zum „Existenzansparen" an. Danach *soll* jungen Menschen mit unternehmerischen Ambitionen nach einer etwa fünfjährigen Zeit des Sparens 20 Prozent der angesparten Summe vom Staat zugeschossen werden.

EG-Entscheidung für Rechtsanwälte

dpa, Luxemburg

Ein Rechtsanwalt darf eine Kanzlei in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) eröffnen. Die zuständigen Behörden eines Mitgliedstaates dürfen ihm die Niederlassung nicht deshalb verweigern, weil er eine Kanzlei in einem anderen Mitgliedstaat unterhält. Dieses Urteil fiel in einem Vorabentscheidungsverfahren des Europäischen Gerichtshofs.

Unno Klopp, der als Rechtsanwalt der *Rechtsanwaltskammer* Düsseldorf angehört, wollte eine Kanzlei in Paris einrichten und stellte deshalb einen Antrag auf Vereidigung als Rechtsanwalt und auf Eintragung in die Liste der auszubildenden Rechtsanwälte der Rechtsanwaltskammer Paris. Er wollte jedoch Mitglied der Rechtsanwaltskammer Düsseldorf bleiben und seinen Wohnsitz und seine Kanzlei dort beibehalten.

Oxfort warnt vor „Amnestie für Hausbesetzer durch Hintertür"

„Neue Heimat" erwägt, Strafanträge gegen 161 jugendliche Besetzer zurückzunehmen

F. DIEDERICHS, Berlin

„Schwere Folgen, auch für die politische Moral der Stadt" befürchtet der Berliner Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) als Folge derzeit akuter Überlegungen des gewerkschaftseigenen Wohnungsbau-Unternehmens „Neue Heimat", Strafanträge gegen *161 jugendliche Hausbesetzer* im Alter bis zu 21 Jahren zurückzuziehen. Die Erwägungen der „Neuen Heimat" begründete ein Sprecher des Unternehmens unter anderem mit dem Satz: „Die betroffenen jungen Leute haben vielleicht nicht gewußt, was sie taten."

Während die gegen straffällig gewordene Hausbesetzer ermittelnde Staatsanwaltschaft angesichts derartiger Tendenzen vor einer „Amnestie durch die Hintertür" warnt, wies Justizsenator Oxfort nochmals darauf hin, daß der dem Großteil der Strafanzeigen zugrunde liegende Tatbestand des Hausfriedensbruchs eine „schwerwiegende Straftat" sein könne, wenn Hauseigentümern jahrelang ihr Recht auf Eigentum entzogen werde – was auch in Berlin in nahezu allen Fällen zutraf.

Hinter den Überlegungen der „Neuen Heimat", Hausbesetzern möglicherweise Straffreiheit zu ver*schaffen, verbirgt sich nach Ansicht* informierter Kreise die Absicht einer Interessengruppe hochrangiger Sozialdemokraten aus Bonn und Berlin, im Hinblick auf die bevorstehenden Berliner Wahlen im März 1985 das Gefühl einer vermeintlichen Schwächung der Rechtssicherheit in der Stadt zu Lasten der CDU/FDP-Koalition hervorzurufen. Druck auf die „Neue Heimat" wird nach zuverlässigen Informationen der WELT auch von einigen teilweise leitenden Funktionären anderer Gewerkschaften ausgeübt.

So habe ein hochrangiger Mitarbeiter der Gewerkschaft „Handel, Banken, Versicherungen" zu einer Rücknahme der Strafanzeigen gedrängt, da seine in einem besetzten Haus lebende Tochter von einem Strafantrag betroffen sei.

Eine neue Form erzwungener Straffreiheit wird zudem durch ein Netz persönlichen Terrors gegen private Anzeigende, Zeugen oder auch Manager städtischer Wohnungsbaugesellschaften, die Strafanträge stell*ten, praktiziert. „Es ist davon auszu*gehen", so Erkenntnisse des Berliner Senats, „daß Anschläge gegen Eigentümer besetzter Häuser oder Prozeßzeugen von den Angeklagten selbst oder ihnen nahestehenden Personen verübt werden."



Besorgt: Berlins Justizsenator Oxfort (FDP) FOTO: Jupp Darchinger

Zwei Beispiele der jüngeren Vergangenheit belegen dies: Nachdem es in Prozessen gegen 30 Besetzer eines Wohnhauses in Kreuzberg zu ersten Verurteilungen gekommen ist, wird das Haus eines als Zeugen auftretenden Hausverwalters beschmiert. Wenige Tage später zerstört ein Brandsatz das Fahrzeug des Mannes.

Gegen einen Geschäftsführer der großen städtischen Wohnbaugesellschaft „Gesobau" kommt es zu massiven telefonischen Drohungen, die sich auch auf die im übrigen Bundesgebiet lebenden Familienangehörigen erstrecken. Die Bedrohung wird so ernst genommen, daß der Staatsschutz die Familien warnte. „Offenbar unter diesem Druck", so heißt es in einem vertraulichen Senatsbericht weiter, „sind Strafanträge der Gesobau gegen Hausbesetzer teilweise zurückgenommen worden."

Kopfzerbrechen bereitet den Sicherheitsbehörden aber auch die noch in diesem Monat bevorstehende Räumung des Hausbesetzerzentrums „*Kukuck*" (Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg). Hier rechnen nicht nur Staatsschützer mit militanten Racheakten aus der Besetzerszene. Das „Kukuck", eines von elf noch besetzten Objekten an der Spree, diente bislang auch als Anlaufstelle radikaler und terroristischer Gruppen, die nach einer polizeilichen Räumung des symbolträchtigen Hauses nicht nur Brandanschläge, sondern auch Gewaltaktionen gegen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens durch dezentral operierende Kleinstgruppen planen. Diese Erkenntnisse gewannen die Sicherheitsbehörden durch zuverlässige „V-Männer" innerhalb der Besetzerszene sowie die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs des „Kukuck".

Mehrfach versammelten sich zudem in der Vergangenheit Unterstützer der „Rote Armee Fraktion" (RAF) in dem Gebäude, so im Oktober 1982 zu einem „Nationalen Städtetreffen" des RAF-Unterstützerbereichs. Einziges Thema hinter kultureller Fassade: zukünftige gewalttätige Aktionen gegen Staat und Gesellschaft.

Überschattet werden die Sorgen vor weiteren militanten Aktionen von Auseinandersetzungen zwischen den Verwaltungen von Innensenator Heinrich Lummer (CDU) und Justizsenator Oxfort (FDP). Hatte ein vor Wochenfrist veröffentlichter geheimer Bericht aus der Innenverwaltung, der offenbar als „gezielte Indiskretion" der Presse zugespielt worden war, der Staatsanwaltschaft noch Kompetenzüberschreitung bei dem Drängen nach Räumung besetzter Häuser vorgeworfen, so retournierte jetzt ungeachtet der Koalitionsfreundschaft Oxfort. Er warf der unter Lummer-Regie handelnden Polizei mangelhafte Amtshilfe vor. Die Polizei, so Oxfort, habe manche Aufträge der Staatsanwaltschaft so spät ausgeführt, daß der Zweck des Auftrages nicht mehr eintreten konnte.

Annekathrin

In dankbarer Freude zeigen wir die Geburt unserer gesunden Tochter an.

13. Juli 1984

Cornelia und Peter-Joachim Schönberg

P. O. Box 1032 Kuala Lumpur/Malaysia

Kurt Volckerts

geb. 19. Juli 1906 gest. 7. Juli 1984

Wir sind traurig und dankbar.

Ilse Volckerts
geb. Neumann

Claus J. Volckerts
Renate Volckerts
geb. Kiessling
Jacob, Nina,
Ascan, Juliane

Leinpfad 23
2000 Hamburg 60

Die Beisetzung hat in Stille im Familienkreis stattgefunden.

Unser Ehrenmitglied, Herr

Kurt Volckerts

ist am 7. Juli 1984, nach mehrmonatiger, schwerer Erkrankung gestorben. Mit ihm ist ein Hamburger Hausmakler im echten Sinne dieses Begriffes von uns gegangen, der sich nicht nur für seine Kunden, sondern auch für unseren Berufsstand besonders aktiv eingesetzt hat.

VEREIN HAMBURGER HAUSMAKLER
von 1897 E. V.
M. A. Strokarck
Vorsitzender

Am 7. Juli 1984 verstarb der Hamburger Hausmakler, Herr

Kurt Volckerts

kurz vor Vollendung seines 78. Lebensjahres.
Seit Neugründung des Ring Deutscher Makler im Jahre 1948 setzte sich Kurt Volckerts in vorbildlicher Weise für das Ansehen und die Belange unseres Berufsstandes ein. Nach Zusammenschluß der Hamburger Maklerverbände war er unser erster Vorsitzender.
Ehrenmitgliedschaft, goldene RDM-Verdienstnadel und das Bundesverdienstkreuz waren Zeichen hoher Anerkennung seiner Arbeit.
Wir danken ihm für sein Wirken für uns.



RING DEUTSCHER MAKLER (RDM)
Verband der Immobilienberufe und Hausverwalter
Landesverband Hamburg e. V.
Ulrich Kiessling
Vorsitzender

Kurt Volckerts

geb. 19. Juli 1906 gest. 7. Juli 1984

Wir haben von unserem Senior Abschied nehmen müssen.
Wir werden seinen Rat und seine Hilfe sehr vermissen.

JACOB VOLCKERTS
Hausmakler

Claus J. Volckerts
und Mitarbeiter

Ballindamm 15, 2000 Hamburg 1

Die Beisetzung hat in Stille im Familienkreis stattgefunden.

Am 7. Juli 1984 verstarb unser Gründungsmitglied, Herr

Kurt Volckerts

kurz vor Vollendung seines 78. Lebensjahres.

Seit Gründung des Internationalen Verbandes der Immobilienberufe – FIABCI – setzte sich Kurt Volckerts in vorbildlicher Weise für das Ansehen und die Belange der Immobilienwirtschaft auf internationaler Ebene ein.

Wir werden ihn und seinen fachlichen Rat sehr vermissen.

FIABCI – Deutsche Delegation
Otto Stöben
Präsident

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheuke (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik), Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros: Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stuck, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG: Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984; für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. [illegible]

Düsseldorfer Richter: Keine Gnade für Lutze

Kaum Chancen für vorzeitige Entlassung des „DDR"-Agenten

WERNER KAHL, Bonn

Der langjährige Spion im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Erwin Lutze, werde sich nach seiner Haftentlassung erneut in den Dienst des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) stellen und an dessen Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland beteiligen. Davon geht der Staatsschutzsenat des *Düsseldorfer Oberlandesgerichtes* aus. Nach dieser Einschätzung lehnten die Richter den Antrag des heute 43jährigen Agenten ab, das letzte Drittel seiner Freiheitsstrafe zu erlassen. Lutze hat am 1. Juli acht Jahre und einen Monat seiner zwölfjährigen Haft verbüßt. Falls der Bundesgerichtshof, den Lutzes Bonner Anwalt Olaf Kiesewetter jetzt anrufen will, den *Beschluß* des 4. Strafsenates nicht aufhebt – was nicht erwartet wird – ist eine vorzeitige Entlassung nur noch auf dem Wege des Agentenaustausches zwischen Ost und West zu erreichen.

Bei der Anhörung durch das Gericht kündigte Lutze freimütig an, er werde nach der Haftentlassung in die „DDR" übersiedeln. Dort lebt bereits seine wegen Landesverrats ebenfalls verurteilte Ehefrau mit der neunjährigen Tochter Nina-Patricia. Renate Lutze, die zu dem Spionagering im Bundesverteidigungsministerium gehört, stammt aus der „DDR". Mit dem ehemaligen Spion im Bundeskanzleramt, Günter Guillaume, war sie am 1. Oktober 1981 an der hessisch-thüringischen Zonengrenze ausgetauscht worden.

Nach den Feststellungen des Staatsschutzsenates hat Ehemann Lothar Lutze als „Langzeitagent" bis zu seiner Enttarnung 1976 etwa 15 Jahre für den kommunistischen Geheimdienst gearbeitet. Seine politische Einstellung beschrieb er jetzt vor den Richtern als „sozialistische Grundhaltung". Sein Verhältnis zur „DDR" sei – trotz des von Ost-Berlin *bisher nicht erreichten Austausches* – „loyal". Lutze verbüßt seine Strafe im rheinischen Gefängnis Geldern. Zur Begründung des ablehnenden Beschlusses meinte das Gericht, Lutze werde zwar vermutlich nicht wieder als Spion in die Bundesrepublik zurückkehren, weil das Risiko zu hoch sei; es müsse aber damit gerechnet werden, daß der Verurteilte im Fall *einer Bewährung auf andere Weise* erneut den Straftatbestand des Paragraphen 99 StGB erfüllen werde. Nach den Erfahrungen mit östlichen Agenten werde er sofort vom „DDR"-Geheimdienst befragt werden, weil es ausgeschlossen erscheint, daß das Ministerium für Staatssicherheit die Chance nachträglicher Ausforschung ausschlagen *könnte. Der östliche Spionage*apparat ist nach Auffassung des Gerichts nach wie vor an Erfahrungen und Erkenntnissen seines einstigen Star-Spions auf der Bonner Hardthöhe, vor allem über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) sowie an Einzelheiten der Ermittlungen und Verhöre, interessiert. Daß Lutze sich aus Überzeugung wieder dem „DDR"-Geheimdienst zur Verfügung stellen werde, so das Gericht, habe Lutze selbst dem Senat zum Ausdruck gebracht. Das Ministerium für Staatssicherheit bezeichnete er vor den Richtern als seinen „Dienstherrn". Lutze werde sich deshalb nach der Rückkehr erneut gemäß Paragraph 99, Absatz L Nur 1 des Strafagesetzbuches strafmachen, befand der 4. Strafsenat und entschied: Lutze werde auch nicht vorzeitig auf freien Fuß gesetzt.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf folgte mit seinem Beschluß einer seit Jahren vertretenen Rechtsprechung, wonach Spione die Aussetzung der Vollstreckung des Strafrestes zur Bewährung in der Regel nicht beanspruchen können (Aktenzeichen: IV-9/84 OLG Düsseldorf).

SS-20: Moskau dementiert Stationierung in Bulgarien

rtr/AP, Moskau

Die Sowjetunion hat westliche Zeitungsberichte dementiert, sie plane die Stationierung von nuklearen SS-20-Raketen in Bulgarien. „Die UdSSR und ihre Verbündeten des Warschauer Paktes haben niemals eine solche Entscheidung getroffen", schrieb die sowjetische Armeezeitung „Roter Stern" am Wochenende. Die Zeitung beschuldigte die USA, mit den „bösartigen Lügen" Spannungen in die griechisch-bulgarischen und griechisch-sowjetischen Beziehungen erzeugen zu wollen. „Es ist absurd, von einem mysteriösen Transfer von Raketen nach Bulgarien in einer Art ‚Geheimoperation' zu *sprechen.*"

Die vergangene Woche in Prag nach zweitägiger Dauer beendete Ideologiekonferenz von ZK-Sekretären aus elf Ostblock-Staaten hat bekannte Positionen bekräftigt. Dies geht aus einem von der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur CTK veröffentlichten Bericht hervor. Dabei wurde betont, daß nach Ansicht der Sekretäre die Kriegsgefahr weiter zugenommen habe. Wenn im Westen Schritte zum Abbau der bereits stationierten Raketen getan würden, dann würden vom Osten im Gegenzug Schritte „zur Beseitigung der Gegenmaßnahmen getan", womit die Stationierung neuer sowjetischer Raketen in der „DDR" und CSSR gemeint ist.

In dem Kommuniqué heiße es weiter, die „Erfindungen" über angebliche Verletzungen der Menschenrechte in sozialistischen Staaten müßten „überzeugend" zurückgewiesen werden. Es sei wichtig, umgekehrt durch konkrete Fakten, schwere Verstöße gegen die Menschenrechte in den kapitalistischen Ländern zu belegen.

Japanische Zeitung: Sowjets modernisieren C-Waffen

AP, Tokio

Die Sowjetunion modernisiert nach einem Bericht der japanischen Tageszeitung „Yomiuri Shimbun" gegenwärtig in schnellem Tempo ihre chemischen Waffen. Unter Berufung auf einen amerikanischen Geheimbericht an die japanische Regierung schrieb das Blatt, die UdSSR verfüge über 300 000 Tonnen Nervengas und andere C-Waffen. Sie sei damit in der Lage, in einem Krieg in Europa alle NATO-Truppen in zwei bis drei Tagen auszuschalten. Einziges wirksames Gegenmittel der NATO sei ein totaler Atomkrieg unter Einsatz der auf Unterseebooten und in den USA stationierten Interkontinentalraketen.

Anders als die USA habe die UdSSR auch Langstreckenraketen, Marschflugkörper und strategische Flugzeuge für den chemischen Krieg ausgerüstet. Dies erlaube ihr, alle Fliegerhorste, Raketenstützpunkte, Fernmeldezentren und für den Truppennachschub vorgesehenen Flugplätze in Europa mit einem Schlag zu vernichten. Bestimmte Giftgasarten könnten Soldaten innerhalb weniger Minuten „neutralisieren", während andere einen Platz für einen Monat unbenutzbar machten. Die USA verfügten dagegen lediglich über chemische Artilleriemunition und könnten keinen chemischen Krieg hinter den feindlichen Linien führen.

Jede der 190 sowjetischen Divisionen ist nach dem Bericht der japanischen Zeitung mit besonderen „C-Einheiten" für die Entwicklung neuer chemischer Waffen, Gegenmittel, Gasmasken und Schutzkleidung ausgerüstet. Außerdem verfügten sie über alle erforderlichen Abwehr- und Entseuchungsmittel. Die Kommandeure dieser Einheiten seien gleichzeitig Berater der Divisionskommandeure.

„Stauffenberg wußte, daß der Anschlag nichts ändern würde"

DW. Bonn

Graf Stauffenberg habe gewußt, daß er mit dem Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 das Blatt der Geschichte nicht mehr habe wenden können. Es sei aber das Ziel gewesen, für die Deutschen bessere Bedingungen bei einem Kriegsende nach einer vorher gelungenen Befreiung von *Hitler zu erlangen. Diese Ansicht hat* Ludwig Freiherr von Hammerstein, einer der damals jungen Offiziere im Kreis von Stauffenberg, gestern im Deutschlandfunk vertreten.

Aus der persönlichen Kenntnis der aktiv Handelnden wisse er, sagte von Hammerstein, der später ein enger Mitarbeiter Jakob Kaisers und bis vor kurzem Intendant des Sender Rias in *Berlin war, alle, die Militärs, die bür*gerlichen Politiker, die Sozialdemokraten, die Männer der Kirche im Widerstand, hätten für die Zeit nach Hitler nicht an die Verfassung der Weimarer Republik anknüpfen wollen, die es ermöglicht habe, daß der Faschismus zur stärksten Partei in Deutschland werden konnte. Er bezeichnete es als durchaus möglich, heute einen Brückenschlag zu denen zu finden, die damals von Goebbels und Hitler verführt worden waren, und die seit vielen Jahren gute Demokraten seien. Um nicht verführt zu werden, habe man im Dritten Reich Gesprächspartner gebraucht und die habe nicht jeder gehabt.

Von Hammerstein betonte, daß der Begriff „Widerstand" die Gegenwehr gegen eine Diktatur bedeute. Bei oppositioneller Haltung, sei es gegen Gewerkschaftsforderungen, sei es gegen die Arbeitsplatzvernichtung, sei es gegen die Raketenstationierung, handele es sich um Widerspruch, der in der Demokratie immer möglich sein müsse. Niemals jedoch dürfe es wieder eine Chance für eine Diktatur, für einen neuen Hitler in Deutschland geben.

Gute Erfahrungen mit dem Familiengeld

WELT-Gespräch mit Berlins Sozialsenator Ulf Fink

GISELA REINERS, Bonn

„Ein sehr problematisches Thema" ist nach Auffassung des Berliner Sozialsenators Ulf Fink (CDU) die Arbeitsplatzgarantie für Mütter, wenn sie für ein Jahr nach der Geburt ihres Kindes den Beruf aufgeben und Erziehungsgeld beziehen. „In Berlin haben wir es auf freiwilliger Basis geregelt, und es läuft ganz gut." Mit die*sen Worten steuerte Fink in einem* Gespräch mit der WELT die Erfahrungen aus Berlin zur aktuellen Diskussion um den Familienlastenausgleich bei.

Berlin zahlt an berufstätige Mütter, abhängig von bestimmten Einkommensgrenzen,ein Familiengeld von 3000 Mark pro Jahr, an Hausfrauen 4800 Mark, wenn sie ein Kind geboren *haben. Die 1800 Mark mehr für Haus*frauen sollen dazu dienen, ihnen die Rentenausfälle zu ersetzen, die bei Berufstätigen nicht anfallen. Bei ihnen wird der Mutterschaftsurlaubs als Ausfallzeit behandelt und das bringt ihnen für die Rente keine größere Einbuße. Allerdings dürfen in Berlin die Frauen auch während des Bezugs von Familiengeld Arbeitsentgelt beziehen.

Um ihnen ein vorübergehendes Ausscheiden aus dem Berufsleben zu ermöglichen, hat die Sozialbehörde sich mit den Arbeitgeberverbänden beraten und ihnen empfohlen, den Müttern den Platz freizuhalten oder ihnen eine „bevorzugte Wiedereinstellung" zuzusichern. Das Familiengeld wird seit Anfang 1983 gezahlt und die Erfahrungen sind laut Fink zufriedenstellend. Die Verlängerung des halbjährigen Mutterschaftsurlaubs, der vom Bund bei voller Arbeitsplatzgarantie gewährt wird, auf ein Jahr mit Hilfe des Familiengeldes hat sich nicht zum Einstellungs-Hemmnis für junge Frauen entwickelt.

„*Manchmal* sind die Arbeitgeber ganz froh, wenn sie so qualifizierte *Mitarbeiterinnen halten können*", meint Fink. Erleichtert wird der Übergang auch durch Teilzeitarbeit während des Jahres. Da sich dies nicht mindernd auf das von Berlin gezahlte Geld auswirkt, kann der Kontakt zur Firma gehalten werden.

„Wenn der Bund von 1986 an zehn Monate und 1988 an zwölf Monate lang ein Erziehungesgeld von 600 *Mark monatlich zahlen* wird, werden wir unsere frei werdenden Mittel dazu verwenden, den Zahlungszeitraum zu verlängern", kündigt Fink an. Allerdings sei die geplante Reform „unerträglich", wenn sie nicht gleichzeitig einen Beitrag zur eigenständigen Sicherung der Frau im Rentenrecht bringe. Man könne eine Hausfrau mit fünf Kindern, die nicht berufstätig *habe sein können, als Witwe nicht mit* 60 Prozent der Mannesrente abspeisen. Es müßten eher 75 Prozent sein. Dieser Prozentsatz sei erreichbar, wenn ihr pro Kind drei Rentenversicherungsjahre angerechnet würden.

So sei es z. B. möglich, so Fink, die Erziehungsjahre in der Rentenversicherung nicht-berufstätiger Frauen erst für die Kinder anzurechnen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes geboren würden. Das würde die finanzielle Belastung sehr weit in die Zukunft verschieben.

Die Problematik dieser Regelung ist Fink allerdings bekannt. Es würden also nur Mütter von Kindern in den Genuß dieser Lösung kommen, deren Kinder erst unter der Kohl-Regierung geboren werden. Deshalb schlägt Fink eine Art „Trümmerfrauen-Regelung" vor. Vorbild könnte die Rente nach Mindesteinkommen sein. So könnte Frauen, die zwischen 1945 und 1949 für einen Hungerlohn am Aufbau der Bundesrepublik mitgearbeitet haben und gleichzeitig Kinder versorgten, ein Zuschlag zu ihrer niedrigen eigenen Rente gezahlt werden, um so ihre Altersbezüge aufzubessern.



Franzosen feierten „ihren 14. Juli"

„Wenn die deutsche Nationalhymne von Franzosen gespielt wird, ist das für mich immer noch etwas Bewegendes." So Helga Wex, die Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit und CDU-Parlamentarierin. Sie und viele Gäste kamen Samstag abend nach Schloß Ernich, der französischen Botschafterresidenz über den Höhen von Remagen. Frankreich feierte den 195. Jahrestag seiner Revolution.

Gastgeber auf Ernich waren Botschafter Jacques Morizet und seine Frau Aline. Am Vormittag war Botschafter Morizet noch in Baden-Baden gewesen, wo er an einer Truppenparade der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen hatte. Auf Ernich wehte eine steife Brise, als die Musikkapelle des 110. Infanterieregiments der Franzosen in Donaueschingen die *Nationalhymnen spielte. Frau Wex* hatte Probleme mit ihrem Florentinerhut (siehe Foto); von rechts: Botschafter Jacques Morizet, Helga Wex, Alois Mertes und Frau Hiltrud.

FOTO: KEIL

Jetzt auch Werbung im Programm „Hessen Drei"

Auswirkungen auf den Anzeigenmarkt befürchtet

J. NEANDER, Frankfurt

Als erster Sender der ARD wird der Hessische Rundfunk Werbesendungen auch in seinem Dritten Fernsehprogramm ausstrahlen. Der hr-Rundfunkrat hat, wie es in einer Mitteilung heißt, der Absicht des Intendanten zugestimmt, damit „zum nächstmöglichen Termin zu beginnen". Dies werde dazu beitragen, „zusätzliche Programmleistungen zu finanzieren". Zugleich werde damit „der Forderung der werbetreibenden Wirtschaft nach einer Ausdehnung der Fernsehwerbezeit entsprochen".

Der überraschende Schritt des hr muß im Zusammenhang mit den Diskussionen über den früheren Beginn des ARD-Abendprogramms gesehen werden. Auf ihrer Sitzung in Baden-Baden hatten die Intendanten Anfang Juli noch einmal ihre Absicht bekräftigt, am 1. Oktober 1985 mit dem Abendprogramm schon um 19 Uhr anzufangen. Strittig blieb nur, ob auch die Tagesschau (etwa auf 18.45) nach vorn verlegt wird, oder an ihrem bisherigen Platz bleiben soll.

Neben diesem Streitpunkt wirft der frühere Beginn aber noch zwei weitere Probleme auf: Was wird mit der Werbung und mit der Regionalbe*richterstattung*? Beides kann nicht ebenfalls beliebig vorgezogen werden, da es dann nicht mehr das anvisierte Publikum erreichen würde. Der Ausweg ins Dritte Programm ist eine der möglichen Alternativen. Um freilich die für eine Werbewirksamkeit erforderlichen Einschaltquoten zu erreichen, müßten die Dritten ARD-Programme noch stärker als bisher von ihrer traditionellen Rolle eines Minderheitenprogramms abrücken.

Mit Aufmerksamkeit wird der hr-Versuch auch von den Zeitungsverlagen beobachtet werden. Werbung in den Dritten Fernsehprogrammen würde unter Umständen Auswirkungen speziell auf den regionalen Anzeigenmarkt haben, der bisher eine Domäne der Regionalzeitungen ist. Eine Gefahr für die Verlage bestünde auch dann, wenn sich die TV-Werbung auf diesem Umweg ganz allgemein stärker ausweiten würde.

Mondales zweite Überraschung: Lance soll den Wahlkampf leiten

Brückenschlag zu den Südstaaten? / Wechsel an der Parteispitze verärgert Demokraten

TH. KIELINGER, **San Francisco**

Sichtlich entschlossen, die Schlagzeilen der Landespresse – wenn auch nicht die uneingeschränkte Sympathie der Parteigänger – hinter sich zu scharen, unternahm Walter Mondale zwei Tage vor dem heute in San Francisco beginnenden Parteikonvent der *Demokraten einen wichtigen Schritt:* Er entließ aus heiterem Himmel den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Charles T. Manatt, und bestellte sich zum Superdirektor seines kommenden Wahlkampfes einen einst unter Jimmy Carter diskreditierten Südstaatler, den früheren Budget-Direktor Bert Lance aus Georgia.

Zuvor hatte Mondale alle Welt überrascht, als er Geraldine A. Ferraro aus New York City zum „running mate", zur Vizepräsidentschaftskandidatin, ernannte. Aber während das Echo auf die Berufung einer Frau in diese profilierte Position im allgemeinen positiv für Monale ausfiel, zog er sich mit der Wahl von Bert Lance eindeutig Kritik, wenn nicht Feindseligkeit zu.

Einflußreicher Posten

Lance wird zwar nicht Nachfolger von Manatt, soll also die Demokratische Partei nicht in den nächsten vier Jahren führen. Aber in seiner neuen Position als Zar des Monadaleschen Wahlkampfes gebührt ihm der wichtigste Zugang zum Präsidentschaftskandidaten und damit auch der größte Einfluß bei der Besetzung des jetzt freigewordenen Pateivorsitzes.

Im Ausland muß es überraschen, daß ein amerikanischer Präsidentschaftskandidat, der selber noch nicht einmal offiziell nominiert ist – diese Entscheidung fällt erst Mitte dieser Woche –, kurzerhand den Parteivorsitzenden ablösen und nach einem Kandidaten eigener Wahl für diesen Posten Ausschau halten kann. *In den USA, besonders bei der Demokratischen Partei*, gehört dies jedoch zur Tradition: Der neuerkorene Spitzenkandidat besitzt die Freiheit, gerade auf den Sessel des Parteivorsitzenden einen loyalen Freund zu hieven, um damit die Organisation des Fußvolkes nach Belieben gestalten zu können.

Der Parteivorsitzende hat nicht annähernd die Stellung seines Amtskollegen in europäischen Demokratien. In der Regel hört man wenig von diesem Mann an der Parteispitze. Den Namen Fahrenkopf zum Beispiel – er ist Parteivorsitzender der Republikaner – haben die meisten Amerikaner noch nie gehört. Alles spitzt sich im amerikanischen System auf den Präsidentschaftskandidaten zu. In seiner Hand liegt die Macht der Personalpolitik: er braucht dazu nicht „die Parteispitze" zu konsultieren, die es in dieser Eigenschaft gar nicht gibt.

Dennoch hat Mondale mit seiner Entscheidung eine Kontroverse ausgelöst, *die gerade er am wenigsten* gebrauchen kann. Manatt war kein schlechter Manager der Parteigeschäfte in den letzten vier Jahren. Er hat die Anschriftenliste verläßlicher *Parteispender von 50 000 auf 400 000* Adressen gebracht, ein kleines organisatorisches Wunder; in dem zurückliegenden, äußerst bitteren Ringen zwischen den beiden Kontrahenten Walter Mondale und Gary Hart konnte Manatt zudem nicht selten die Rolle des dringend benötigten Schlichters spielen.

In San Francisco fragt man sich, warum Mondale, wenn er sich denn von diesem Mann lösen wollte, dies nicht nach dem Parteitag, fern des Rampenlichtes, tat. Stärker noch reibt man sich an der Wahl von Lance zum Wahlkampfoberleiter. Offenbar wollte Mondale, der Lance seit langem gut kennt, mit dieser Berufung *eine Brücke zu den Südstaaten schlagen*, wo sich erste Proteste gegen Frau Ferraro als „running mate" zu zeigen begannen. Der Süden beherbergt starke Bataillone konservativer Demokraten, die sich durch das liberale Übergewicht des Duos Mondale/Ferraro abgestoßen fühlen müssen.

Wieder ins Hart-Lager

Aber Lance ist nicht irgendein Südstaatler, sondern der einst vor Gericht gestellte Carter-Intimus, der sich 1977 wegen dubioser Bankgeschäfte verantworten mußte. Es gelang ihm zwar, sich von der Anklage reinzuwaschen, aber der Schatten des Verdachtes hat sich nie von ihm gehoben. Dennoch gewann er zumindest in seinem Heimtatstaat Georgia seine Popularität zurück und konnte dort inzwischen eine der bestgeführten Parteiorganisationen der Südstaaten-Demokraten aufbauen. Als Mondale im März einer *Vorwahlniederlage entgegenzugehen schien*, war es Lance, der ihn im Süden wieder auf die Bahn des Sieges führte.

Um so schärfer die Animositäten *auf seiten der Lance-Gegner – die in* der Überzahl sind. Mehrere der bereits auf Mondale als Kandidaten festgelegten Delegierten meldeten sich im Hart-Lager und kündigten an, daß sie ihre Stimmen im ersten Wahldurchgang für Gary Hart abgeben würden. Das kann für Monadale prekär werden, denn er besitzt mit 2076 Delegierten nur gerade 109 mehr, als er zur Nominierung benötigt (1967). So füllt sich der Parteitag wieder mit jener leicht selbstmörderischen Dramatik an, die man von den Demokraten seit langem gewohnt ist.

Reagan glaubt an republikanische US-Präsidentin

dpa/AFP, **Washington**

US-Präsident Ronald Reagan hat am Wochenende die Vorhersage gewagt, daß eines Tages eine Frau Präsidentin der Vereinigten Staaten werde, „und sie wird eine Republikanerin sein". Vor etwa 70 Anhängerinnen der Republikanischen Partei kritisierte er zugleich indirekt die Entscheidung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale, im Falle eines Wahlsieges die New Yorker Kongreßabgeordnete Geraldine Ferraro zur Vizepräsidentin zu machen. Reagan ließ durchblicken, die Wahl Mondales sei aus rein wahltaktischen Erwägungen auf die 48jährige gefallen. Er verwies auf Margaret Thatcher, die allein wegen ihrer Qualifikation in dieses Amt gekommen sei und „nicht, weil sie eine Frau ist".

Nach einer Umfrage des US-Magazin „Newsweek" würden Präsident Reagan und sein Vizepräsident Bush die amerikanischen Wahlen mit sechs Prozent Vorsprung *vor dem demokratischen Präsidentschaftsbewerber* Mondale und seiner designierten Stellvertreterin Frau Ferraro gewinnen, wenn diese in dieser Woche stattfänden. 45 Prozent der Befragten waren der Ansicht, daß Geraldine Ferraro ebenso qualifiziert für diesen Posten sei wie andere Kandidaten.

Kein US-Geld mehr für Abtreibungen

dpa/AFP, **Washington**

Mit Betroffenheit haben UNO-Kreise auf die Entscheidung der USA reagiert, künftig keine internationalen Familienplanungsorgane *mehr zu unterstützten*, die Schwangerschaftsabbrüche vorsehen oder aktiv propagieren. Ein Sprecher der Regierungsbehörde für internationale Entwicklung sagte in *Washington*, der Beschluß gehe über die gesetzlich vorgeschriebene bisherige US-Politik hinaus, die es der Regierung verbietet, Staaten oder Organisationen Geld für die Finanzierung von Abtreibungen zu gewähren.

Nach den Worten des Sprechers könnte die neue Regelung beispielsweise direkte Auswirkungen für die UNO-Kommission für Bevölkerungs*fragen haben. Die US-Regierung fordere* konkrete Versicherungen, daß die Kommission nichts mit Schwangerschaftsabbrüchen zu tun hat und dafür auch kein Geld bereitstellt. Sollte die Kommission eine solche Versicherung nicht abgeben, werde die Regierung andere Familienplanungsprogramme finanziell unterstützen.

Kairo schafft sich gegenüber Israel wieder militärische Option

Arabische *„Südfront" wird verstärkt* / Einseitige Abhängigkeit bei Waffen unerwünscht

PETER M. RANKE, **Athen**

Ägypten und Frankreich werden vom nächsten Jahr an das moderne Kampfflugzeug Mirage 2000 gemeinsam in Kairo montieren. 20 Maschinen dieses Typs hat die ägyptische Luftwaffe schon gekauft, zwanzig weitere sind auf der Bestell-Liste. Die Mirage 2000 soll auch von Kairo aus an arabische und afrikanische Staaten geliefert werden.

Dieses Abkommen wurde kürzlich vom ägyptischen Minister für Verteidigung und Rüstungsproduktion, Marschall Abu Ghazala, in Paris ausgehandelt und von Präsident Mitterrand bei seinem Besuch in Kairo bestätigt. Es unterstreicht die ägyptische Absicht, militärisch nicht von amerikanischen Lieferungen abhängig zu sein, und Lieferquellen so zu streuen, daß die wirksamsten Waffensysteme schnell erreichbar sind.

Die Umrüstung und zunehmend auch die Eigenproduktion westlicher Waffen geht unter Präsident Mubarak, der selbst Chef der Luftwaffe war, zügig voran, betonen Militärfachleute in Kairo. Das Ziel: Ägypten schafft sich wieder eine militärische Option gegenüber Israel zur Verstärkung der arabischen „Südfront". Sie wird mit Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten schon Ende der achtzi*ger Jahre über eine weitgehende* Standardisierung westlicher Waffen mit gemeinsam einsetzbaren Organisationsstrukturen, Fernmelde- und Radargeräten und Logistik verfügen.

SAM-5-Raketen erwünscht

Wie weiter verlautet, werden die ägyptischen Streitkräfte die „Normalisierung" zwischen Kairo und Moskau zum Anlaß nehmen, um nicht nur Ersatzteile für die Panzerwaffe, also die sowjetischen T-62, zu fordern, sondern auch neue Luftabwehrsysteme. Die von Infanteristen leicht abzufeuernde SAM-7 wird heute schon in Ägypten gefertigt, aber das Oberkommando will westliche Systeme wie Hawk, Crotale uns Skyguard durch weitreichende sowjetische Flugabwehrraketen wie die SAM-5 ergänzen. Die Sowjets haben sie an Syrien geliefert.

Die Stärke der ägyptischen Armee wird von jetzt über 400 000 Mann auf 350 000 gekürzt; die allgemeine Wehrpflicht von drei Jahren wird beibehalten. Dafür soll die Qualität der Kampftruppen erhöht werden, der Rest wird als Arbeitsdienst eingesetzt.

Das Ziel ist eine schnell einsatzbereite, bewegliche Truppe mit hoher Feuerkraft. Schon heute könnten ägyptische Brigaden innerhalb von Stunden mit eigenen Hercules-Transportern an den Golf entsandt werden, falls den Iranern ein Durchbruch in Richtung Bagdad oder Basra gelänge.

Ägypten hält bisher die Verpflichtung aus dem Friedensvertrag mit Israel streng ein. Im Südteil der Sinai-Halbinsel wird nur eine Division mit höchstens 230 Panzern und 22 000 Soldaten unterhalten. Aber bereits westlich hinter dem Suez-Kanal stehen acht Divisionen, zwei in Kairo und zwei an der libyschen Grenze.

Trotz der rüstungstechnischen Wendung nach Frankreich, zum Teil auch nach Großbriannien, Italien und Brasilien; das 120 Tucano-Trainings-Jets liefert oder bei Kairo zusammenbauen läßt, tragen die USA die Hauptlast der ägyptischen Umrüstung. Die ausgemusterten Sowjet-Waffen, vor allem die veralteten Panzer T-55, werden fast ausnahmslos an Irak verkauft, zumal wieder sowjetische Errsatzteile geliefert werden.

Die USA haben seit 1980 schon 650 moderne M-60 Panzer sowie 1300 Schützenpanzer M-113 geliefert oder die Lieferung bis Jahresende zugesagt. Außerdem werden 40 F-16 ausgeliefert, vierzig weitere sind geplant. Montiert werden in Kairo außerdem 45 Alpha-Jets und französische Gazelle-Hubschrauber. Der Nachbau des britischen Radpanzers „Scorpion" ist beabsichtigt.

Marschall Abu Ghazala will auch einen eigenen Panzer bauen lassen und verhandelt darüber mit Brasilien und Spanien. Der schwächste Punkt ist bisher die Abhängigkeit von der veralteten sowjetischen Artillerie, deren Munition aber auch schon in Kairo gefertigt wird.

Ausgaben erhöht

Geplant ist der Kauf deutscher und amerikanischer Panzer-Haubitzen, allgemein wird Wert auf weittragende Geschütze gerichtet. Allein im Haushaltsjahr *1984/85* haben *die* USA 1,3 Milliarden Dollar für die ägyptische Rüstung bereitgestellt.

Die Hoffnungen, Ägypten werde nach dem Frieden mit Israel 1979 seine Rüstungsausgaben drastisch senken, haben sich nicht erfüllt. Von 1982 bis 1986 dürfte Kairo allein in den USA Waffenkäufe zwischen 3,5 bis 5 Milliarden Dollar tätigen. Die Umrüstung wird allmählich wieder zur Aufrüstung, notieren westliche Militärbeobachter in Kairo.

Das liegt nicht nur am Golfkrieg, an der Krise im Sudan und am gespannten Verhältnis zu Libyen, sondern auch am bestimmenden Einfluß des ägyptischen Militärs auf die Stabilität im Lande und die Stellung Mubaraks. Die militärische Option gegenüber Israel, wie immer sie auch angewendet wird, beeinflußt außerdem zunehmend die Außenpolitik Kairos. (SAD)

Geht es um Ernteerträge, jonglieren Moskaus Planer mit Traumzahlen

Getreide-Importe auch 1984 / Gorbatschow in seinem Fachbereich wenig erfolgreich

F. H. NEUMANN, **Moskau**

Als Ende Juni der Regen über die Sowjetunion kam, war es für das Getreide nach vielen trockenen Wochen fast zu spät. Westliche Experten, die sich durch Reisen einen zusätzlichen Eindruck verschaffen konnten, erwarten 1983 eine sowjetische Getreideernte von 195 bis maximal 200 Millionen Tonnen. Offiziell wurden für dieses Jahr 190 Millionen mitgeteilt.

Moskau wird sich gezwungen sehen, erneut zwischen 30 und 35 Millionen Tonnen im Ausland zu kaufen. Das entspricht etwa dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Obwohl verbindliches Gesetz, hat der laufende Fünfjahresplan mit seiner Vorgabe von 238 bis 243 Millionen Tonnen für die jährliche Getreide-Erzeugung mit den Realitäten nie etwas zu tun gehabt und wird auch von den sowjetischen Behörden längst als Makulatur behandelt.

Der Rekordwert von 1978, als über 237 Millionen Tonnen eingebracht werden konnten, ließ sich zu keiner Zeit auch nur annähernd wieder erreichen. Im Gegenteil: Drei Jahre später, die neue Planperiode hatte gerade begonnen, sackte die Ernte auf die Katastrophenzahl von geschätzten 155 Millionen ab.

Schrittweise stieg sie seitdem wieder an. Doch selbst die offizielle Erwartung, das vorjährige Ergebnis um *sechs Prozent übertreffen zu können*, ergäbe nur reichlich 201 Millionen Tonnen.

Die Mitteilungen des Politbüros zeigen an, daß die Parteiführung mit keinem der Faktoren zufrieden ist, von denen sie sich eine dauerhafte Stabilität der Landwirtschaft verspricht: technische Aussstattung, Bodenverbesserung und Chemisierung.

Politbüromitglied Gorbatschow, seit sechs Jahren als ZK-Sekretär für diesen Bereich zuständig, vermochte auch in Arbeitsorganisation und Management keine sonderlich erfolgreichen Methoden einzuführen. So überzeugend er auch in seinem persönlichen Auftreten wirken mag, auf seinem Fachgebiet hat er sich keine Meriten erworben, so daß der politische Glanz des 53jährigen Benjamins und zweiten Mannes der Parteiführung sachlich kaum zu rechtfertigen ist.

Eine eigens dazu einberufene gesamtstaatliche Fachkonferenz zerbrach sich den Kopf darüber, wie der ständige Rückgang besserer Weizensorten aufzuhalten wäre. Dabei wurde beispielhaft klar, daß die Steuerung der Produktion nicht funktioniert, weil *Plansystem und finanzielle* Anreize den Anbau von weniger wertvollem Futterweizen begünstigen.

Der für Brot, Back- und Teigwaren benötigte Hartweizen fällt inzwischen in so geringen *Mengen* an, daß die Versorgung der Bevölkerung in Gefahr gerät. („Für Makkaroni braucht die Industrie nur drei Millionen Tonnen, aber selbst die sind *kaum aufzutreiben*", wurde auf der Konferenz geklagt.)

Gäbe es nicht das Reservoir von Kasachstan, dem vor 30 Jahren erschlossenen Neuland, wäre ein Notstand nur durch vermehrte Importe zu vermeiden. Von dort stammen drei Viertel der sowjetischen Erzeugung, während die traditionellen Weizengebiete an Wolga und Don sowie in der Ukraine hinter den Plänen weit zurückbleiben, so daß Getreide sogar in diese Gebiete gliefert werden muß. („Uns ist gut bekannt, wie Brot aus Kasachstan schmeckt", gestand ein ukrainischer Landwirtschaftsfunktionär ein.)

Für den besonders sonnenhungrigen hochwertigen Weizen, ohnehin als „schwierige Pflanze" bekannt, fehlt es an Landtechnik und Düngemitteln. Aber hauptsächlich geht die Anbaufläche zurück, weil sich die Pläne leichter mit den produktiven weichen Sorten erfüllen lassen, während der heikle Hartweizen auch noch weniger Geld bringt. Erstaunlich, aber wahr: Den Steuerungsmethoden der Planwirtschaft ist es bisher nicht gelungen, diese „gefährliche *Tendenz*" umzukehren.

Bodenverbesserung ist für große Teile des landwirtschaftlich nutzbaren Gebiets der Sowjetunion eine notwendige und lange vernachlässigte Aufgabe. *Die ganze obere Hälfte* Westrußlands gehört zur „Nicht-Schwarzerde-Zone" mit ihren wenig fruchtbaren Böden. Das sind 22 Prozent der Nutzfläche in der russischen Föderation. Obwohl im Laufe von zehn Jahren 53 Milliarden Rubel in diese Zone gesteckt wurden, waren die Ergebnisse enttäuschend.

Israel plant fünf neue Siedlungen

dpa, **Jerusalem**

Die israelische „Likud"-Regierung hat gestern eine Woche vor den Parlamentswahlen, die Gründung von fünf *neuen jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland bestätigt.* Der Beschluß wurde nach Angaben eines Regierungssprechers von dem Ministerausschuß für Besiedlungsfragen mit einer knappen Mehrheit getroffen. Einige liberale Mitglieder dieses Ausschusses hätten den Schritt als „nach Wahlpolitik riechend" kritisiert, hieß es.

Drei der fünf Siedlungen sollen im Gebirge Samaria im Nordteil des Westjordanlandes gebaut werden. Eine weitere Siedlung soll an der Grenze mit Jordanien südlich der Golan-Höhen entstehen. Die fünfte Siedlung – derzeit ein Armeestützpunkt bei Tul-Karem – soll nun von Zivilisten bewohnt werden.

Asean-Länder wenden sich stärker dem Handel mit Pazifikanrainern zu

Europa verliert traditionelle Führungsposition in Südostasien / Konferenz in Jakarta

CHRISTEL PILZ, **Jakarta**

Pazifische Kooperation, die Kambodscha-Frage, Protektionismus der industrialisierten Länder und die hohe Zinssatzpolitik der USA standen im Mittelpunkt des diesjährigen Dia*logs, den die Asean-Außenminister* mit ihren Kollegen aus Amerika, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und dem EG-Ratspräsidenten der indonesischen Hauptstadt Jakarta ab*hielten.*

Ein solcher Dialog findet seit 1979 regelmäßig statt, zum ersten Mal aber stand er im Zeichen pazifischer Gemeinsamkeit. „Wir folgen damit einem *natürlichen Trend*", erklärte der indonesische Außenminister, Mochtar Kusumaadmadja, „der die Verschiebung des Weltwirtschaftszentrums vom Atlantik auf den Pazifik *anzeigt." Die Asean-Länder (Indonesien,* Thailand, Singapur, Malaysia, Philippinen, Brumei) handeln heute mehr mit den Anrainerländern des Pazifiks als mit Europa. Ebenso handeln die USA schon seit 1979 weniger mit Europa als mit dem Pazifik.

Für Europa heißt das, daß es seine traditionelle Führungsposition in Südostasien verloren hat. Noch während des Treffens in Bangkok im Jahre 1983 hat der damalige EG-Ratspräsident, Bundesaußenminister Genscher, eine beherrschende Rolle gespielt. In Jakarta wurde offenkundig, daß die EG in diesem Gremium fortan kaum mehr als einen Beobachterstatus einnehmen wird.

Will Europa an der Zukunftsentwicklung des pazifischen Raums nicht noch weiter an *Einfluß* verlieren, werden die EG-Politiker sich sehr anstrengen müssen, den direkten Asean-EG-Dialog zu einem effektiven Forum der Kooperation auszubauen. In Jakarta verwies der Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, auf bisherige Erfolge der Kooperation zwischen EG und Asean und auf die Bemühungen *der EG, dem Protektionismus entgegenzuwirken.* „Der Markt in unserer Gemeinschaft", sagte er, „ist offen genug gewesen, um eine Importsteigerung von industriellen Produkten der Asean *von 25 Prozent im Jahr 1973* auf 41 Prozent im vorigen Jahr zu erzielen." Haferkampf kündigte an, das Bangkoker Regionalbüro der EG in Bangkok personell zu verstärken.

Die Diskussionen in Jakarta machten deutlich, daß die Asean-Politiker sich in Zukunft auf pazifische Themen konzentrieren werden.

Sie akzeptierten den Vorschlag von Außenminister Mochtar, den alljährlichen Dialog als Plattform zu einer pazifischen Kooperation zu verstehen. Es sei an der Zeit, so erklärten sie, daß Asean seine Position innerhalb der pazifischen *Region formuliere*, eigene Initiativen entwickle und damit aktiv die pazifische Zukunft mitgestalte.

Als Auftakt dazu befaßte sich das Jakarta-Treffen mit *zwei Themenkreisen:* Der Sondierung der pazifischen Position der einzelnen Mitgliedsländer, und der Suche nach Ansätzen zur Kooperation. Die Gesprächspartner einigten sich, zunächst mit einer Kooperation im Bereich der Entwicklung der „human resources" zu beginnen.

Um eine Zusammenarbeit zu konkretisieren, werden sich auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers George Shultz die Gesprächspartner zu einer weiteren Konferenz im Januar zusammensetzen. Als Gastgeber dieser Konferenz bot sich Jakarta an.

Zum Thema Kambodscha wurde die einmütige Auffassung unterstrichen, *daß Asean das nur denkbare* getan habe, Vietnam an den Verhandlungstisch zu bringen, und daß „der Ball jetzt bei Hanoi" liege. Die Aufforderung des australischen Außenministers Bill Hayden, *Asean sollte sich* mit Vietnam und Laos zu einer Lösung des Kambodscha-Konfliktes zusammensetzen, versetzte die australische Delegation in eine nur peinliche Lage. Der Kommentar *der* Thais: „Was ist daran neu." Asean hatte das schon 1983 vorgeschlagen, und Hanoi reagierte kompromißlos.

Den breitesten Raum nahmen Fragen zur internationalen Wirtschaft ein. Außenminister Shultz verteidigte die hohe Zinssatzpolitik der Reagan-Administration. Sie habe zu einem Wiederaufschwung der amerikanischen *Wirtschaft* geführt und damit mehr zur Erholung der asiatischen Wirtschaften beigetragen „als alles andere".

Moskauer Kritik an Arbeitern der Agrarwirtschaft

AFP, **Moskau**

In der sowjetishen Landwirtschaft steigen, so die Parteizeitung „Prawda", *die Selbstkostenpreise mit beunruhigender* Schnelle. Das Organ der KPdSU akzeptiert die „angeblich objektiven Erklärungen" für diesen Mißstand – wie schlechtes Wetter oder Kosten für technische Investitionen – keineswegs. Die Verantwortung liege bei den in der Landwirtschaft Tätigen, die „vom Direktor bis zur Melkerin erzogen werden müssen" – aber auch im System, das beispielsweise einen Chefingenieur zwinge, 82 Prozent seiner Arbeitszeit auf der Suche nach Ersatzteilen zu verbringen. Allein in Sibirien, so das KP-Organ, hat eine einprozentige Erhöhung der Investitionen ohne entsprechende Produktionserhöhungen einen Verlust von 100 Millionen Rubel (125 Millionen Dollar) nach sich gezogen. Für diese Summe könnten 5 Traktoren gekauft werden.

Ein Plan über Landwirtschafts-Ausgaben bliebt seit drei Jahren auf dem Verwaltungsweg hängen, statt in die Tat umgesetzt zu werden. Nach Ansicht von Experten wird das Problem verschärft durch staatliche Subventionen, mit denen die Einzelhandelspreise für die Bevölkerung künstlich niedriggehalten werden.

Lange strebt atomfreie Zone für Neuseeland an

Überraschend klarer Wahlsieg der Labour Party

DW. **Wellington**

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen auf Neuseeland hat die Labour Party einen klaren Sieg über die bisher regierende konservative Nationalpartei errungen. Sie sicherte sich 55 der 95 Sitze im Parlament. David Russel Lange, Rechtsanwalt und Nachkomme deutscher Einwanderer, wird mit 41 Jahren der jüngste Premier, den das Land hatte.

Dem Wahlausgang kommt überregionale Bedeutung zu, da die Labour Party das Militärbündnis mit den USA und Australien (Anzus-Pakt) überdenken und Neuseeland zur atomwaffenfreien Zone erklären will. Atomar angetriebene oder bewaffnete US-Kriegsschiffe würden dann keine Erlaubnis mehr erhalten, neuseeländische Häfen anzulaufen.

Lange traf gestern mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen, der sich aus Anlaß der Anzus-Jahrestagung in Wellington aufhält. Shultz erklärte, ein Anlaufverbot für US-Kriegsschiffe in Neuseeland würde dem Anzus-Pakt seine Bedeutung nehmen.

US-Schiffe geben grundsätzlich keine Auskunft darüber, ob sie Atomwaffen an Bord haben. Eine solche Auskunft soll nach Langes Ankündigungen jedoch Voraussetzung dafür sein, neuseeländische Häfen anlaufen zu können. *Bleiben beide Seiten fest*, ist die gesamte US-Flotte vom Besuch Neuseelands ausgeschlossen. Die australische Labour-Regierung unter Ministerpräsident Bob Hawke stünde dann Beobachtern zufolge unter starkem innenpolitischen Druck, dem Schritt Neuseelands zu folgen.

Neben der Militärpolitik hatten im neuseeländischen Wahlkampf die hohe Auslandsverschuldung, die Arbeitslosigkeit und der autokratische Regierungsstil des bisherigen Premiers Muldoon eine Rolle gespielt.

Nach der Wahl gestand Muldoon, der achteinhalb Jahre im Amt war, zwar seine Niederlage ein, jedoch nicht den Wahlsieg der Labour Party. Er erklärte, er sei nur durch das Auftreten der jüngst gegründeten konservativen Neuseeland-Partei am Wahlerfolg gehindert worden. Die Wähler würden ihren Fehler jedoch einsehen und ihn in drei Jahren wieder an die Regierung bringen. Muldoon hatte die erst Ende des Jahres fälligen Wahlen – gegen den Rat seiner Parteifunktionäre – vorverlegt, nachdem die Partei durch einen Austritt aus der Fraktion die Mehrheit verloren hatte.

Prozeß gegen 76 „Staatshändler"

fhn. **Moskau**

Wegen Unterschlagung, Bestechung und „Spekulation" sind gegen 76 leitende Mitarbeiter aus dem Staatshandel des Gebietes von Rostow am Don sowie aus dem Moskauer Handelsministerium der russischen Sowjetrepublik gerichtliche Verfahren eingeleitet worden. Bei ihnen wurden Geld und Wertgegenstände in einer Gesamtsumme von 700 000 Rubel sichergestellt, berichtete gestern die Regierungszeitung „Iswestija". Die Machenschaften der organisierten Gruppe hätten einen „chirurgischen Eingriff" der Sicherheitsorgane erfordert.

Das sowjetische Innenministerium habe den Fahndungsapparat reorganisiert und verstärkt, um in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft wirksamer vorgehen zu können, vor allem im Agrarbereich, in Verkehrswesen und Handel sowie bei den Dienstsleistungen, teilte in diesem Zusammenhang der stellvertretende Innenminister, Demidow, mit.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mitterrand: „Bisher größte Steuersenkung"

Abgabenlast soll um acht Prozent gesenkt werden

DW. **Paris**

Staatspräsident François Mitter*rand hat den Franzosen die „bisher* größte Steuersenkung der Nachkriegszeit" versprochen. Sie solle, so Mitterrand aus Anlass des französischen Nationalfeiertags am 14. Juli in einer Fernsehanspache, im nächsten Jahr wirksam werden.

Der Präsident sagte allerdings nicht, wie die Steuersenkungen im einzelnen aussehen werden. Er nannte lediglich die Zahl von acht Prozent. In diesem Umfang soll die Steuerlast nach seinen Worten gesenkt werden. Und er nannte die zwei Bereiche Einkommens- und Gewerbesteuer. Experten gehen davon aus, daß bei rund 810 Milliarden Francs (245 Milliarden Mark) Steuereinnahmen auf 70 bis 85 Milliarden (21 bis 25,5 Milliarden Mark) verzichtet wird.

45 Milliarden Francs (15 Milliarden Mark) sollen angeblich auf die Gewerbesteuer entfallen. Die Unternehmen würden damit stärker entlastet als die Einkommenssteuerzahler. Auf jeden Fall soll ihnen die einprozentige Abgabe für die Sanierung der Sozialversicherung erlassen werden, die zehn Milliarden Francs (3,3 Milliarden Mark) eingebracht hat. Nach der Sanierung der Sozialversicherung ist sie nach Mitterrands Worten nicht mehr erforderlich.

Der Präsident sagte am Fernsehen, daß man „mit Steuern auch die Steuern töten kann". Zur Zeit lägen die Abgaben für Steuern und Sozialversicherungen in Frankreich bereits bei 44 bis 45 Prozent der Einkommen. 20 bis 30 Milliarden sollen durch Vereinfachungen des Steuersystems, die aber noch nicht bekannt sind, und Haushaltseinsparungen gestrichen werden. Davon werden trotz des vom Parlament verabschiedeten, bis 1988 geltenden Fünfjahresplanes auch die Verteidigungsausgaben betroffen sein.

In einer am gleichen Tag bekanntgegebenen Botschaft an die Streitkräfte erklärte Mitterrand, daß auch sie der Sparpolitik unterworfen werden müßten. Die Äußerungen des Präsidenten zum Thema Steuersenkung beherrschten in diesem Jahr die Feiern zum 14. Juli, an dem es bei regnerischem und stürmischem Wetter in der Hauptstadt – wie alljährlich – eine große Truppenparade gegeben hatte. Zum ersten Mal nahmen auch zehn erst vor einem Monat in Dienst gestellte neue Jagdflugzeuge vom Typ „Mirage 2000" an den damit verbundenen Flugvorführungen teil.

Geißler sieht Wandel bei Pro Familia

dpa, **Bonn**

Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) sieht in verschiedenen *Äußerungen* der Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung Pro Familia, daß die Organisation nunmehr offenbar doch bereit sei, bei ihren Beratungen auf die Hilfen der neuen Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens" hinzuweisen. Nachdem der Bundesrat die Stiftungsgründung gebilligt habe, müsse jetzt sichergestellt sein, daß alle Frauen bei allen Beratungsstellen „vorbehaltlos und vollständig" über die vorhandenen Hilfen informiert würden, sagte Geißler gestern in einer Presseerklärung in Bonn.

Geißler hatte Pro Familia vorgeworfen, die Mittel der Stiftung „Mutter und Kind" als Almosen mit Zwangscharakter diskriminiert zu haben. Dadurch liefen Frauen seiner Meinung nach Gefahr, die sich von Pro Familia beraten ließen, von diesen Mitteln ausgeschlossen zu werden. Der Bundesfamilienminister hatte mit dieser Begründung die Länderregierungen aufgefordert, der Gesellschaft die Anerkennung und damit ihre finanzielle Grundlage zu entziehen.

Moskau erprobt über „DDR“ neues Aufklärungsflugzeug

Offensivstärke der sowjetischen Armee wird durch die Radarmaschine verbessert

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Zum erstenmal hat die Sowjetunion ihr neues Radar-Aufklärungsflugzeug IL-76 „Mainstay“ (NATO-Codebezeichnung) während eines Großmanövers auch über der „DDR“ und damit gegenüber der zentraleuropäischen Front der NATO erprobt. Das Auftauchen der vierstrahligen Maschine, die dem NATO-Frühwarnflugzeug Awacs ähnelt, ist im atlantischen Bündnis mit großem Interesse verfolgt worden. Das Flugzeug vervielfacht die Fähigkeit der Sowjetunion, tieffliegende Flugzeuge zu orten und abschießen zu können.

Sein erstmaliges Erscheinen außerhalb der Sowjetunion während einer Übung stützt die These westlicher Theoretiker, daß die Sowjets ein offensives Vorgehen eigener Kräfte gegen den Westen aus der Luft gegen westliche Angriffe auf ihre Flugplätze und im Hinterland gelegene Infrastruktur mit modernsten Mitteln schützen wollen.

Nach diesen Informationen diente die Übung, an der vom 28. Juni bis 5. Juli nur sowjetische Truppen beteiligt waren, der Erprobung eines zügigen Aufmarsches gegenüber Westeuropa. Dabei wurden vor allem auch sowjetische Fernfliegerkräfte eingesetzt, sowie die neue operative Luftarmee mit der sowjetischen Bezeichnung „TVD“ in Liegnitz (Schlesien), die mit Schwenkflügel-Kampfflugzeugen der Typen „Fencer“ und „Flogger“ ausgerüstet ist.

Mit Interesse ist registriert worden, daß das Manöver nicht nur auf die „DDR“, Polen und die Tschechoslowakei beschränkt blieb. Die Sowjets hätten die Mobilisierung ihrer zweiten strategischen Staffel in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion durchgespielt, jenen Truppen also, die im Ernstfall den Auftrag hätten, Anfangserfolge der ersten strategischen Staffel auszunutzen und nach dem Zusammenbruch der NATO-Verteidigung an den Atlantik vorzustoßen. Die gesamte Übung zur Darstellung strategischer Angriffsoperationen sei konventionell abgelaufen.

Höhepunkt war das Absetzen von Teilen der aus der Sowjetunion herangeführten sowjetischen 7. Garde-Luftlandedivision während einer operativen Luftlandeoperation bei Jüterbog südlich Berlins. Einen Tag später, am 4. Juli, übten die Sowjets eine triphibische (Land-See-und Luftstreitkräfte) Landungsoperation bei Memel unter Verwendung der 36. baltischen Marine-Infanterie-Brigade.

In den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion wurden die 28. Armee in Grodno (Militärbezirk Weißrußland) und die 38. Armee in Iwano-Frankowsk (Militärbezirk Karpaten) alarmiert. Das Nachführen ihrer Verbände in den Westen wurde durchgespielt. Bei den Luftangriffsoperationen aus der Tiefe dienten simulierte Ziele in der „DDR“ der Darstellung von NATO-Zielen in der Bundesrepublik Deutschland und westlich davon.

In Brüssel heißt es, die Sowjets hätten das Manöver nach der KSZE-Schlußakte zwar mit 60 000 beteiligten Soldaten angemeldet, jedoch keine westlichen Beobachter zugelassen.

In der NATO rechnet man mit einem weiteren Großmanöver, diesmal unter Beteiligung nichtsowjetischer Truppen des Warschauer Pakts unter der Bezeichnung „Schild 84“ in der ersten September-Hälfte in der Tschechoslowakei. Nach der rein sowjetischen Veranstaltung bei dem zurückliegenden Großmanöver soll diesmal die „Waffenbrüderschaft“ des Warschauer Pakts betont werden. (SAD)

USA bleiben bei Termin für Wien

dpa, Washington

Das Weiße Haus hat gestern dementiert, daß US-Präsident Ronald Resgan Moskau eine Verschiebung der von den Sowjets für September in Wien vorgeschlagenen Gespräche über Weltraumwaffen nahegelegt habe. Zugleich gab es am Wochenende in Washington Berichte, Washington überlege neue Strategien für diese Verhandlungen. So wolle die US-Regierung der UdSSR Informationen über die Planungen für einen Verteidigungsschild im Weltraum anbieten und im Gegenzug die Reduzierung der strategischen Atomwaffen der Sowjetunion verlangen-

Ein Sprecher des Weißen Hauses sagte, die USA hätten dem Vorschlag der UdSSR zugestimmt, sich im September in Wien zu treffen: „Wir setzen unsere Vorbereitungen dafür fort und diskutieren die Angelegenheit über diplomatische Kanäle mit den Sowjets.“ Eine Zeitung in Atlanta hatte berichtet, Reagan habe dem sowjetischen Parteichef Tschernenko vorgeschlagen, die Gespräche in Wien auf Dezember zu verschieben, um das Thema aus dem amerikanischen Wahlkampf herauszuhalten. Auch ein hoher Regierungsvertreter bestätigte, daß die USA weiterhin bereit seien, sich im September in Wien mit den Sowjets zu treffen.

Afghanistans Widerstand nimmt neuen Anlauf zu einer Einheitsfront. Der Ex-König als Führer?

Zusammenschluß noch in diesem Jahr angestrebt / Uneinigkeit und Rivalitäten unter den einzelnen Gruppen

WALTER H. RUEB, Bonn

Der Traum von einer Einheitsfront des afghanischen Widerstandes gegen das kommunistische Regime von Babrak Karmal in Kabul sowie die 200 000 Mann starken sowjetischen Invasionstruppen nimmt langsam Konturen an: „Ich bin sicher, daß noch in diesem Jahr eine Einheitsfront gebildet werden kann“, sagte Guerillaführer Pir Sayed Gilani in Peschawar zur WELT. Der Chef der Nationalen Front für die Islamische Revolution – gemäßigt, liberal, nationalistisch, pro-westlich – teilte mit, daß er zusammen mit anderen Führern der moderaten Dreier-Allianz beim ehemaligen König Zahir Schah in Rom über den Plan Einigung erzielte, den Ex-König als legitimierten Führer des freien Afghanistan an die Spitze des Widerstands zu stellen. Gilani sagte, daß noch in diesem Sommer in Saudi-Arabien eine Nationale Versammlung von Widerstands-Vertretern abgehalten werde. „Näheres über die Loya-Jirga möchte ich aber noch nicht verraten.“

Professor Sebquatullah Mudjadiddi von der Front für die Nationale Befreiung sprach sich kürzlich in Bonn eindeutig für die Einheitsfront aus. In politischen Gesprächen im Auswärtigen Amt, mit CDU-Generalsekretär Heiner Geissler, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alfred Dregger, sowie anderen Politikern, gab er der Überzeugung Ausdruck, daß auf Dauer nur eine Einheitsfront Erfolg im Kampf gegen das Karmal-Regime sowie die sowjetischen Aggressoren ermögliche.

Mudjadiddi traf anläßlich seines Deutschland-Aufenthaltes auch mit dem früheren afghanischen Ministerpräsidenten Mohammed Yussof zusammen. In seiner Begleitung war der einer Einheitsfront unter Zahir Schah abgeneigte Guerillaführer Junos Khales von der Islamischen Partei II. Yussof forderte seine Besucher auf, der angestrebten Einigung voranzuhelfen. Khales aber zögert noch immer. Im Juni hatte er in Peschawar zur WELT gesagt: „Wir versuchen, einen großen Zusammenschluß zustandezubringen – doch soll nicht ein einziger großer Führer bestimmen, sondern mehrheitlich entschieden werden.“

Yussof wertete Khales' Haltung so: „Einige der Führer großer Parteien mißtrauen einander. Wir geben jedoch die Hoffnungen nicht auf. In den nächsten Tagen kehrt ein Vertrauensmann aus Pakistan zurück, der die Arbeit einer Verhandlungskommission von Ende 1983/Anfang 1984 fortgesetzt hat. Er wird sicher Neues zu berichten haben ...“

Ein symbolisches Bild? Der fundamentalistische Guerillaführer Junos Khales (links) Schulter an Schulter mit dem Chef der gemäßigten Dreier-Allianz, Mudjadiddi FOTO: HANS HÖFT

Über Uneinigkeit und Rivalitäten zwischen afghanischen Parteiführern in Pakistan sagte Junos Khales in einem Gespräch mit der WELT: „Ich habe in Peschawar Probleme. Andere Führer haben durch gewisse Machenschaften meine Partei geschwächt. Ich muß sie zusammenhalten, wieder aufbauen und stärken. Wenn dies geschafft ist, werde ich mich wieder in den Kampf stürzen. Ich denke sogar daran, zusammen mit all meinen Anhängern und mit der gesamten Parteiorganisation nach Afghanistan zu gehen. Ich hoffe, daß dies bald sein kann. Inschallah.“

Eine entscheidende Rolle bei den Einigungsbestrebungen spielt Burhanuddin Rabbani, Theologieprofessor und Führer der Islamischen Gesellschaft. Seine Partei ist in jüngster Zeit durch den heldenhaften Widerstand gegen die Sowjets bei deren 7. Offensive im Panschirtal verstärkt in das Blickfeld der Öffentlichkeit getreten. Es gibt sogar Afghanen, die in der Person des Kommandanten im Panschirtal, Mohammad Massoud, eine mögliche Alternative zu Ex-König Zahir Schah als Zentralfigur des Widerstands sehen. Rabbani sagte hierzu der WELT: „Massoud ist ein hervorragender Kommandant, aber nur einer von vielen ... Wir sind für ein Zusammengehen mit der moderaten Dreier-Allianz – doch nicht unter Zahir Schah. Er hat bisher im Widerstand keine Rolle gespielt und wird dies auch künftig nicht tun. Mit ihm würden unsere Probleme nur noch größer.“

Zu Rabbanis Aussage, er wolle sich mit seiner Partei an einer Einheitsfront beteiligen, jedoch nicht unter Ex-König Zahir Schah, sagte jetzt bei einer Zusammenkunft ein früherer afghanischer Karrierediplomat und ein politischer Berater der Dreier-Allianz zur WELT: „Während mehr als vier Jahren haben wir erlebt, daß die Führer der großen Parteien in Peschawar zur Bildung einer gemeinsamen Organisation nicht fähig waren. Im übrigen muß einmal festgestellt werden, daß sie nur bei einem Teil der afghanischen Bevölkerung Unterstützung finden: Hekmatyar von Hezbi Islami I und Rabbani bei den Moslembrüdern, Mohammedi und Khales vornehmlich bei den Mullahs ... Der frühere König ist den Parteiführern gegenüber zu größtem Entgegenkommen bereit. Schließlich kennt er ihren Egoismus, Machthunger und Führungsanspruch ... Er will ihre Organisation lediglich gegenüber der Welt repräsentieren, ihre Aktionen koordinieren, Geld und Waffen gleichmäßig und nach militärischen Erfordernissen verteilen. Am heftigsten bekämpfen im geheimen die Russen den Plan einer Einheitsfront. Ein Beweis, daß sie endlich hergestellt werden muß. Den Nutzen hätte am Ende Afghanistan.“

Vom „sterbenden“ Afrika wollten sie nichts wissen

HEINER KLINGE, Bonn

„Afrika liegt im Sterben.“ Mit diesem Stoßseufzer eines führenden afrikanischen Politikers argumentierte ein deutscher Teilnehmer eines im Bonner Presseclub abgehaltenen Kolloquiums zur Berichterstattung der deutschen Medien über den Schwarzen Kontinent: Aus Afrika gebe es fast nur Negatives zu vermelden, weil dort eben überall Rückschritte zu beobachten seien.

Mit dieser These rechtfertigte er sich vor den afrikanischen Teilnehmern. Sie hatten sich zuvor in französischer Sprache bitter darüber beklagt, daß für die deutschen Leser, Zuschauer und Hörer das Leben aller Afrikaner nur aus dem Leid der vier Millionen Flüchtlinge sowie aus einer endlosen Kette von Dürre- und Hungerkatastrophen, von Staatsstreichen und wirtschaftlichen Rückschlägen bestehe.

Afrikanische Journalisten vorwiegend staatlicher Medien aus Burundi, Elfenbeinküste, Guinea, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Nigeria und Senegal mahnten ihre Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland, mehr Toleranz zu üben und auch die positiven Seiten der afrikanischen Realität darzustellen. Zuletzt waren sich Afrikaner und Deutsche darin einig: Beide Seiten sollten sich künftig bemühen, die Zusammenarbeit ihrer Presse, des Hörfunks und des Fernsehens zu verstärken, damit sich Niveau und Umfang der Berichte in beiden Richtungen positiv verändern können.

Vier konkrete Vorschläge resultierten aus der mehrstündigen Debatte der vom Bundespresseamt organisierten Gesprächsrunde: Erstens sollten aus Afrika mehr Einladungen zu Informationsreisen kommen, deren Finanzierung die deutschen Adressaten allerdings etwa durch Kooperation verschiedener Medien selbst zu regeln hätten. Zweitens sollte mehr afrikanischen Journalisten Gelegenheit geboten werden, als Hospitanten in deutschen Redaktionen zu arbeiten. Drittens sollten die deutschen Journalisten ihre Kontakte zu afrikanischen Botschaften in Bonn intensivieren, wobei reinen Informationsveranstaltungen gegenüber Stehempfängen mit „small talk“ der Vorzug zu geben sei. Und viertens sollten Wege und vor allem Mittel (finanzieller Art) gesucht werden, die äußerst geringe Zahl ständiger Afrika-Korrespondenten aus der Bundesrepublik Deutschland zu erhöhen, und sei es auf Pool-Basis.

Von deutscher Seite kam in der Diskussion mehrfach die berechtigte, aber wegen der so andersartigen Verhältnisse Afrikas mit gemischten Gefühlen aufgenommene Mahnung, die Regierungen des Kontinents sollten ihren Journalisten mehr Pressefreiheit gewähren. Sei dieses Ventil für Kritik geöffnet, würde es vielleicht dort auch weniger Putsche geben. Andererseits hielt der wendige Moderator Hans Dieter Klee, Leiter der Afrika-Redaktion der Deutschen Welle, den Gästen zugute, daß der Mangel an politischer Stabilität und andere negative Erscheinungen in Afrika durchaus nicht nur aus den Fehlern afrikanischer Regierungen resultierten. Bewirkt würden diese Erscheinungen auch durch einige für die Dritte Welt schädliche weltwirtschaftliche Faktoren sowie durch politische Einflüsse der Supermächte und gewisser Industriestaaten. Die von Drittweltländern verlangte Umlenkung der Informationsströme in der Welt – so ein anderer deutscher Teilnehmer – sei nur im Gefolge einer Veränderung der Struktur der Weltwirtschaft erreichbar.

In der heftigen Diskussion, als gerade das Zitat vom „sterbenden Afrika“ im Raum stand, stellten die afrikanischen Journalisten den lebensbejahenden Optimismus ihrer Völker humorvoll unter Beweis: Über die Todesbotschaft – sie wurde übrigens 1982 von dem aus Togo stammenden damaligen Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, Edem Kodjo, geäußert – brachen die Gäste vom Schwarzen Kontinent in schallendes Gelächter aus. Richard Claude Ratovonarivo, Chefredakteur der privaten Zeitschrift „Madagascar Diplomatique“, rief fröhlich in den Saal: „Wenn wir ohnehin sterben müssen, dann brauchen wir ja gar nicht mehr weiterzureden.“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Vom Beförderungsstau

„Leserbrief: „Verschwendetes Potential“: WELT vom 23. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Leserbrief des General Karst möchte ich als vom Stau betroffener Offizier doch ein paar Gedanken entgegenstellen.

Grundsätzlich haben diese Stausituation die jeweils Regierenden, egal welcher Partei, zusammengewurstelt. Das angestrebte Verhältnis von ca. 30 Prozent Berufsoffizieren zu 70 Prozent Zeitoffizieren konnte zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd realisiert werden. Bereits in den 60er Jahren wurden deshalb munter Berufsoffiziere zu solchen ernannt, obwohl absehbar war, daß durch die Umkehrung des Verhältnisses – nämlich 70 Prozent Berufs- gegenüber 30 Prozent Zeitoffizieren – eine Förderung, so wie sie den Kandidaten in Aussicht gestellt wurde, nie und nimmer erfolgen konnte.

Die dafür verantwortlichen Politiker und Militärs sind aber längst in der – ihres Erachtens – wohlverdienten Pension. Die Weißbuchbeförderungen der sozial-liberalen Koalition Anfang der 70er Jahre verschärften den vorprogrammierten Stau nur zusätzlich, verursacht war er lange zuvor.

Ob Beförderungen mit oder ohne Parteibüchern erfolgten oder erfolgen, interessiert den betroffenen Personenkreis nur beiläufig, da solche Praktiken nur bei höheren Dienstgraden zum Tragen kamen bzw. kommen. Viel ärgerlicher wirkt sich für den betroffenen Offizierskreis aus, daß er für seinen Jahrgang „bestraft“ wird, natürlich dank der eben dargestellten Personaleinkaufstaktik. Es frißt im Magen, wenn man sieht, wie Offiziere, die man ggf. auch noch persönlich einschätzen kann, zu höchsten Dienstgraden gelangen, nur weil man z. B. aus einem bestimmten Jahrgang drei Obristen zu kreieren hat, aber nur zwei Offiziere dieses Jahrgangs überhaupt zur Verfügung stehen. Für die im Stau dagegen ziehen Förderungsmaßnahmen nurmehr als Gerücht durch die Reihen. Durch diese Stausituation ist unser im Prinzip exzellentes Beurteilungssystem inzwischen so heruntergewirtschaftet, daß es für Personalmaßnahmen untauglich geworden ist. Da nur ein Bruchteil der Stau-Offiziere in einer angestrebten Tätigkeit verwendet und ggf. gefördert werden kann, sieht sich die Masse zur Halbzeit ihres Berufslebens ausmanövriert und ohne Berufserwartung. Man ist zwar zu allem bereit, aber zu nichts zu gebrauchen.

Ob es nun für den Steuerzahler billiger ist, diese Gruppe höchstens 15 Jahre mit 100 Prozent Besoldung und dann mit 75 Prozent Pension zu alimentieren oder sie jetzt mit 65 Prozent ziehen zu lassen, dies auszurechnen dürfte nicht schwer sein.

Die von General Karst angesprochenen 1500 Offiziere befinden sich möglicherweise tatsächlich „auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit“, aber das ist doch die Crux, der Grund für den gefährlichen Frust: Intelligente, leistungsfähige und -willige Offiziere liegen auf Halde – ohne eine sie motivierende, sie erfüllende Tätigkeit – und hoffen, ggf. durch Wohlverhalten doch noch von einer Förderung erreicht zu werden. Welche Willfährigkeit im Offizierkorps durch diesen psychologischen Druck erzeugt wurde, erahnt ein Außenstehender nicht; interessant hierbei, was die „Höcherlkommission“ zum Betriebsklima beim MAD feststellte.

Durch die Tatsache, daß man die Soldaten in das Beamtenrecht eingebunden hat, gibt es nicht die Möglichkeit des Ausscheidens nach einer gewissen aktiven Zeit mit verkürzten Versorgungsbezügen, eine Regelung, die meines Wissens alle anderen Armeen des Westens haben. Nachdem der durchschnittliche Offizier heute auch kein Rittergut mehr hat, kann er es sich – zumal mit Familie – nicht leisten, ohne Minimalversorgung nach 20jähriger Dienstzeit den Hut zu nehmen – selbst wenn er es noch so gerne täte.

„Verschwendetes Potential“ lautete die Überschrift – stimmt, Herr General, und darum laßt sie gehen! Herr Karst sollte Soldaten, also auch diese Offiziere, nicht nur als Figuren, die man hier oder dorten noch einplanen kann, sehen, sondern auch als Menschen mit dem berechtigten, zeitgemäßen Wunsch, in ihrem Berufsleben irgendeine Erfüllung zu finden. Diese anzubieten ist die Armee – aus Gründen, die die derzeit Verantwortlichen nicht zu vertreten haben – außerstande.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Ott, Major
Tholey

Anerkennung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Abonnentin der WELT möchte ich Ihnen ausdrücklich für den fabelhaften Service während der Streikwochen danken!

Mit freundlichen Grüßen
A. Soboronzley,
Hamburg 13

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Sie auch schon viele anerkennende Leserbriefe erhielten, so möchte auch ich Ihnen Dank sagen, daß ich trotz des widersinnigen Streiks „Die Welt“ täglich lesen konnte. Ich war in dieser Zeit fünf Wochen in einer Rehabilitationsklinik in Hopfen am See im Allgäu. Täglich konnte ich „Die Welt“ gegen den Reisegutschein in Empfang nehmen, schon kurz nach 8 Uhr! Das war eine großartige Organisation eines technisch super eingerichteten Betriebes mit arbeitswilligen Mitarbeitern, die sich ihrer besonderen Aufgabe bewußt sind.

Mit freundlichen Grüßen
U. Hass,
Hilden

Nicht vom Meister

„Wiederentdeckte Beethoven-Sonate ...“: WELT vom 29. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Herausgeber Wilke hat die Sonate weder „entdeckt“ noch „gefunden“. Auch habe ich sie nicht durch ihn kennengelernt, sondern nachweislich schon vor Jahrzehnten mehreren Verlagen zur Neu-Ausgabe empfohlen, allerdings vergeblich, weil ein in der Fachgeschichte tradiertes Vorurteil das Werk als Fremdbearbeitung abqualifizierte.

Dieses Fehlurteil ließ sich durch einige Fakten und Beweise korrigieren, die offenbar z. B. Riemann noch nicht kannte. Die wiederentdeckte 6. Cellosonate von Beethoven ist als Zweitfassung eines Streichtrios u. a. durch die eigene Opuszahl 64 legitimiert. Ich habe die Rehabilitierung des vergessenen Werkes möglich gemacht und eine Kette von Indizienbeweisen im Vorwort der Neuausgabe veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Harro Schmidt,
Universität Duisburg

Schleiertänze

„Rot-Grün“: WELT vom 5. Juli

Herbert Kremp vermutet, daß wir nach den Wahlen in Berlin und NRW „Schleiertänze“ der Herren Apel und Rau beobachten werden, mit denen sie zu vertuschen suchen, daß markige Worte noch lange keine Taten sind. Mit denen sie uns zeigen werden, daß der Zwang der Verhältnisse löbliche Wahlversprechen hinfällig machen kann. Herbert Kremp meint, daß uns diese Tänze erheitern werden.

Ihn mögen sie erheitern. Mich nicht. Ich finde sie im höchsten Grade abstoßend. Einmal grundsätzlich. Und zum anderen an die Folgen grün-roter Regierungs-Bündnisse oder Quasi-Bündnisse denkend.

Dr. Helmut von Bockelmann,
Essen

Wort des Tages

„Die meisten Glaubenslehrer verteidigen ihre Sätze nicht, weil sie von der Wahrheit derselben überzeugt sind, sondern weil sie diese Wahrheit einmal behauptet haben.“

Georg Christoph Lichtenberg; dt. Philosoph und Physiker (1742–1799)

Personalien

GEBURTSTAGE

Der emeritierte Kirchen- und Religionshistoriker an der Universität Gießen, Professor Dr. **Ernst A. Schering**, feierte seinen 70. Geburtstag. Der in Frankfurt an der Oder geborene Wissenschaftler war 1964 nach einer Tätigkeit in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover an die Justus-Liebig-Universität berufen worden. Er war als Mitglied des Konvents entscheidend an der strukturellen Neuordnung der Universität beteiligt und zweimal Dekan des Fachbereichs Religionswissenschaften.

*

Aus Anlaß des 75. Geburtstages des Marburger Volkskundlers und Kulturforschers, Professor Dr. **Gerhard Heilfurth**, veranstaltete die Fachkommission Volkskunde des Herder-Forschungsrates eine wissenschaftliche Sitzung, in deren Verlauf das Lebenswerk von Heilfurth gewürdigt wurde. Der bisherige Präsident des Diakonischen Werks der Evangelische Kirche in Deutschland, Professor Dr. **Theodor Schober** aus Stuttgart, erinnerte vor allem an das Wirken des Jubilars als Mitbegründer und erster Leiter des Jugendaufbauwerkes nach dem Zweiten Weltkrieg und als Direktor der Evangelischen Sozialakademie Schloß Friedewald. Schober überreichte Heilfurth die höchste Auszeichnung des Diakonischen Werkes, das Goldene Kronkreuz der Diakonie.

DIPLOMATEN

Sowjetbotschafter **Wladimir Semjonow** verabschiedete in der Botschaftskanzlei in Bad Godesberg **Dr. Igor Fjodorowitsch Maximytschew**, seinen Botschaftsrat für Kultur-, Bildungswesen und Sport, der seit 1976 in Bonn tätig ist und stellte dessen Nachfolger **Jurij Kissel** vor. Maximytschew geht in das Moskauer Außenministerium zurück. Er wird dort im Generalsekretariat arbeiten, direkt „unterhalb der Führungsebene des Ministeriums“, in dem die gesamte organisatorische Arbeit des Außenministeriums zusammenläuft. Der Historiker hat vor seinem Bonner Abschied noch ein Buch geschrieben, in dem anhand vieler Dokumente die Zwischenkriegsperiode der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1933 und 1939 untersucht wird, eine Arbeit, die demnächst in dem DKP-nahen Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag in Deutsch erscheint. Jurij Kissel, der Nachfolger, ist 1940 in der Ukraine geboren. Er studierte am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen Germanistik. Das Institut gehört zu den „Kaderschmieden“ der sowjetischen Diplomaten. Von 1970 bis 1977 war Kissel in der sowjetischen Botschaft in Wien tätig. Zuletzt war er Mitarbeiter in der dritten europäischen Abteilung des Außenministeriums, die für die Bundesrepublik Deutschland, Mitteldeutschland und Österreich zuständig ist.

*

Botschafter in Marokko wurde **Norbert Montfort**. Der gebürtige Kölner, Jahrgang 1925, Jurist, gehörte dem Auswärtigen Amt seit 1954 an. Er war seitdem an den Auslandsvertretungen in Beirut und Bagdad und an der früheren deutschen Gesandtschaft Tai, in der Hauptstadt von Nordjemen, die heute den Namen Sanaa trägt. Ab 1966 leitete er das Konsulat Kuwait. 1971 wurde er Botschafter in Mauretanien, 1974 Botschafter in Saudi-Arabien. Seit 1979 ist Norbert Montfort Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik im Auswärtigen Amt.

PREISSTIFTUNG

Hervorragende Studienarbeiten zur Erforschung der Stadtgeschichte von Frankfurt am Main können künftig mit dem neugestifteten „Johann-Philipp-von-Bethmann-Studienpreis“ ausgezeichnet werden. Anknüpfend an die gemeinnützige Familientradition des bereits seit über 200 Jahren in Frankfurt ansässigen Hauses Bethmann hat **Johann Philipp Freiherr von Bethmann** den Studienpreis gestiftet. Mit dem Preis sollen künftig Autoren gefördert werden, die sich mit einer umfangreichen, längerfristigen Studienarbeit ausweisen, die geeignet ist, die wissenschaftliche Basis zur Erforschung der Frankfurter Geschichte zu erweitern. Der jährlich im Dezember zu vergebende Studienpreis ist mit 4000 Mark dotiert.

KIRCHE

Pfarrer **Peter Frielinghaus** aus Bergholz in der Uckermark ist zum Moderator der reformierten Gemeinden in der Berlin-Brandenburgischen Kirche als Nachfolger von Pfarrer **Hartmut Grüber** berufen worden. Präses des französisch-reformierten Kirchenkreises in der Berlin-Brandenburgischen Kirche wurde erneut Pfarrer **Hans Hurtienne** aus Schwedt an der Oder und Präses des deutsch-reformierten Kirchenkreises der Brandenburger Pfarrer **Ulrich Barnispe**.

UNIVERSITÄT

Zum neuen Vorsitzenden des Marburger Universitätsbundes ist der Leiter des Geschäftsbereiches Pharma der Hoechst AG, Professor Dr. **Hansgeorg Gareis**, gewählt worden. Er tritt die Nachfolge des langjährigen Vorsitzenden der Hoechst AG, Professor Dr. **Karl Winnacker**, an, der über 25 Jahre lang an der Spitze des Marburger Universitätsbundes gestanden hat. Gareis, 1929 in Nürnberg geboren, der gleichzeitig stellvertretendes Vorstandsmitglied des Konzerns ist, gehört seit 1969 als Lehrbeauftragter für Spezialgebiete der Biochemie und seit 1981 als Honorarprofessor der Universität in Frankfurt am Main an.

Der in Wien geborene Journalist **Alfred Jacobson** ist in Washington im Alter von 75 Jahren verstorben. Jacobson, der 1938 in die USA ausgewandert war, gehörte nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu den Mitbegründern der Deutschen Allgemeinen Nachrichtenagentur (DANA), eines Vorläufers der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Er war auch an der Frankfurter Ausgabe der damals vielgelesenen „Neuen Zeitung“ beteiligt.

„Verfälschungen der Geschichte entgegentreten"

dpa, München

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat vor allem die junge Generation dazu aufgerufen, „unsere nationale Geschichte gründlich zu erforschen, um Verfälschungen und Alleinvertretungsansprüchen entgegentreten zu können". Vor der Schüler Union Bayern sagte Zimmermann gestern, die „DDR" versuche seit Jahren, ihren Staat als fortschrittliches Ergebnis deutscher Geschichte darzustellen. Der Schulunterricht in der Bundesrepublik Deutschland müsse auch das Ziel haben, das Verlangen nach einer Einheit der deutschen Nation wachzuhalten. Der Wille zu dieser Einheit könne nur bewahrt werden, „wenn die Deutschen auch ihre Geschichte kennen".

Der Bundesinnenminister warnte vor der „ernst zu nehmenden strategischen Minderheit" DKP-orientierter Jugendlicher, weil diese besondere aktivistische und organisatorische Fähigkeiten mitbrächten. Dies habe sich auch am Beispiel der „Friedensbewegung" gezeigt.

„Sondergerichte" gegen Terror

dpa, Neu Delhi

Die indische Regierung hat die Schaffung von Sondergerichten zur Aburteilung von mutmaßlichen Terroristen bekanntgegeben. Die Gerichte sollen sich vor allem mit Terrorverbrechen, „Verbrechen gegen den Staat" sowie Aufrufen zur Meuterei befassen, doch können danach auch solche Vergehen wie „das Aufhetzen der Klassen gegeneinander" verhandelt werden.

Die Vollmacht zur Einrichtung der Sondergerichte wurde am Samstag von Staatspräsident Zeil Singh unterzeichnet. Sie gibt der Zentralregierung von Premierministerin Indira Gandhi praktisch die unumschränkte Macht, jede beliebige Region der indischen Union zu einer „Terrorregion" zu erklären, und Gerichte einzusetzen, die die Angeklagten zum Teil ohne Anhörung von Zeugen aburteilen können. Als einziges Gebiet ist der Unionsstaat Jammu und Kaschmir von der Neuregelung ausgeschlossen.

Ruft Frau Thatcher den nationalen Notstand aus?

● Fortsetzung von Seite 1

streik, der vor 18 Wochen begann. Die Bergarbeiter bemühen sich seit einem Monat, ihrem Streik größere Wirkung zu geben, indem sie die britische Stahlindustrie lahmlegen. Die versuchten, durch eine Blockade der Kohle- und Eisenerzzufuhr die fünf größten britischen Stahlwerke stillzulegen.

Es gelang den Stahlwerken dennoch mit Hilfe einiger Transportarbeiter-Gewerkschaftler, die sich dem Boykott widersetzten, Eisenerz in ihre Anlagen zu befördern. Zu diesen Streikbrechern gehörten auch einige nicht registrierte Hafenarbeiter im *nordenglischen Hafen Immingham.* Die britische Hafenarbeitergewerkschaft argumentiert, daß diese Aktion der Stahlproduzenten ein Bruch des seit 1947 bestehenden „Hafenarbeiter-Statuts" bedeutet und riefen einen nationalen Streik aus.

Inzwischen ist dieser lokale Disput in Immingham lange beigelegt. Die Hafenbehörden geben die Versicherung, daß sich dies nicht wiederholen wird. Das genügte den Gewerkschaften jedoch nicht, diesen nationalen Streik abzublasen. Sie wollen eine Garantie, daß sich eine Verletzung dieses Statuts in keinem britischen Hafen mehr wiederholt. Die Arbeitgeber können dies nicht garantieren. „Wir können diese Garantie so wenig geben wie eine Automobilvereinigung garantieren kann, daß irgendeines ihrer Mitglieder zu keinem Zeitpunkt das Geschwindigkeitslimit von 70 Meilen die Stunde auf der Autobahn überschreitet", erklären sie.

Die Unflexibilität der Hafenarbeiter-Gewerkschaft hat die Vermutung bestärkt, daß ihre Aktionen weitgehend politisch motiviert sind und in erster Linie den Streik der Bergarbeiter unterstützen solle, daß sie also ein Sympathiestreik sind, der nach den geltenden Gewerkschaftsgesetzen illegal ist.

Die Bergarbeiter haben mit diesem Sympathiestreik neuen Aufwind bekommen. Eine Lösung ihres Streikkonflikts ist ferner denn je. „Wir wollen einen totalen Sieg", erklärte Bergarbeiterchef Arthur Scargill am Wochenende. „Wir haben nicht 18 Wochen gestreikt, um uns am Ende mit einem faulen Kompromiß abspeisen zu lassen." Und an die Adresse der Labourparty und deren Parteichef Neil Kinnock gewandt rief der streibare Gewerkschaftschef : „Wir sind dabei, der Labour-Party den Weg zum Sieg in der nächsten Unterhauswahl zu ebnen."

US-Admiral zu Wörner: Wachsende Schwächen der westlichen Marine

„Lücken bei Zerstörern, Fregatten und U-Booten" / Kreml sucht mehr Einfluß

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesverteidigungsminister Wörner hat seinen USA-Aufenthalt am Wochenende mit einem Besuch auf dem vor der Küste von Virginia kreuzenden Flugzeugträger „Independence" und mit einer Visite im Hauptquartier des NATO-Oberbefehlshabers Atlantik (Saclant), des US-Admirals McDonald, in Norfolk abgeschlossen. Admiral McDonald unterrichtete den deutschen Minister dabei über die seestrategische Lage der NATO und verdeutlichte Wörner, daß die vor allem aus den europäischen NATO-Hauptstädten kommenden Bekundungen, die Aufwendungen für die Verteidigung seien ausreichend, der realen Situation nicht entsprächen.

McDonald wies auf wachsende Schwächen der alliierten Seestreitkräfte hin, die sich in den kommenden Jahren bei einer erkennbar gezielt fortgesetzten Verbesserung der maritimen Fähigkeiten der sowjetischen Marine sehr deutlich zum Nachteil der westlichen Allianz auswirken müßten. Nach seinen Worten hat die Sowjetunion ihre Möglichkeiten als Seemacht in den vergangenen zwei Jahrzehnten erweitert und will nun deren klassische Zielsetzungen, an weit entfernten Küsten Machteinfluß zu etablieren und im Kriegsfalle die Seeverbindungen des potentiellen Gegners zu unterbrechen, mit der Einführung neuer Waffensysteme noch glaubwürdiger erscheinen lassen.

Der amerikanische Admiral verwies darauf, daß die Sowjetunion gegenwärtig zehn verschiedene Klassen von Unterwasser-Schiffen sowie sieben weitere Klassen von größeren Überwasser-Schiffen fertigt. Dazu zählt auch ein neuer Typ „klassischer" Flugzeugträger mit einer Wasserverdrängung von 60 000 Tonnen und Start- und Landemöglichkeiten für konventionelle Flugzeuge mit starren Flügeln. Im Vergleich zu den wachsenden Fähigkeiten der östlichen Seemacht sieht der Admiral die der westlichen seefahrenden Nationen in einem bedrohlichen Schrumpfungsprozeß. „Alles in allem", so sagte McDonald, „fehlt Saclant gegenwärtig die Hälfte der Kräfte, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben im Atlantik tatsächlich braucht." Besonders gravierend sind nach seiner Darstellung die Lücken bei modernen Zerstörern, Fregatten, U-Booten mit konventionellem und Nuklearantrieb, Überwachungsflugzeugen und Mitteln zum Legen und Räumen von Minen.

Auf diesen Punkt hat bislang noch kein atlantischer Oberbefehlshaber in dieser Deutlichkeit hingewiesen: Die Sowjetunion verfügt mit mehr als 300 000 Seeminen über die größten Vorräte an maritimen Sperrmitteln überhaupt. Alle ihre U-Boote und die meisten ihrer Überwasser-Schiffe, Flugzeuge, aber auch ihre Handels- und Fischereischiffe sind in der Lage, Minen zu verlegen. McDonald urteilt: „Es hat für die NATO wenig Sinn, im Kriegsfalle militärische Verstärkungen und Versorgungsgüter sicher über den Atlantik zu bringen, wenn dann der Kanal und die Häfen der Nordsee durch sowjetische Minen gesperrt sind."

Trotz einiger westlicher Vorteile (offener Zugang zur See, qualitativer Vorsprung bei Flugzeugträgern und leisen U-Booten, stärkere U-Boot-Abwehr und eine jahrhundertelange Erfahrung) sieht der Admiral die NATO vor wachsenden Risiken, wenn deren See-Streitkräfte nicht die erwähnten Schwächen beseitigt: „Dann wird es kaum gelingen, der Bedrohung zu begegnen."

Zimmermann: Rechtsverstöße untersuchen

rtr/DW, München

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Ausschreitungen gegen Arbeitswillige bei dem jüngsten Drucker-Streik verlangt. Es seien „erhebliche Rechtsverstöße" und „schlimmste Demütigungen" vorgekommen, sagte Zimmermann gestern auf dem Kongreß der bayerischen Schüler-Union in München. Es sei daher die Pflicht der Staatsanwälte tätig zu werden. Er, Zimmermann, sei bisher davon ausgegangen, daß die Staatsanwälte ebenso schnell ermitteln würden wie im Fall des ehemaligen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff.

Kritisch äußerte sich Zimmermann auch zur Untätigkeit der Polizei bei Rechtsverstößen wie den Blockaden vor Zeitungshäusern. Die Polizei habe nicht immer so funktioniert, wie sie es hätte tun sollen. Der Minister stellte dabei die Frage, ob es sich um Solidarität der Gewerkschaft der Polizei mit den Streikenden gehandelt haben könnte.

Nach Ausschreitungen vor mehreren Druckhäusern hatte auch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger von einem Untätigsein der Polizei gesprochen und die zuständigen Regierungsstellen aufgefordert, insbesondere die Auslieferung von Zeitungen sicherzustellen.

„Souffleur der Politik?"

Roman Herzog für richterliche Zurückhaltung

E. N. Bonn

Für „mehr richterliche Zurückhaltung" bei Entscheidungen, die eigentlich der Gesetzgeber zustande bringen müßte, hat sich der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Roman Herzog, ausgesprochen. Auf die Frage, ob er den Eindruck habe, daß die Politiker zunehmend heikle Themen und damit politische Verantwortung auf die Gerichte abschieben, erklärte Herzog am Sonntag in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven", dieser Andrang komme durch die unklaren Formulierungen und Generalklauseln zustande, mit denen zwischen politischen Parteien Kompromisse ausgehandelt würden. Hier sei „wirklich das eine oder andere zu verbessern".

Herzog meinte, er habe eigentlich den Eindruck, daß Parlamente und Verwaltungen bei ihren Entscheidungen oft mehr auf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts achten als auf das Bundesgesetzblatt. Dabei wähle man den einfacheren Weg. Daß die Gerichte auf diese Weise zum „Souffleur der Politik" würden, sei „vielleicht nicht ganz das richtige Wort". Herzog entschuldigte aber das Phänomen mit dem Hinweis darauf, daß Entscheidungen mit politischen Wirkungen nicht ausbleiben könnten, „wenn man sich einen so ausgebauten Gerichtsstaat wie unseren leistet". Bundesjustizminister Engelhard meinte in der gleichen Sendung, es sei „überlegenswert", hier im Sinne größerer Rechtssicherheit „einmal heranzugehen".

Moskau spricht von „Imperialismus"

Scharfe Reaktion auf Wörners USA-Reise / Die „Schwüre von 1945 vergessen"

DW. Moskau/Bonn

In einer Art konzertierter Aktion geht der Ostblock derzeit propagandistisch gegen die Entscheidung der Westeuropäischen Union (WEU) vor, gewisse Rüstungsbeschränkungen für das Mitgliedsland Bundesrepublik Deutschland aufzuheben. Nach der Sowjetunion haben jetzt auch, offensichtlich vom Kreml inspiriert, Warschau und Prag protestiert. Die sowjetische „Prawda" stellte die WEU-Entscheidung in einen Zusammenhang auch mit dem Besuch von Verteidigungsminister Wörner in den USA.

Unter Hinweis auf das in Washington geschlossene Patriot / Roland-Abkommen schrieb die „Prawda", es sei völlig klar, daß der Rüstungswettlauf damit „noch eine kräftige, anregende Injektion bekommt". Die Parteizeitung: „In letzter Zeit befaßt man sich am Rhein immer aktiver sowohl mit der Vergrößerung des Militärpotentials der BRD als auch der Waffenproduktion". Nicht nur einige westdeutsche Politiker, sondern auch einige Industrielle „haben die Schwüre von 1945 vergessen, niemals wieder das Waffengeschäft aufzunehmen".

„Bestimmte Kreise am Rhein beeilen sich, ihre militärischen Unternehmungen und Pläne als eine rein 'innere Angelegenheit' darzustellen. Aber die Völker Europas ... können verständlicherweise nicht gleichgültig und teilnahmslos neue, alarmierende Tatsachen betrachten, die mit der militärischen Stärkung der Muskulatur des deutschen Imperialismus verbunden sind", schrieb die „Prawda". In diesem größeren Zusammenhang müssen auch die Angriffe gegen Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt gesehen werden. Mertes hatte erklärt, Moskau gefährde mit seinem Vorwurf des Revanchismus gegenüber der Bundesregierung die Geschäftsgrundlagen des deutsch-sowjetischen Vertrags. Der CDU-Politiker berief sich dabei ausdrücklich auf den Wortlaut des Briefes zur Deutschen Einheit, in dem es heißt: „Es ist das Ziel der Bundesrepublik Deutschland auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Der Brief war von der Regierung in Moskau ohne Widerspruch angenommen worden.

Protegé Breschnews hingerichtet

AFP, Moskau

Juri Solokow, der ehemalige Direktor des bekanntesten Delikatessengeschäfts von Moskau, „Gastronom Nr. 1", ist wegen Korruption hingerichtete worden. Die Exekution wurde am Sonntag an unauffälliger Stelle in der Moskauer Abendzeitung „Wetschernaia Moskwa" gemeldet. Solokow, der als Günstling Breschnews galt, war zum Tod verurteilt worden, ein Gnadengesuch wurde abgelehnt.

Solokow soll jahrelang Waren unterschlagen und veruntreut haben. Er hatte angeblich direkten Zugang zur Familie von Parteichef Breschnew, besonders zu dessen Tochter Galina. Solokow soll einen sehr aufwendigen Lebenswandel geführt haben. Während der Regierungszeit von KP-Chef Andropow war Solokow verhaftet worden.

Gefährliche Kapriolen

Ha (Brüssel) – Gefährliche Kapriolen schlägt die Bundesregierung neuerdings in der Agrarpolitik. Kaum hat sich der Ärger der EG-Partner über die nachträgliche *Aufbesserung des Einkommens*ausgleichs für deutsche Bauern gelegt, wünscht Bonn erneut die Zustimmung der Gemeinschaft zu einseitigen nationalen Hilfsmaßnahmen.

Nutznießer sollen diesmal die deutschen Winzer sein. Sie sollen durch die Destillation von Tafelweinen zu Alkohol von preisdrückenden Überschüssen entlastet werden. Da die Gemeinschaft kein Geld hat, will die Bundesregierung die Aktion mit eigenen Mitteln finanzieren. Jedoch verlangen die Römischen Verträge das Plazet der EG.

Vergessen scheint, daß Bonn in der EG bisher stets strenge Wettbewerbsregeln verfochten und nationale Beihilfen bekämpft hat. Man denke nur an die beredten Klagen über die Subventionspraktiken im Stahlbereich. Für die Agrarpolitiker gelten jedoch offenbar andere Vorstellungen. In solchen Fragen wird ein Auge zugedrückt.

Europäisch gesehen stellt der deutsche Wein zwar eine Spezialität dar und konkurriert kaum mit anderen *Erzeugnissen. Trotzdem muß* der Bonner Vorstoß irritieren. Paris ist nämlich soeben ein Antrag auf Destillation aus EG-Mitteln versagt worden. Was Bonn begünstigt, ist eine Renationalisierung der europäischen Agrarpolitik.

Oase versiegt

dos. – Der Fachhandel für exklusive Parfüms und Kosmetikas, der bislang dank des prächtig funktionierenden Depot-Systems den Begriff *„Wettbewerb" nur vom Hören*sagen kannte, vermag sich mit der neuen Situation nur schwer abzufinden: Das überaus rentable Geschäft mit der Schönheit, ein Milliarden-Markt, *ist in Bewegung* geraten. Zum Entsetzen der deutschen Allein- und Generalimporteure bieten die Großhandelsfirma Metro und die norddeutsche Drogeriemarkt-Filialkette Rossmann in ganzseitigen Anzeigen Nobelmarken aus Frankreich, Italien und den USA an, und dies zu Preisen, die deutlich unter den von den autorisierten Parfümerien geforderten unverbindlich empfohlenen Richtpreisen liegen. Des Rätsels Lösung: Die Billig-Anbieter, die von den deutschen Importeuren nicht beliefert wurden, beschafften sich die Ware bei ausländischen Großhändlern. Der etablierte Handel reagierte ungeschickt. Es handele sich um alte, möglicherweise nicht mehr brauchbare Ware, die jetzt in den Regalen zwischen Babynahrung und Putzmitteln stehe. Der Frust ist verständlich: Der befürchtete Auf*weichungsprozeß dieses Marktes* läßt eine Wettbewerbs-Oase versiegen und exorbitante Gewinnspannen schrumpfen.

Falsches Image

Von *JOACHIM WEBER*

Ob Seveso oder Hamburg, Giftmüll oder Mainverschmutzung, große oder kleine (oder bisweilen auch gar keine) Katastrophe – immer wieder steht die Chemie der Öffentlichkeit gegenüber mit dem Rücken an der Wand. Und obwohl man ihre wirtschaftliche Bedeutung eher überschätzt – in Umfragen wird sie fälschlicherweise immer wieder als wirtschaftlich wichtigster Industriezweig eingestuft –, gelingt es ihr seit Jahren nicht, vom (ebenso wenig richtigen) Image des Umweltverschmutzers Nummer eins wegzukommen.

Dabei läßt sich die Branche ihre Versuche, eine etwas günstigere Position im öffentlichen Bewußtsein zu erlangen, durchaus etwas kosten. Allein die nun schon bald sechsjährige Anzeigenkampagne der „Initiative *geschützter leben" – Gemeinschafts*aktion von mehr als 90 Chemieunternehmen – hat inzwischen runde 30 Millionen Mark verschlungen; auch wenn das nur ein Prozent jener drei Milliarden Mark ist, die der Umweltschutz in einem einzigen Jahr an laufenden Kosten verursacht.

Zu vergessen sind auch nicht die Anstrengungen auf dem Feld der eigentlichen Öffentlichkeitsarbeit, die vom Branchenverband VCI und von seinen Mitgliedsunternehmen (von diesen jedoch mit sehr unterschiedli*chem Geschick) betrieben werden.* Trotz allen Buhlens um die öffentliche Sympathie mußte VCI-Präsidialmitglied Gert Becker (Degussa) auf einem Image-Symposium der europäischen Chemie *feststellen:* „Obwohl zahlreiche Produkte der Chemie heute unentbehrlich sind, gebrauchen viele Menschen das Wort Chemie zunehmend als Negativ-Begriff."

Daß von all den Bemühungen um bessere Akzeptanz vergleichsweise wenig Wirkung ausgegangen ist, hat vielschichtige Ursachen. Unter anderem haben es die Retorten-Künstler zu einem guten Teil ihren eigenen Kollegen zu verdanken, wenn ihnen nicht mehr ohne Vorbehalt geglaubt, ihnen die vielbeschworene Selbst*kontrolle und* Eigenverantwortlichkeit nicht mehr ohne weiteres „abgekauft" wird.

Denn während des letzten halben Jahrzehnts waren immer dann neue „Skandale" fällig, wenn sich die Wogen eben wieder geglättet hatten. Manch einer davon wurde auf der Natur-Welle über Gebühr und gelegentlich mit jahrelanger Verspätung hochgeschwappt, manch anderer aber kam durch schlichte Schlamperei und Fehlverhalten zustande. Da nützten weder Werbe- noch PR-Ausgaben, weder die tatsächlich beachtlichen Umweltschutzanstrengungen *noch ihre schon greifbaren Erfolge* – die immer wieder und von den Interessengruppen auch gezielt aufgeheizten Emotionen ließen und lassen bis heute keine Auseinandersetzung mit Sachargumenten mehr zu. Verstärkt wurde dieser Effekt noch durch die Intervention von in Glaubensdingen halt kompetenten geistlichen „Autoritäten" und durch die Profilneurosen einzelner Wissenschaftler, denen neue Meßtechniken „aufsehenerregende" Funde in der Größenordnung von tausendstel Promille und weniger erlaubten.

Auf der anderen Seite zeigten die mit hochkarätigem Fachwissen befrachteten Chemiker bislang wenig Neigung, auf die Gefühlsnöte der Naturverteidiger einzugehen. Das ist zwar verständlich – mit den Opfern eines Schulsystems, das der routinierten Diskutiererei „im luftleeren *Raum" den Vorzug vor der Sach*kunde eingeräumt hat, ist schwer zu reden –, aber nicht entschuldbar.

Es wäre wünschenswert, wenn Beckers Ermahnung auf dem Image-Symposium auf fruchtbaren Boden fiele: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß diese Ängste – auch wenn wir sie nicht immer nchvollzie*hen können* – real *vorhanden* sind. Darum müssen wir diese Ängste in unseren Handlungen angemessen berücksichtigen." Wünschenswert wäre es auch, daß die Repräsentanten der Chemie öfter einmal *Flagge zeigten.* Das gilt in zweierlei Weise: Zum einen sollte sichtbar Verantwortung übernommen werden, wenn es – was *in keiner Industrie hundertprozentig zu vermeiden ist – wirklich einmal* schiefgegangen ist. Zum anderen täte es dem Ansehen der Branche keinen Abbruch, würde sie zu erwiesenem Fehlverhalten einzelner Mitglieder auch einmal Stellung beziehen.

Solange nicht auch das Gesamtverhalten der „gesellschaftlichen Gruppierung" Chemie Glaubwürdigkeit vermittelt, so *lange* werden Werbemillionen und ehrliches PR-Bemühen einzelner Mitglieder bestenfalls im regionalen Umfeld nützen.

UNCTAD / Schirmherrschaft über erste Konferenz der Billigflaggen

Durch internationales Abkommen sollen Auswüchse begrenzt werden

IRENE ZÜCKER, **Genf**

In Genf beginnt heute die erste Konferenz mit außerordentlichen Bevollmächtigten von 100 Regierungen unter der Schirmherrschaft der Unctad mit der Zielstellung, ein internationales Abkommen über Schiffsregisterregeln zu schaffen. Damit soll den Auswüchsen der Billigflaggen schrittweise ein Riegel vorgeschoben werden. In Genf werden, nach einer 10jährigen Vorbereitung der Thematik Billigflaggen, einmal mehr die Vorstellungen der freien Marktwirtschaft mit den Ideen der Planwirtschaft zusammenprallen.

Ganze 30 Prozent der Welthandelsflotte, rund 1400 Schiffe, oft Supertanker transnationaler Monopole, se*geln unter Billigflaggen von Ländern* wie Liberia, Panama, Zypern, Bermuda und den Bahamas. Hauptnutznießer sind die USA, gefolgt von Japan, Griechenland und Hongkong, die zusammen *einen Anteil von 75 Prozent* der offenen Registrierung halten. Doch auch in deutschem Besitz sind Massengutfrachter mit einer Gesamttonnage von 6,237 Millionen tons dead weight (tdw) von 202 Millionen tdw aller Schiffe unter Billigflaggen.

Vorteile der ständig zunehmenden Billigflaggen sind für die traditionellen Schiffahrtsnationen massive Steuererleichterungen und billigere Besatzungen, da sie „heuern und feuern" können, wo es am billigsten ist (Philippinen, Bangladesch). Die Steuererleichterungen wirken sich auch so aus, daß die Reeder das Geld erneut in die Schiffahrtsindustrie investieren (recycling of capital). Damit wird die tiefe Krise der Weltschiffahrt *– ausgelöst vom Überangebot an Ton*nage – noch verschärft.

Mit Hilfe der Konferenz will die Mehrzahl der Entwicklungsländer, die 60 Prozent des Weltexports erzeugen, ihren Anteil an der Welthandels*tonnage von gegenwärtig 15 Prozent* bis 1990 auf 20 Prozent anheben. Durch neue Schiffsregistrierregeln wollen Staaten der Dritten Welt die Industrienationen, die 80 Prozent der *Weltflotte kontrollieren,* dazu bringen, ihre Transporter auch in anderen Ländern, die billige Arbeitskräfte anbieten, registrieren zu lassen und nicht nur in den wenigen Billigflaggennationen.

Hauptproblem der Konferenz ist die Frage, wie der in früheren internationalen Vereinbarungen geschaffene Begriff einer „echten Verbindung zwischen registrierendem Staat und Schiff" rechtlich ausgestaltet werden soll. Entwicklungsländer und kommunistische Nationen sehen die anvisierte Verbindung und damit die Kontrolle der Billigflaggenstaaten über ein Schiff nur gewährleistet, wenn ein bedeutsamer Prozentsatz von Bürgern des Eintragslandes als *Mannschaft und Offiziere vertreten* seien und wenn eine angemessene nationale Kapitalbeteiligung bestünde.

Das Gegenangebot der Industrieländer deckt diese Forderungen nicht. Im wesentlichen besteht das Entgegenkommen in strenger angewendeten Sicherheitsnormen, der Verhütung von Meeresverschmutzung, der Bereitschaft zu besseren Arbeitsbedingungen und dazu, die Verantwortlichkeit der Reeder besser abzudecken. Einigkeit herrscht jedoch in beiden Lagern darüber, daß Schiffseigentümer und -verantwortliche über das Register festzustellen sein müssen. Billigflaggen werden für rund die Hälfte aller Unglücksfälle auf See verantwortlich gemacht.

Während der Westen auf eine empfehlende Vereinbarung tendiert, wünscht die andere Gruppierung ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen. Als wichtigste Konferenzgrundlagen werden vier Dokumente diskutiert: ein Abkommensvorschlag der vorbereitenden Kommission, ein Kompromißvorschlag ihres Präsidenten und je ein Verhandlungsentwurf von zwei Staatengruppen.

Innerhalb der westlichen Gruppe gibt es drei, die für den Status quo plädieren: USA, Japan und England sehen in einem Abkommen einen weiteren Nagel im Sarg des freien Unternehmertums. Flexibler sind dagegen die übrigen Europäer; sie waren in den letzten Jahren die Hauptleidtragenden der Meeresverschmut*zung, die sich oft aus dem nicht aus*reichenden Sicherheitsstandard der offenen Registrierung ergibt.

US-AKTIENMÄRKTE

Die Investoren reagierten auf Reagans Optimismus

H. A. SIEBERT, **Washington**

„Wir haben den Haupttreffer gewonnen, und das gleich dreimal", jubelte Präsident Ronald Reagan am Freitag, als die zuständigen Behörden in Washington neue Fortschritte im Kampf gegen die Inflation sowie ein solideres Wachstum der Einzelhandelsumsätze und der Industrieproduktion meldeten. Die US-Aktienmärkte reagierten: Nach der Durststrecke machte sich wieder Optimismus breit; die Kurse folgten den steigenden Renten-Notierungen.

Nach einem Verlust von 29 Punkten an drei Tagen erholte sich der Dow-Jones-Index am Freitag um 5,30 auf 1109,87, der Nyse-Index um 0,44 *auf 87,08 PUnkte. Dadurch verringer*te sich das Wochenminus auf 12,70 und 0,82 PUnkte. Die Wall Street hält zwar den Rückzug noch nicht für beendet, einen Zwischenspurt aber für wahrscheinlich. Zum Stillstand gekommen ist der Sturz der ITT-Aktie, die um ein Drittel auf 22,75 Dollar gesackt war. Als Schlager erwies sich IBM. Ihr Nettogewinn schoß im zweiten Quartal 1984 um 20,9 Prozent auf 1,62 Mrd. Dollar.

Die jüngsten Konjunkturdaten stärken Reagans Stellung im Wahl*kampf; den Demokraten machen sie* zu schaffen, deren Parteikonvent heute in San Francisco beginnt. Vielversprechend ist vor allem die überraschend schwache Teuerung. So haben sich die US-Herstellerpreise von April bis Juni nicht bewegt; gegenüber Juni 1983 stiegen sie lediglich um 2,2 Prozent. Für die kommenden zwölf Monate zeichnet sich nun eine Inflationsrate von nicht mehr als vier Prozent ab, vorausgesetzt, der überbewertete Dollar verbilligt weiterhin die Einfuhren und die Ölpreise bleiben stabil.

Die Zunahme der Einzelhandelsumsätze um 0,8 (Mai: 0,5; April 3,5) Prozent deutet auf eine Verbrauchernachfrage hin, die auch künftig die Konjunktur stützt. Das gilt ebenso für die Industrieproduktion, die sich im Juni um 0,5 Prozent erhöhte, nach 0,4 und 0,9 Prozent in den beiden Vormonaten. Damit hat der Index seit Jahresfrist 11,7 Prozent zuglegt, wobei Autos sowie Investitions- und Rü*stungsgüter dominierten.*

Mit Blick auf diese Statistiken schlug die wirtschaftliche Wachstumsrate in den USA in der April-Juni-Periode real eher mit sieben als den vorausgesagten 5,7 Prozent zu Buch. Angesichts der steigenden privaten Kreditnachfrage und des nach wie vor hohen Finanzierungsbedarfs der Treasury wird in Manhattan denn auch die eingetretene Zinsberuhigung nur als kurzlegbig angesehen. Die Unsicherheit ist nicht vom Tisch.

Heute und morgen tagt in Washing*ton das Offen-Markt-Komitee* des US-Notenbanksystems. Wegen der gedämpften Inflation und des starken Dollar schließen Analysten ein Anziehen der Kreditzügel aus. Die wichtigen Geldaggregate bewegen sich nach wie vor innerhalb der Zielkorridore.

AUF EIN WORT

„Kooperationen in der Luftfahrtindustrie mit den Amerikanern sind nur dann richtig, wenn wir in Europa die Fähigkeit behalten, ein Endprodukt herzustellen. Allein Zulieferer zu sein ist keine Kooperation mehr, sondern das ist nur die Vorstufe des Ausverkaufs."

Dr. Ernst Zimmermann, Vorsitzender der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen-Union-Gesellschaften, München/Friedrichshafen
FOTO: DIE WELT

Olivenölkontrollen wieder im Gespräch

dpa/VWD, **Brüssel**

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft werden sich heute und morgen mit einer besseren Kontrolle der Olivenölproduktion und Finanzhilfen für die strukturellen Verbesserungen in Betrieben der acht Millionen EG-Bauern befassen. In Brüssel geht man davon aus, daß es noch keine Einigung in beiden *Fragen geben wird. Dänemark* blokkiert wegen Bedenken gegen eine Gemeinschaftseinmischung in seine inneren Angelegenheiten eine Regelung der EG, die Sanktionen für Betrüger von *Olivenölschiebereien* in Italien und Griechenland zu Lasten der europäischen Steuerzahler verhängen will.

WÄHRUNGEN

D-Mark hat Position trotz Dollarstärke ausgebaut

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die D-Mark ist unverändert die zweitwichtigste internationale Währung und konnte diese während der 70er Jahre ausgebaute Stellung trotz der Dollar-Stärke behaupten. Mit einem Anteil von rund zehn Prozent liege die D-Mark deutlich vor dem Yen, der mit weniger als fünf Prozent auf Platz drei folge, berichtete die Commerzbank AG in Frankfurt.

Das gelte sowohl für den Welthandel (Transaktionswährung) als auch für die Währungsreserven der Notenbanken, private Kapitalanlagen und die Finanzierungen von Geschäftsbanken und internationalen Institutionen. In Zukunft dürfte sich das Interesse allerdings stärker auf den japanischen Yen konzentrieren.

Die Bundesrepublik gehört – nach der USA und neben der Schweiz – zu den wenigen Ländern, die im Außenhandel in größerem Umfang ihre eigene Währung verwenden können, schreibt *die Commerzbank* über die Rolle der D-Mark als Transaktionswährung. Damit werde das Wechselkursrisiko der Exporteure und Importeure wesentlich verringert. Große Bedeutung habe die D-Mark auch für internationale Anleger gewonnen.

Die Vorteile der internationalen „Anerkennung" der D-Mark kommen sowohl dem Außenhandel mit geringeren Wechselkursrisiken als auch den Banken zugute, denen dadurch eine zusätzliche Drehscheiben-Funktion im internationalen Geld- und Kapitalverkehr zukomme. Nachteile sieht die Bank in der größeren Schwankungs-Anfälligkeit. Denn internationale Anleger reagierten auf Zinsdifferenzen und politische Spannungen; entsprechend verkauften oder kauften sie D-Mark. Interventionen nützten in solchen Fällen wenig.

IFO-STUDIE

Innerdeutscher Handel in einer Phase der Stagnation

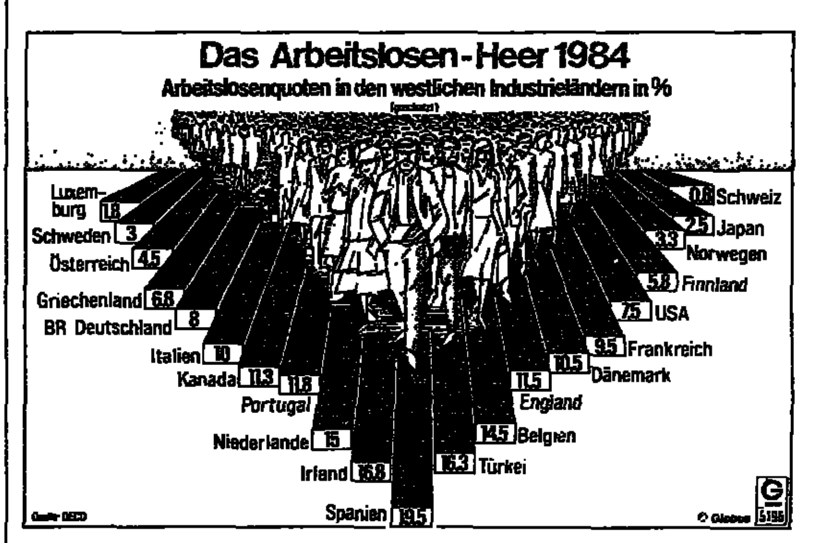
VWD, **München**

Die Hoffnungen auf eine Ausweitung des „DDR"-Geschäfts seien gegenwärtig gedämpft, erklärt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in einem Bericht über Entwicklung und Perspektiven des innerdeutschen Handels. Ursächlich dafür seien zum einen die schlechten Verkaufsergebnisse des zweiten Halbjahres 1983 und der ersten Monate dieses Jahres und zweitens die Ergebnisse der Leipziger Frühjahrsmesse, die keinerlei Anlaß zu überschäumendem Optimismus gaben. Wenn das Vorjahresniveau der Verkäufe an die „DDR" erreicht würde, wäre das bereits ein gutes Ergebnis, da die Lieferungen aus der Bundesrepublik in den ersten *vier Monaten 1984 um 22 Prozent* niedriger waren als in der entsprechenden Vorjahreszeit.

Ohne besonders kräftigen Anstieg *im weiteren Verlauf des Jahres* könnten jedoch in der zweiten Jahreshälfte wieder positive Wachstumsraten erzielt werden, da bereits im zweiten Halbjahr 1983 ein starker Niveauabfall zu verzeichnen war, betont das Institut. Daß die „DDR" – zumindest auf kürzere Sicht – die Ausweitung ihres Außenhandelsvolumens drosseln wolle, zeigten die Planansätze für 1984. Danach sollen Export und Import zusammengenommen nur noch um rund fünf Prozent steigen.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der „DDR" werde mit einer Zunahme des Sozialprodukts gerechnet. Da wohl auch in den übrigen osteuropäischen Ländern die kon*junkturelle Talsohle durchschritten* scheint, sei die Gefahr geringer, daß die „DDR" den Gütererwerb zurückstellen müsse.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Auf insgesamt 31 Millionen veranschlagt die OECD die Zahl der Erwerbslosen in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 1984. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent. Spanien ist mit 19,5 Prozent am stärksten betroffen. Irland, die Türkei, Niederlande und Belgien weisen ebenfalls überdurchschnittliche Quoten aus.
QUELLE: GLOBUS

„DDR": Wirtschaftskurs *erfolgreich fortgesetzt*

Berlin (dpa) – Die „DDR" hat ihren auf die Intensivierung der Industrie ausgerichteten Wirtschaftskurs nach eigenen Angaben im ersten Halbjahr mit Erfolg fortgesetzt. Mit 290 000 Mill. Stunden habe man die Arbeitsleistung von mehr als 300 000 Beschäftigten eingespart. Die Produktion einheimischer Rohstoffe und Energieträger nahm weiter zu. Der Einzelhandelsumsatz, der im Vergleichszeitraum stagnierte, expandierte um 4,4 Prozent. Das produzierte *Nationaleinkommen* stieg um 5,1 Prozent (1. Halbj. 83: vier Prozent). Die industrielle Warenproduktion erreichte mit 3,8 Prozent den Vorjahreswert, im Bereich der Industrieministerien betrug sie 4,3 Prozent (4,5). Der Außenhandelsumsatz stieg um zehn Prozent, die Handelsbilanz erreichte einen „positiven Saldo". Der Export in die Sowjetunion nahm um 18 Prozent zu.

Teepreise bleiben hoch

Hamburg (dpa/VWD) – Die Preise für Tee bleiben *unverändert hoch,* obwohl die Hausse am internationalen Teemarkt zum Stillstand gekommen ist. Auch mit den neuen Ernten im nordindischen Darjeeling und Assam *ist keine Entspannung eingetreten.* Wie aus Kreisen des Hamburger Teehandels verlautet, sind die Preise für Spitzenqualitäten dieser Hochlandtees auf den internationalen Tee-Auktionen unverändert fest geblieben. Auch die preiswerteren Sorten haben angezogen. Verantwortlich sei die starke Nachfrage in den Nah- und Mittelostländer.

Teuerung unverändert

London (fu) – Die Einzelhandelspreise in Großbritannien sind im Juni nur um durchschnittlich 0,3 Prozent gestiegen. Damit liegt die Inflationsrate auf Jahresbasis wie schon im Mai bei 5,1 Prozent. Bereits im Januar und Februar dieses Jahres hatte sie 5,1 Prozent betragen, und war lediglich im März und April leicht auf 5,2 Prozent gestiegen.

Stärkere Liberalisierung

Belgrad *(AP) – Die jugoslawische* Regierung ist unter dem Druck ihrer hohen Auslandsschulden offenbar bemüht, Investitionen in Jugoslawien für ausländische Kapitalgeber attraktiver zu machen. Aus einer Gesetzesvorlage geht hervor, daß ausländischen Investoren in Zukunft erlaubt ist, die Mehrheit an jugoslawischen Firmen zu übernehmen. Bislang war der Anteil ausländischer Unternehmen an Firmen in Jugoslawien auf 49 Prozent begrenzt. Der jetzt dem Parlament vorgelegte Gesetzentwurf sieht ferner die Aufhebung von Beschränkungen für den Gewinntransfer ins Ausland vor.

Weg der Kurse

	13.7.	6.7.
Boeing	44,25	45
Chrysler	26	25,125
Citicorp	28,375	29,375
Coca-Cola	58,625	57,50
Exxon	40,625	40,75
Ford Motors	37,25	36,375
IBM	105,255	105,75
PanAm	4,50	4,75
US Steel	22,625	22,875
Woolworth	34	33,50

Zusatzgebühren gesenkt

Bonn (Rei.) – Zum 1. Dezember senkt die Post die Zusatzgebühren für mehrere Telefon-Modelle. Sie verspricht sich davon eine Belebung der Nachfrage. Für das Comfort-Telefon alpha sinkt die Gebühr von 11,80 Mark monatlich auf 10,30; für Apparate mit eingebautem Gebührenanzeiger von 6,50 auf 5,80 Mark; für zusätzlich angeschlossene Gebührenzähler von 5,70 auf 5 Mark; für Raumtelefone mit Lautsprechereinrichtungen von 22,60 bzw. 28,70 auf 17,90Mark und von 25,30 bzw. 31,40 auf einheitlich 19,40 Mark. Zwei Modelle werden teuerer: beim Modell Stuttgart steigt die Gebühr von 1 Mark auf 1,50, beim Modell Micky Maus von 7,70 auf 8,30 Mark. Ebenfalls zum 1. Dezember werden Übernahme, Verlegung und Wiederanschluß um 10 Mark teurer. Sie kosten dann 65 statt 55 Mark. Zum 1. Juli ist bereits der Neuanschluß billiger geworden: 65 statt 200 Mark.

Londoner Kassapreise

	13.7.	6.7.
Kupfer(£/t)	1014,5	981,5
Blei(£/t)	376	356,5
Zink(£/t)	635,75	626
Zinn(£/t)	9485	9415
Gold($/Unze)	344,75	341,5
Silber(p/Unze)	560,80	573,60
Kakao[1](£/t)	1777,5	1765,5
Kaffee[1](£/t)	2198	2262
Zucker(£/t)	94,5	96,75
Kautschuk(p/kg)	70	61
Wolle(p/kg)	470	469
Baumwolle[2](cts/lb)	80,25	81,20

[1]) Abladung September;
[2]) A-Index-Preis Liverpool

TOURISMUS

Die Reisebüros sind mit dem ersten Halbjahr zufrieden

DW. **Bonn**

Der gegenüber dem Vorjahr in zahlreichen Bundesländern veränderte Beginn der Sommerferien hat im Juni 1984 bei den Fachreise-Büros zu einer unterschiedlichen Umsatz-Entwicklung geführt. Außerdem haben die lang andauernden Streiks das Geschäft belastet.

Dies zeigt der neueste „Reisebüro-Spiegel", der monatlich vom Rechenzentrum des Deutschen Reisebüros (DER) erstellt wird und der als repräsentativ für die Fachreisebüros gilt. Danach lag im Juni 1984 der Reisebüro-Gesamtumsatz um durchschnittlich 2,4 Prozent niedriger als im Juni 1983. Auch in den einzelnen Geschäftsbereichen gab es Umsatzrückgänge: Deutsche Bundesbahn minus 5,6 Prozent, *Linienflugverkehr minus* 1,6 Prozent, Pauschalreisen minus 0,7 Prozent, Reiseversicherungen minus 5,9 Prozent, Fährverkehr minus 12,2 Prozent und *Hotelgutscheine minus 6* Prozent. Für das erste Halbjahr 1984 weist der „Reisebüro-Spiegel" dagegen einen zufriedenstellenden Geschäftsverlauf aus. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Reisebüro-Gesamtumsatz von Januar bis Juni 1984 um fünf Prozent. Fast alle Sparten weisen Zuwachsraten aus.

Die höchste wurde bei Linienflügen erzielt, die den Reisebüros 6,6 Prozent mehr Einnahmen als im vorjahr brachten. Eine Umsatzsteigerung in gleicher Höhe wurde mit Hotelgutscheinen erzielt. Um 3,6 Prozent erhöhten sich die Verkäufe von Bundesbahnreisen, während mit Reiseversicherungen nur geringfügig mehr (plus 0,4 Prozent) umgesetzt wurde. Lediglich im Fährverkehr ging der Umsatz im ersten Halbjahr 1984 um 4,4 Prozent zurück.

DEUTSCHE BUNDESBAHN / Alle 4750 Ausbildungsplätze werden besetzt

Bundeskasse zahlt für die meisten

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Deutsche Bundesbahn hat angekündigt, daß sie auch in diesem Jahr wieder mehr *Lehrlinge,* als für den eigenen Bedarf benötigt werden, ausbilden will. Mit 4 750 Lehrstellen sollen alle verfügbaren Plätze besetzt werden. Allerdings werden die Ausbildungskosten für *3300* Auszubildende, davon 2300 im gerwerblichtechnischen Bereich und 1000 im kaufmännischen, aus der Bundeskasse gezahlt. Darauf haben sich Bundesbahn-Vorstand und Bundesverkehrsminister geeinigt.

Im gewerblich-technischen Bereich bildet die Bundesbahn nur 1450 junge Leute aus, für die sie selber Bedarf hat. Die 1 000 Kaufleute der Ausbildungsrichtung „Kaufmann/Kauffrau im Eisenbahn- und Straßenverkehr (KIES)" hat die Bahn selbst keine Verwendung. Sie müssen sich nach ihrer Schlußprüfung, so wie alle Lehrlinge, die auf Kosten des Bundes ausgebildet werden, auf dem freien Markt einen Arbeitsplatz suchen. Die Ausbildung über Bedarf soll ein Bei*trag sein zum Abbau der Jugendar*beitslosigkeit.

Die Bundesbahn bildet nicht nur im kaufmännischen, sondern auch im gewerblich-technischen Bereich Mädchen aus, in letzterem zwischen fünf bis sechs Prozent. Das Interesse bei weiblichen Lehrlingen sei in den vergangenen zwei Jahren etwas gesunken, heißt es bei der Bahn. Das könne aber mit der unterschiedlichen Förderung der Modellversuche „Mädchen in Männerberufen" zusammenhängen. An den notwendigen, vorgeschriebenen Räumlichkeiten wie Toiletten scheitere jedenfalls die Ausbildung der Mädchen nicht, wird betont.

Im vergangenen Jahr hatte die Bahn ein aufsehenerregendes Modell gestartet. Sie hatte im Herbst 1983 auf einem Höhepunkt der Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung 1000 von insgesamt etwa 3000 Ausgebildeten nach ihrer Prüfung zu 80 Prozent der Arbeitszeit (32 Wochenstunden) und 80 Prozent des Entgelts übernommen. Die restlichen 2000 waren dem Arbeitsmarkt überlassen. Die Übernommenen hatten dann Glück: Sie bekamen alle zum 1. Januar 1984 Verträge für eine volle Arbeitsstelle.

Doch auch die übrigen taten sich nicht allzu schwer. Die Bahn bildet in anerkannten Berufen aus, die nur zu drei Prozent eisenbahn-spezifisch geprägt sind. Die Maschinenschlosser, Elektro-Anlagen-Installateure, Informations-Elektroniker, Bauzeichner und Vermessungstechniker kamen außerhalb der Bahn „gut an" – allerdings mit Unterschieden je nach örtlicher Konjunkturlage. Die Bundespost hat es dagegen schwerer mit ihren jungen Leuten. Ihre Berufsrichtungen sind oft sehr viel mehr auf die Post ausgerichtet.

PORTUGAL

OECD vergibt schlechte Noten

dpa/VWD, Paris

Portugal muß nach Ansicht der OECD auch 1984 mit einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage rechnen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) empfiehlt zur Verbesserung der Situation unter anderem die Öffnung der verstaatlichten Industrien für einheimische und ausländische Investitoren.

Zwar habe das von der Regierung in Lissabon 1983 vor allem zur Behebung des Zahlungsbilanzdefizits und der Verringerung des Kreditbedarfs der öffentlichen Hand aufgelegte kurzfristige Programm Verbesserungen gebracht; diese seien jedoch mit einer starken Verringerung der inländischen Nachfrage und einem Anstieg der Arbeitslosenrate bezahlt worden.

Angelpunkt bei den Bemühungen, den öffentlichen Kreditbedarf von 7,1 Prozent des Bruttosozialproduktes im Jahre 1982 auf 5,6 Prozent 1984 zu senken, sei der Haushalt. Bisher habe es dazu starke Erhöhungen der direkten und indirekten Steuern, Abstriche an Investitionen der öffentlichen Hand und an Unterstützungen für verstaatlichte Unternehmen gegeben. Diese Maßnahmen ließen für 1984 einen erneuten Rückgang des Bruttosozialprodukts und eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit erwarten. Der Anstieg der Inflationsrate werde im Laufe des Jahres aber abflachen.

Portugal sollte jetzt vor allem Anstrengungen unternehmen, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Ein noch lange nicht voll ausgeschöpftes wirtschaftliches Potential sieht die OECD im Tourismus. Außerdem sollte sich Lissabon um höhere Rücküberweisungen von im Ausland arbeitenden Portugiesen bemühen.

Ellwanger, Geiger: Flaute bei Immobilien

nl. Stuttgart

In der baden-württembergischen Metropole Stuttgart stehen „-zigtausend" qm gewerbliche Fläche leer. Nach Feststellungen des Bankhauses Ellwanger und Geiger, das eine bedeutende Rolle auch als Immobilienmakler spielt, sind die Preise für Büroflächen in der Innenstadt infolge der Überangebotssituation derzeit praktisch auf dem Stand von 1969. Demgegenüber registriere man eine steigende Beliebtheit der Wertpapieranlage. Für das Bankgeschäft im laufenden Jahr sei kennzeichnend, daß die Zinsspanne erheblich zurückgegangen sei. Der Kampf um gute Kreditkunden befinde sich in vollem Gange. Die Bilanzsumme des Instituts war in 1983 um 18,9 Prozent auf 104 *Mill. DM angewachsen, für das* laufende Jahr erwarte man einen Anstieg um 5 bis 10 Prozent. Das Kundenkreditvolumen hat um 5,8 Prozent auf 73,7 Mill. DM zugenommen.

NAMEN

Günter Mansbach scheidet auf eigenen Wunsch zum Jahresende aus dem Vorstand der Mannesmann AG aus. Das von ihm geleitete Vertriebsressort übernimmt zum 1. Januar 1985 **Franz Sieverding**, bisher Vorstandsmitglied der Mannesmann Demag AG.

Bernd Wilhelm (39), Verkaufsdirektor der Kellogg (Deutschland) GmbH, Bremen, ist per 1. Juli zum Geschäftsführer bestellt worden.

Bill MacDonald wurde zum Verkaufsdirektor für Europa der Candle Corporation, Los Angeles, ernannt.

JUNGHEINRICH / Unzufrieden mit der Rentabilität – Vertrieb und Service der Firma Yale übernommen

Großer Umsatzsprung in diesem Jahr erwartet

JAN BRECH, Hamburg

Die Hamburger Jungheinrich-Gruppe, die in Europa zu den führenden Herstellern von gleislosen Flurförderzeugen gehört, erwartet für dieses Jahr einen Gesamtumsatz von 740 Mill. DM; gegenüber dem Berichtsjahr 1983 bedeutet das einen Sprung um fast 100 Mill. DM. Die optimistische Prognose ist nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters der Jungheinrich Unternehmensverwaltung KG, Klaus Rosenkranz, einmal durch die Auftragsentwicklung in den angestammten Bereichen gerechtfertigt. *Die Auftragseingänge lägen zur Jahreshälfte um 10 Prozent höher und die Kapazitäten seien voll ausgelastet.*

Zum anderen kommen, so Rosenkranz, 60 Mill. DM Umsatz durch die Übernahme der Vertriebs- und Service-Aktivitäten der Firma Yale hinzu. Nachdem die Eaton GmbH, Velbert, die Produktion von Yale-Staplern eingestellt hat, vertreibt Jungheinrich zum Teil selbst hergestellte Yale-Produkte in der Bundesrepublik. Das umfassende Jungheinrich-Angebot von Elektroflurförderzeugen werde durch die verbrennungsmotorischen Yale-Geräten sinnvoll ergänzt, betont Rosenkranz.

Die Verbindungen mit der US-Firma Yale Materials Handling Corp., die rund 850 Mill. DM umsetzt und letztes Jahr aus dem Eaton-Konzern verselbständigt worden ist, sind mit der Vertriebskooperation in Deutschland und inzwischen auch in Österreich offenbar noch nicht erschöpft. Gemeinsam, so Rosenkranz, suche man nach weiteren Bereichen, in denen sich eine Zusammenarbeit anbiete. Zu genauen Angaben ist Rosenkranz nicht bereit. Daß zwischen Jungheinrich und Yale jedoch ausbaufähige Bande bestehen, geht schon daraus hervor, daß die Hamburger Gruppe mit einem Prozent bei Yale beteiligt ist *und dieser Minianteil* mit einem Sitz im board verbunden ist.

Was die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern angeht, wartet Rosenkranz noch mit einer anderen Überraschung auf. In Frankreich, dem wichtigsten Auslandsmarkt für die Gruppe, ist vom japanischen Hitachi-Konzern die Vertretung der gesamten Produktpalette von Industrie-Robotern übernommen worden. Im Bereich der Schweißroboter wird zudem die schon in der Bundesrepublik gepflegte Kooperation mit der Firma Cloos, Haiger, auf den französischen Markt ausgedehnt.

Die Aktivitäten mit dem japanischen Hitachi-Konzern sind insofern interessant, als Jungheinrich das Geschäft mit Industrierobotern auf dem deutschen Markt selbst kräftig ausbaut. Der Umsatz mit diesen technologisch anspruchsvollen Produkten ist 1983 verdoppelt worden und die Zielgröße von 250 bis 300 Stück Jahresabsatz soll 1984 erreicht werden. Um die Positionen im Bereich der automatisierten Förder- und Lagertechnik noch zu verstärken, wird Jungheinrich die Gruppen Industrie-Roboter, fahrerlose Transportsysteme und automatisierte Hochregalstapler in dem neuen Bereich „Jungheinrich Anlagen- und Robotertechnik" zusammenfassen und später ausgliedern. Dieser Schwerpunktbereich soll 1985 in eine Umsatzgröße von 50 Mill. DM wachsen.

Parallel zur Konzentration auf Wachstumsbereiche merzt Jungheinrich Schwachpunkte aus. So wird die wenig rentable eigene Produktion von Palettenregalen eingestellt und an die Thyssen Industrie AG abgegeben. Der Vertrieb des Programms im In- und Ausland bleibt bei Jungheinrich. Im Ausland ist das, wie Rosenkranz formuliert, wenig erbauliche Engagement in Brasilien durch den Einstieg einer neuen Finanzgruppe auf eine neue Basis gestellt worden. Dadurch erhofft sich Rosenkranz eine Wende zum Besseren.

Die Entwicklung der in den von ihr besetzten Teilmärkten marktführende Jungheinrich-Gruppe im Berichtsjahr bezeichnet Rosenkranz als zufriedenstellend. Die Umsatzausweitung um 3,5 Prozent auf 643 Mill. DM geht allerdings auf die in den letzten vier Monaten 1983 erstmals enthaltenen Yale-Aktivitäten zurück. Das vergleichbare Geschäft sei real leicht zurückgegangen, erklärt Rosenkranz. Vom Umsatz wickelte Jungheinrich 58 Prozent über insgesamt zwölf Auslandsvertriebstöchter ab.

Weniger glücklich stimmt Rosenkranz die Ertragsentwicklung. Jungheinrich gehöre zwar zu den wenigen Unternehmen in der Branche, die 1983 noch schwarze Zahlen geschrieben und das Betriebsergebnis sogar, wenn auch unbedeutend, verbessert hätten, doch sei die Rentabilität auf einem zu geringen Niveau. Als einzigen Hinweis zur Ertragslage bei Jungheinrich gibt Rosenkranz den Netto-Cash-flow mit 39,1 Mill. DM an, der aufgrund wesentlich höherer Abschreibungen um 6,8 Prozent stieg und 6.1 Prozent vom Umsatz ausmacht.

Nachhaltige Ertragsverbesserungen erwartet Rosenkranz ab 1985, wenn das mit neuen Produktionstechniken ausgerüstete Werk Norderstedt voll in Betrieb geht. Der Bau dieses Werks erfordert 65 Mill. DM.

IBH-KONKURS / Schadenersatzklage erwogen

Nur Scheinzahlungen von GM?

dpa/VWD/rtr, Mainz

Eine Schadenersatzklage von 62,8 Mill. DM gegen den US-Automobilkonzern General Motors (GM) wird der Konkursverwalter der IBH-Holding, Wolfgang Petereit, dem Gläubigerausschuß vorschlagen. Bei den Kapitalerhöhungen für den zusammengebrochenen *Mainzer* Baumaschinenkonzern sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen, erklärte Petereit auf Anfrage. Die IBH-Großaktionäre GM, Powell Duffryn und die Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. (SMH) hätten ihren Teil zum Niedergang der Holding beigetragen.

Insbesondere von GM seien Bareinzahlungsverpflichtungen gezeichnet worden. Tatsächlich habe es sich jedoch über einen Forderungsverzicht über verdeckte Sacheinlagen gehandelt. Bei Sacheinlagen hätte eine Bewertung von Wirtschaftsprüfern vorgenommen werden müssen. IBH-Vorstandsvorsitzender Esch habe daran jedoch kein Interesse gehabt. Petereit begründete die Begrenzung seiner Forderung gegenüber GM auf 62,8 Mill. DM von insgesamt 137 Mill. DM Kapitalerhöhung damit, daß hier eindeutige Unterlagen vorhanden seien, nach denen die Barüberweisungen von GM nur zum Schein geleistet worden seien.

Von den IBH-Gläubigern seien Forderungen von insgesamt 1,5 Mrd. DM angemeldet worden, sagte Petereit. Bisher habe die Hälfte dieser Forderungen geprüft werden können. Der Konkursverwalter geht davon aus, daß die Höhe der Verbindlichkeiten bei insgesamt 800 Mill. DM liegen wird.

Diese Ansprüche des Konkursverwalters der zusammengebrochenen IBH Holding sind von General Motors zurückgewiesen worden. Sie haben keine Grundlage, erklärte ein GM-Sprecher. Der Automobilkonzern sei ein substantieller Gläubiger von IBH. GM werde weiter versuchen, seine Ansprüche durchzusetzen. Die Forderungen belaufen sich nach seinen Angaben auf rund 100 Mill. Dollar.

Die Mainzer IBH Holding, zu der unter anderem Hanomag (Hannover), Zettelmeyer (Trier), Lanz (Aulendorf), Terex (USA) und Hymac (Großbritannien) gehörten, hatte am 4. November 1983 Vergleich angemeldet. Das Anschlußkonkursverfahren wurde für den Konzern, bei dem weltweit etwa 10 000 Menschen beschäftigt waren, am 13. Dezember eröffnet. IBH-Gründer Horst-Dieter Esch (40) befindet sich seit März dieses Jahres in Untersuchungshaft.

ROESLER DRAHT / „Chaotenzaun" hat sich bewährt

Wieder Aufwind im Ertrag

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Gerade noch für eine konstante Dividende von 3 DM je Aktie reichte es 1983, doch 1984 soll besser werden. *Die Zieherei Roesler Draht AG*, Schwalmtal (6 Mill. DM Aktienkapital), spürt nach dem neunten Stahlkrisenjahr endlich wieder Aufwind auch im Ertrag. Das Familienunternehmen demonstriert für 1983 mit krasser Kluft zwischen 21,5 Prozent Produktionsanstieg und 7,7prozentiger Umsatzzunahme auf 101 Mill. DM, die ohne das durch Strukturkrisenanteil abgesicherte Baustahlmattengeschäft nur 2,9 Prozent betrug, den Preisverfall auf dem deutschen Drahtmarkt. Der sei durch EG-Überkapazitäten gekommen als auch – und vor allem – durch „massiv" gesteigerte Billigstimporte (mit 20 Prozent Preisunterbietung) aus dem Ostblock und China, die den Importanteil an der deutschen Draht-Marktversorgung auf 48 Prozent trieben.

Wesentlich günstiger läßt sich 1984 an: Bis Ende Mai bei 8.4 Prozent Umsatzplus eine Preiserholung um 16 Prozent („nun wenigstens wieder auf *dem Niveau von 1982") und vor August* ein weiterer Aufwärtsschub bei den Listenpreisen. Die Firma begleitet diese Erholung mit der Forcierung von Spezialprodukten, die bisher erst 15 Prozent der Gesamtproduktion ausmachen.

Große Hoffnungen setzt man dabei zumal auf zwei neue Produkte: Eine korrosionsfreie Baustahlmatte und ein Massivzaun aus Stahlstäben, der für den Schutz „hochsicherheitsempfindlicher" Anlagen (Kernkraftwerke, Deponien) besser tauge als eine Betonmauer, weil er bei gleicher Widerstandsfähigkeit „den freien Blick auf die Szene" erlaube. Dieser „Chaotenzaun" habe inzwischen alle sicherheitstechnischen Prüfungen „glänzend" bestanden.

MUSTANG / Am Jeansmarkt ist das Wachstum vorbei

Auf schwere Jahre eingestellt

WERNER NEITZEL, Künzelsau

Der Jeansmarkt, der sich in den siebziger Jahren noch eines scheinbar unbegrenzten Wachstums erfreute, ist umgekippt. Angebotsschwemme, Preisverfall und Betriebsschließungen bei großen Unternehmen dieser Bekleidungssparte sind die äußeren Merkmale, die mit einer veränderten Verbraucherhaltung im Hinblick auf seine modische Selbstdarstellung einhergehen.

Bei der Mustang Bekleidungswerke GmbH + Co., Künzelsau, die noch vergleichsweise glimpflich davonkam, stellt man sich auf zwei schwierige Jahre ein. Der geschäftsführende Gesellschafter Alfred Sefranek setzt in dieser Phase auf die Stärke seiner Marke, die fachhandelsbezogene Absatzpolitik, auf das Innovationspotential und die Beweglichkeit des Familienunternehmens. Für das Jahr rechnet er zwar mit einem Umsatzrückgang von 9 Prozent, doch sollen auf 6 (3.8) Mill. DM aufgestockte Investitionen die Basis für weiteres Wachstum legen, mit dem er nach 1985 rechnet.

Der Mustang-Umsatz nahm in 1983 um 3,8 Prozent auf 144,6 Mill. DM ab, wobei der Auslandsanteil leicht auf 19,5 (19,2) Prozent anstieg. Mengenmäßig wurden im Berichtsjahr 1,5 Prozent mehr Teile als im Vorjahr verkauft, darunter waren allein 3,4 Mill. Jeans (minus 0,5 Prozent). Bei der Rendite lag Mustang nach Worten Sefraneks auch weiterhin über dem Branchendurchschnitt, den er mit 3 bis 5 Prozent bezifferte.

Freude macht die Entwicklung der französischen Vertriebstochter Mustang France, die ihren Umsatz von 12 auf 25,7 Mill. Franc mehr als verdoppelte. Bei der portugiesischen Produktionstochter ging die Mengenfertigung um 5.5 Prozent zurück. In den deutschen Betrieben beschäftigt Mustang rund 800 Mitarbeiter.

IVECO / Kosegarten zieht es nordwärts

Kombination von Gründen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Beim Ulmer Nutzfahrzeugbauer Iveco Magirus AG, der dem Fiat-Konzern zuzurechnen ist, will keine Ruhe *einkehren: Bernd Kosegarten (50)*, seit Juni 1981 amtierender Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, scheidet, wie er sagt, auf eigenen Wunsch zum 31. August 1984 aus seinem Amt aus. Sein Nachfolger wird – wie schon kurz berichtet – mit Wirkung vom 1. September Wolfgang Keller (49), der schon seit Juli 1981 bei Iveco Magirus als Vorstandsmitglied für das Ressort Finanzen verantwortlich zeichnet. Keller, der das Finanzressort weiterhin behält, übernimmt für Kosegarten auch den Sitz im „steering committee" der Iveco, bei *der er seit Beginn dieses Jahres zu*gleich für das internationale Controlling der Nutzfahrzeug-Gruppe zuständig war. Keller war, bevor er zum Fiatkonzern kam, in leitenden Positionen von US-Gesellschaften in Europa tätig.

Kosegarten, der sein Ausscheiden mit einer „Kombination von privaten Gründen und Dingen, die mit einer neuen Aufgabe zu tun haben", begründet, wird ab 1. Oktober den Vorstandsvorsitz „einer AG im norddeutschen Raum" übernehmen. Näher mochte er dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht beschreiben. Er scheide jedenfalls nicht aus Enttäuschung aus dem Ulmer Unternehmen. Der Wechsel erfolge zu einem Zeitpunkt, in dem die strukturelle Anpassung der um Konsolidierung bemühten Nutzfahrzeugfirma vollzogen worden sei.

In die Ära Kosegarten, der vor drei Jahren von der Bremer VfW zu Magirus überwechselte, fällt die Schließung des Mainzer Omnibuswerks und der Abbau der Beschäftigtenzahl um rund 3000 auf etwa 7900 Mitarbeiter. Mit dieser Schrumpfkur einher ging eine deutliche Aufbesserung der Bilanzstruktur. Im vergangenen Jahr hat sich der Umsatz vor allem infolge *anhaltender Marktschwäche um 34* Prozent auf 1,59 Mrd. DM verringert, die Produktion wurde weiter um 42 Prozent auf 10 410 Nutzfahrzeuge zurückgefahren.

Einschließlich Vortrag entstand ein Bilanzverlust von fast 180 (72) Mill. DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Fiat verabreichte dem Unternehmen zum Verlustausgleich eine Kapitalspritze von 115 Mill. DM. Seit 1980 summiert sich die Kapitalzufuhr auf insgesamt 505 Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gildemeister stockt auf

Bielefeld (VWD) – Die Gildemeister AG, Bielefeld, will aus dem genehmigten Kapital von 20 Mill. DM weitere 8 Mill. DM zur Aufstockung des Grundkapitals verwenden, nachdem das Aktienkapital bereits im April dieses Jahres um einen gleichhohen Betrag durch Inanspruchnahme dieser Genehmigung erhöht worden war. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung am 29. August vor, dem Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre für diese neue Ausgabe von 8 Mill. DM Inhaberaktien aus dem genehmigten Kapital zuzustimmen.

PWH-Hauptversammlung

Köln (dpa/VWD) – Bei der PHB Weserhütte AG (PWH), Köln, an der die Otto-Wolff-Gruppe (Mehrheit) und Hoesch beteiligt sind, wird am 20. August eine 2. Hauptversammlung erforderlich. Laut Pflichtveröffentlichung hat die Hauptversammlung am 6. *Juli auf Antrag eines Ak*tionärs eine neue Zusammenkunft mit dem Tagesordnungspunkt „Nachwahl zum Aufsichtsrat" beschlossen, nachdem zuvor zwei Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner ihre Mandate niedergelegt hatten. Dabei handelt es sich um Jürgen Krackow und Joseph Kinsch vom Stahlkonzern Arbed, der seine 49prozentige PWH-Beteiligung an Hoesch verkauft hatte.

„Schwarzer Freitag"

Frankfurt (dpa/VWD) – Als „schwarzer Freitag" wird der 13. Juli aus der Sicht von Kleinaktionären in die Neckermann-Geschichte eingehen. Die Hauptversammung der Neckermann-Versand AG, auf der 97,26 Prozent des Grundkapitals von 137,4 Mill. DM vertreten waren, beschloß am Wochenende mit 99,30 Prozent Ja-Stimmen die Eingliederung des Versandhauses in den Karstadt-Konzern, der bereits 95,08 Prozent des Neckermann-Kapitals hält. Eine Reihe freier Aktionäre, denen der Tausch von drei Neckermann-Aktien für eine Karstadt-Aktie angeboten wird, gab Widerspruch zu Protokoll, darunter auch die Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz und die Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre. Die Schutzgemeinschaft will mit diesem Schritt ihren Mitgliedern die Ausschöpfung aller rechtlicher Möglichkeiten offenhalten.

Mädler in Schwierigkeiten

Offenbach (dpa/VWD) – Die Offenbacher Lederwarenfirma Moritz Mädler GmbH + Co. soll sich nach Angaben der Gewerkschaft Leder derzeit in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. Die Zulieferfirmen dieses Hauses seien dabei, ein Stillhalteabkommen zur Erhaltung dieses 135 Jahre alten Familienunternehmens zu erreichen, erfuhr *dpa/VWD. Gerd Mädler von der Ge*schäftsführung der Lederwarenfirma wollte keine Stellungnahme abgeben. Neben seiner Koffer-Produktion im Offenbacher Werk mit rund 80 Mitarbeitern verfügt Mädler (insgesamt rund 100 Beschäftigte) nach Informationen aus Branchenkreisen über einen internationalen Vertrieb mit achtzehn Läden im In- und Ausland. Der Jahresumsatz wurde zuletzt auf 22 bis 24 Mill. DM geschätzt.

Genehmigtes Kapital

Frankfurt (VWD) – Die Schaffung eines genehmigten Kapitals von bis zu zwei Mill. DM wird der Hauptversammlung der Diskus Werke AG, Frankfurt, am 17. August vorgeschlagen. Die entsprechende Ermächtigung für den Vorstand soll für fünf Jahre gelten. Die Aktionäre blieben *für 1983 wie schon in den Vorjahren* ohne Dividende. Allerdings hat der Schleifmaschinenhersteller, der Mitte 1982 im Rahmen einer Sanierungsaktion zu einem Kapitalschnitt gezwungen war, im vergangenen Jahr nach Vorstandsangaben bei einer Umsatzausweitung von gut neun Prozent auf 31,8 Mill. DM weitere Fortschritte zur nachhaltigen Gesundung gemacht.

Neue Arbeitsplätze bei Blaupunkt

nl. Stuttgart

Die zur Bosch-Gruppe gehörende Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, rechnet auch für das laufende Geschäftsjahr 1984 mit einem positiven Ergebnis. In 1983 hat das Unternehmen der Unterhaltungselektronik einen gegenüber dem Vorjahr um 46 Prozent auf 29,6 (20,3) Mill. DM gestiegenen Gewinn erzielt, der gemäß Vertrag abgeführt worden ist. Wie es im Geschäftsbericht weiter heißt, werde Blaupunkt auch in diesem Jahr den Anteil der europäischen Wertschöpfung wesentlich erhöhen und dadurch zusammen mit einer Steigerung der Produktionszahlen neue Arbeitsplätze schaffen.

In 1983 ist der Blaupunkt-Umsatz um 8 Prozent auf 1.58 Mrd. DM angewachsen. Der Exportanteil verringerte sich auf 35 (36) Prozent. Der konsolidierte Umsatz belief sich auf fast 1,9 Mrd. DM. In erster Linie brachten Autoradios mit Cassettenteil und Lautsprecher den Umsatzschub.

Die von Bosch und Matsushita gemeinsam gegründete MB Video GmbH, Osterode, startete im Frühjahr 1983 ihre Videorecorder-Produktion. Die Produktionserweiterung verlaufe planmäßig. In Sachanlagen wurden 47 (32) Mill. DM investiert, die Sachabschreibungen beliefen sich auf 52 (38) Mill. DM. Das Stammhaus beschäftigt 9710 (9390) Mitarbeiter.

DSL BANK / Bilanzsumme erstmals über 30 Milliarden

Zinsertrag: Plus 40 Prozent

LEO FISCHER, Bonn

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hat sich das Neugeschäft der DSL Bank, Bonn, auf Grund der veränderten Situation am Immobilienmarkt und der abwartenden Haltung vieler Investoren abgeschwächt. Bis Ende Mai hat die Bank Kredite von 1,421 Mrd. DM (1,797 Mrd. DM) neu zugesagt. Gleichwohl rechnet Vorstandsvorsitzender Herrmann Sehrbrock für das laufende Jahr wieder mit einem befriedigenden Ergebnis, „wenn auch der Zinsüberschuß nicht in gleichem Maße wie in 1983 wachsen wird".

Im vergangenen Jahr konnte der Zinsüberschuß im Eigengeschäft um über 40 Prozent auf 134,3 Mill. DM gesteigert werden. Das Betriebsergebnis ohne Eigenhandel (Teilbetriebsergebnis) stieg von 76,9 Mill. DM auf 109,2 Mill. DM (plus 42 Prozent). Im außerordentlichen Geschäft wirkten sich die Aufwendungen für das stark subventionierte Sonderkreditprogramm für Spätaussiedler zu Lasten des Ertrages aus. Die Zinssubvention für dieses Programm machte 1983 30,9 Mill. DM aus. Bei einem Darlehensvolumen von insgesamt 150 Mill. DM, das bis 1986 angesteuert wird, *beträgt die Belastung des Ertrags für die gesamte Laufzeit 96,1* Mill. DM.

Die Bilanzsumme überstieg im Geschäftsjahr 1983 erstmals die 30-Milliarden-Grenze. Sie erhöhte sich um 2,81 Mrd. DM oder 10,1 Prozent auf 30,53 Mrd. DM. Wie in den Vorjahren beruht das Wachstum ausschließlich auf dem Anstieg des Eigengeschäfts der DSL Bank. Dessen Anteil beträgt nun 74,3 (70,4) Prozent. Das Bilanzvolumen des Eigengeschäfts konnte um 16.2 Prozent oder 3,17 Mrd. DM gesteigert werden, während das Bilanzvolumen des Auftragsgeschäfts von 8,2 Mrd. DM Ende 1982 auf 7,8 Mrd DM Ende 1983 zurückging. Das Geschäftsvolumen insgesamt stieg um 10,6 (12) Prozent auf 31,32 Mrd. DM.

Nach Steuern von 59 Mill. DM (27 Mill. DM) ergab sich ein von 12,8 auf 25,6 Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß. Davon wurden insgesamt 22,4 Mill. DM der gesetzlichen Rücklage zugewiesen, so daß das haftende Eigenkapital jetzt 528,9 (506,4) Mill. DM beträgt. An die Anteilseigner (der Bund hält 99 Prozent) wurden 3,2 Mill. DM Dividende ausgeschüttet.

HAINDL PAPIER / Mit einer zweiten Anleihe bald an den Schweizer Kapitalmarkt – Erste schnell überzeichnet

Massives Investitionsprogramm ist angelaufen

DANKWARD SEITZ, München

Sobald die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte eine wieder etwas günstigere Tendenz aufweist, will die Haindl Papier GmbH, Augsburg, erneut den öffentlichen Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Wie Manfred Scholz, Mitglied der Geschäftsführung, in München vor der Presse mitteilte, ist daran gedacht, vielleicht schon Ende 1984 eine 50-Mill.-Sfr-Anleihe in der Schweiz aufzulegen. Ermutigend wirkt dabei offensichtlich, daß die kürzlich begebe*ne Schuldverschreibung über 70 Mill.* DM (Ausgabekurs 99,5 Prozent, Zinssatz 8 Prozent) schnell überzeichnet war und, so Scholz, „großen Anklang" in der Schweiz fand.

Beide Anleihen sollen die Finanzierung von Investitionen über 750 Mill. DM in den Jahren 1984 bis 1986 unterstützen. Weitere 250 Mill. DM will Haindl aus der eigenen Liquidität und zudem jährlich 130 Mill. DM aus dem Cash-flow aufbringen. Den größten Brocken wird der Ausbau des Werkes in Walsum für 505 Mill. DM verschlingen. Begonnen wurde hier inzwischen mit dem Bau einer weiteren Papiermaschine für gestrichene Papiere (Kapazität rund 160 000 t). Für „normale" Investitionen werden jährlich 40 bis 50 Mill. DM veranschlagt.

Darüber hinaus soll mit diesem Kapital die Anfang 1984 erworbene Mehrheitsbeteiligung (69 Prozent) an dem holländischen Zeitungs- und Telefonbuch-Papierhersteller Parenco BV finanziert werden. Bis 1989 wird Haindl noch, wie Scholz ankündigte, auch die restlichen 31 übernehmen, für die man eine Option zu einem Festpreis erworben habe. Parenco besitzt zwei Werke (rund 550 Beschäftigte) mit einer Jahreskapazität von etwa 200 000 t Papier. Für 35 Mill. DM soll 1984/85 hier eine Altpapier-Verarbeitungsanlage gebaut werden.

Kein Geld benötigt man mehr, so Scholz, für den Erwerb der amerikanischen Zellstoffabrik Port Townsend Paper Corp. im Dezember 1983. Neben eigenen Mitteln kamen dazu von US-Banken 70 Mill. Dollar. In der Haindl-Bilanz 1983 hat sich diese Übernahme erst mit einem Finanzanlage-Zugang von 546,56 Mill. DM niedergeschlagen. Doch werden deswegen 83,2 Mill. DM Verbindlich*keiten aus Gewährleistungsverträgen* ausgewiesen. Die Zellstoffabrik verfügt über eine Kapazität von 148 000 t. Davon sollen rund 25 Prozent zur Deckung des Rohstoffbedarfs bei Haindl dienen und der Rest frei vermarktet werden.

Zur Unterstützung dieses Wachstums hat Haindl 1983 wie schon in den Vorjahren wieder alles getan, um die eigene Finanzkraft zu stärken. Im vierten Jahr hintereinander wurde bei Abschreibung von 60,4 (83,6) Mill. DM mit 41,7 (51,5) Mill. DM nur das Nötigste investiert. Wegen geringerer *Abschreibungen, so Scholz*, verminderte sich der Cash-flow auf 115,0 (140) Mill. DM. Zurückgestellt wurden 53,8 (16,5) Mill. DM, darunter 10.7 (6,6) Mill. DM für Pensionen. An liquiden Mitteln werden 223,2 (145,3) Mill. DM ausgewiesen. Aus dem Jahresüberschuß von 38,8 (35,7) Mill. DM wurden zudem die Rücklagen um 17 (15) Mill. auf 112 Mill. DM aufgestockt. Auf das Grundkapital von 120 Mill. DM wurden 21 (20) Mill. DM an *die Gesellschafter ausgeschüttet.*

Daß bei einer Absatzsteigerung um 10,6 Prozent nicht mehr als ein Umsatzplus von 4,4 Prozent auf 1,05 Mrd. DM (Exportanteil 28,9 nach 27,9 Prozent) herausgekommen ist, führte Scholz auf den Preisdruck zurück. Inzwischen hat sich dies allerdings deutlich gewandelt. Die hohe Papiernachfrage in den ersten sechs Monaten 1984 brachte Haindl einen Mehrabsatz von 12 Prozent sowie ein Umsatz- und Ertragsplus von jeweils 14 Prozent. Um 12 Prozent konnten zum 1. Juli die Preise angehoben werden; *für Oktober ist ein weiterer Zuschlag* geplant. Kein Wunder, daß Scholz für 1984 wieder ein gutes Ergebnis erwarte, auch wenn der Zinsaufwand künftig mit mehr als 7,3 (10,4) Mill. DM zu Buche schlagen wird.

RENTENMARKT / Aufwärtsbewegung fehlt noch

Furcht vor US-Zinsanstieg

Eine eigenständige Aufwärtsbewegung kann sich am deutschen Rentenmarkt noch nicht durchsetzen, obwohl sich die Voraussetzungen im Inland erheblich verbessert haben – nachdem die Streiks beendet wurden. Offenbar wirkt die Furcht vor einem Zinsanstieg in den USA hemmend. Die Renditen konnten sich gegenüber der Vorwoche *knapp* behaupten. Aus technischer Sicht ist der Markt dennoch in guter Verfassung: Es besteht ausreichende Aufnahmefähigkeit für die Mittelaufnahme des Bundes und für den Auslands-Kalender. (DW.)

Emissionen	13.7. 84	6.7. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,65	7,61	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,69	7,70	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,68	7,68	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,79	7,76	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,67	7,67	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,41	7,40	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,19	8,19	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,68	7,67	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,10	8,07	8,08	8,45	10,32

Investition, die Zukunft hat.

Das Geschäftsjahr 1983 war für den Volkswagen-Konzern ein Jahr der Vorleistungen. Der neue Golf steht für zukunftsweisende Modellpolitik und neue Fertigungstechnologie. Ähnliches gilt für die AUDI NSU AUTO UNION AG mit den Modellen Audi 100 Avant und Audi 200. Auch bei den Tochtergesellschaften in USA, Argentinien und Südafrika standen neue Modelle, verbunden mit Umstellungen der Produktion, im Vordergrund der Investitionen. Durch Kapitalerhöhungen konnte die Basis dieser Auslandsaktivitäten weiter verbessert werden. Zudem wird durch ein in Kanada neu errichtetes Werk für die Herstellung von Teilen unsere Verbundfertigung in Nordamerika auf ein breiteres Fundament gestellt. Abgerundet wird der Automobilbereich durch Investitionen in den erheblich ausgeweiteten Fahrzeugbestand der V.A.G Leasing, dem unbestrittenen Branchenführer im Auto-Leasing.

In den besonders zukunftsträchtigen Geschäftsbereich „Büro- und Informationstechnik" flossen Investitionen in Vorjahreshöhe. Hiermit wird die TRIUMPH-ADLER-Gruppe in die Lage versetzt, sich trotz starken internationalen Wettbewerbs aus eigener Kraft zu konsolidieren.





Jahresabschluß des Volkswagen-Konzerns

in zusammengefaßter Form

Bilanz

(Stand 31. Dezember)

Aktiva	1983 (Mio. DM)	1982 (Mio. DM)
Anlagevermögen		
Sachanlagen	11.801	11.474
Finanzanlagen	345	329
Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung	119	120
Umlaufvermögen		
Vorräte und Geleistete Anzahlungen	5.878	5.664
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.734	1.419
Flüssige Mittel	4.323	3.222
Eigene Aktien	21	21
Übrige Vermögensgegenstände	4.262	3.337
Rechnungsabgrenzungsposten	317	343
Konzernbilanzverlust	59	–
Gesamtvermögen	28.859	25.929

Passiva	1983 (Mio. DM)	1982 (Mio. DM)
Grundkapital der Volkswagenwerk AG	1.200	1.200
Konzernrücklagen	5.055	4.754
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	284	225
Sonderposten mit Rücklageanteil	427	350
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	45	36
Rückstellungen		
Pensionsrückstellungen	4.235	3.626
Andere Rückstellungen	5.400	4.378
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	2.011	1.451
Andere Verbindlichkeiten		
aus Lieferungen und Leistungen	2.681	2.672
gegenüber Kreditinstituten	4.840	4.608
Übrige	2.501	2.524
Rechnungsabgrenzungsposten	180	67
Konzernbilanzgewinn	–	38
Gesamtkapital	28.859	25.929

Gewinn- und Verlustrechnung

Januar–Dezember	1983 (Mio. DM)	1982 (Mio. DM)
Umsatzerlöse	40.089	37.434
Bestandsveränderung	76	– 141
Andere aktivierte Eigenleistungen	515	737
Gesamtleistung	40.680	38.030
Materialaufwand	20.852	19.573
Personalaufwand	12.371	12.069
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	3.689	3.038
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	494	458
Sonstige Steuern	86	85
Mehraufwand aus den übrigen Aufwands- und Ertragsposten	3.403	3.107
Jahresfehlbetrag	– 215	– 300

Die ungekürzten Fassungen der Jahresabschlüsse des Volkswagen-Konzerns und der Volkswagenwerk AG zum 31. Dezember 1983 *sind mit dem uneingeschränkten* Bestätigungsvermerk der TREUARBEIT Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hannover, versehen und werden im Bundesanzeiger Nr. 131 vom 17. Juli 1984 veröffentlicht.

Wie gesund das Unternehmen ist, zeigt das Jahresergebnis aus dem Blickwinkel des Cash flow von 5,2 Milliarden DM, mit dem das Investitionsvolumen ohne Fremdhilfe finanziert werden konnte.

Insgesamt investierte der Volkswagen-Konzern im Geschäftsjahr 1983 weltweit 4,9 Milliarden DM. Davon flossen 4,8 Milliarden DM in die Sachanlagen. Bei den Auslandsinvestitionen war aufgrund des verstärkten Wettbewerbs auf den Weltmärkten ein gesteigertes Volumen von 1,2 auf 1,4 Milliarden DM erforderlich. Hierdurch verminderten sich die entsprechenden Werte im Inland geringfügig von 3,7 auf 3,5 Milliarden DM. Mit diesem Investitionsvolumen ist der Konzern nach wie vor einer der größten privaten Investoren in der Bundesrepublik Deutschland. Die Investitionen des Jahres 1983 sind Investitionen in die Zukunft und bilden die Basis für eine weitere erfolgreiche Unternehmensentwicklung. Hiervon hängen nicht nur die zukünftige Verzinsung des eingesetzten Kapitals ab, sondern auch Arbeitsplätze sowohl beim Volkswagen-Konzern als auch in der Zuliefererindustrie.

Wolfsburg, im Juli 1984

DER VORSTAND

LEICHTATHLETIK / Schon wieder ein Weltrekord im Stabhochsprung

Im Training soll Sergej Bubka schon über sechs Meter gesprungen sein

dpa/sid, **London**

Zwei Weltrekorde und eine Anzahl von Weltklasse-Leistungen gab es am Wochenende in der internationalen Leichtathletik. Der sowjetische Weltmeister Sergej Bubka verbesserte in London den Weltrekord im Stabhochsprung schon zum drittenmal in diesem Jahr und ist nun bei 5.90 Meter angelangt. Die 18jährige Engländerin Zola Budd begeisterte 16 000 Zuschauer im ausverkauften Londoner Stadion Crystal Palace mit ihrem ersten offiziellen Weltrekord-Rennen (2000 m in 5:33,15 Minuten). Olympiasieger Jurij Sedych (UdSSR) schleuderte den Hammer mit 85,60 und 85,52 m auf die dritt- und viertbeste Weite aller Zeiten. Für eine erfreuliche Beigabe sorgte Peter Bouschen (Düsseldorf) mit der neuen deutschen Jahresbestweite von 17,20 m und Platz zwei im Dreisprung hinter Grigori Jemets (UdSSR/17,27 m).

5,85 m am 26. Mai in Preßburg, 5.88 m am 2. Juni in Saint-Denis und nun 5,90 m in London – da sagte Vitali Petrow, Bubkas Trainer: „Sergej ist ein Siegertyp, er kann Weltrekord springen, wann immer er es will." In London scheiterte Bubka nur knapp an der Höhe von 5,92 m, doch sein Weltrekord-Vorgänger und Landsmann Wladimir Poljakow behauptet, Bubka habe daheim im Training bereits als erster Mensch die Sechs-Meter-Marke übersprungen.

Bubkas Überlegenheit innerhalb der Stabhochspringer-Zunft zeigt sich auch am Vorsprung, den er mittlerweile in der ewigen Weltrangliste aufweist. An zweiter Stelle befindet sich sein Landsmann Konstantin Wolkow – mit bereits fünf(!) Zentimetern Rückstand.

Mit ihrem ersten offiziellen Weltrekord (2000 m in 5:33,15 Minuten) verbesserte die in Südafrika geborene Zola Budd die fünf Jahre alte Bestmarke der rumänischen Cross-Weltmeisterin Maricica Puica um 35 Hundertstelsekunden. Zola Budd, deren Bestzeiten früher wegen der Nicht-Mitgliedschaft ihres Heimatlandes Südafrika im Leichtathletik-Weltverband (IAAF) nie offiziell anerkannt wurden, sagte nach dem Weltrekord: „Das war mein härtestes Rennen, seit ich in England bin. Ich konnte die Schatten der anderen Läuferinnen bis zuletzt neben mir sehen." Die Zweite, ihre englische Konkurrentin Christine Boxer, schob sich mit 5:33,85 Minuten auf den dritten Platz der ewigen Weltrangliste vor. Christine Boxer wird in Los Angeles im 3000-m-Lauf ebenso zu den härtesten Konkurrentinnen von Zola Budd gehören wie die amerikanische Doppel-Weltmeisterin Mary Decker, die deutsche Vize-Weltmeisterin Brigitte Kraus und die rumänische Ex-Weltrekordlerin Maricica Puica.

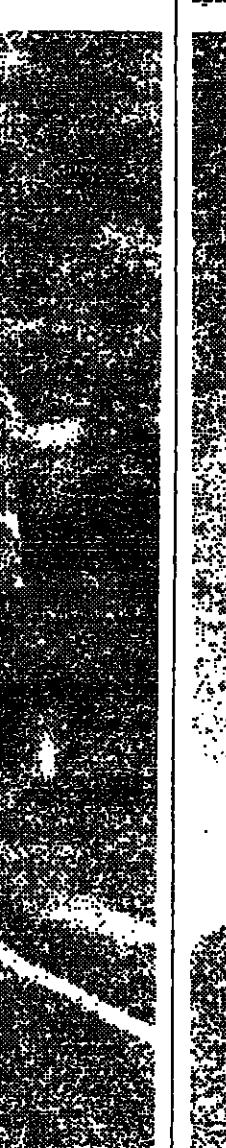
In ihrer Heimatstadt erzielte die Leipziger Weltmeisterin Martina Opitz mit 72,32 Meter eine neue Weltjahresbestleistung im Diskuswerfen. Sie übertraf die bisherige Höchstmarke der Ost-Berlinerin Gisela Beyer um 1,30 Meter. Die 23jährige Soziologie-Studentin blieb mit ihrem neuen „DDR"-Rekord nur 94 Zentimeter unter dem Weltrekord der Sowjetrussin Galina Sawinkowa.

Bei den Afrika-Spielen in Rabat (Marokko) gab es gute Ergebnisse auf der 400-m-Strecke. Es gewann Gabriel Tiacoh (Elfenbeinküste) in 45,52 Sekunden. Einen Vorgeschmack auf die Olympischen Spiele brachte auch die Entscheidung über 800 Meter, die der Kenianer Sammy Koskei in 1:45,17 Minuten vor Moussa Fall (Senegal) in 1:45.56 gewann. Im Dreisprung schaffte der Nigerianer Joseph Taiwo 17,19 m. In Rabat gab es aber auch zum ersten Mal in der Geschichte der Leichtathletik bei einer großen Meisterschaft ein 3000-m-Hindernisrennen für Frauen, das Mare Chepkemboi (Kenia) nach 9:19,05 Minuten als Siegerin beendete.

In Berkeley in der Nähe von San Francisco erzielte die 4 x 400-m-Staffel der USA in der Besetzung Willie Smith, Alonzo Barbers, Ray Armstread und Walter McCoy 3:00,11 Minuten. Zur Erklärung: Die Weltjahresbestzeit der „DDR"-Staffel steht bei 3:00,7 Minuten, und die Amerikaner liefen auf drei Positionen mit Ersatzleuten.

Die deutschen Leichtathletik-Veranstaltungen litten allesamt wieder unter Regenwetter. Carlo Thränhardt (Köln) und André Schneider-Laub (Wattenscheid) teilten sich mit jeweils 2,21 m den Sieg beim nationalen Hochspringer-Fest in Recke (Münsterland). Größere Höhen waren nach mehreren Regenfällen und seifenglattem Anlauf vor 1300 Zuschauern nicht möglich. Veranstalter Paul Frommeyer (Wattenscheid) wurde mit ebenfalls 2,21 m Dritter vor dem Frankfurter Olympia-Teilnehmer Gerd Nagel (2,18 m). Europameister Dietmar Mögenburg war wegen einer Rückenverletzung nicht am Start. Seine Teilnahme bei den Olympischen Spielen in Los Angeles ist derzeit ebenso fraglich wie die des 400-m-Europameisters Hartmut Weber, der sich im französischen Trainingslager Lacaneau eine schwere Muskelzerrung zugezogen hat.

Mit einer neuen deutschen Jahresbestleistung von 5,52 m gab Stabhochspringer Günther Lohre (Kornwestheim) bei einem Schauspringen in Lübeck seine Antwort auf die nichterfolgte Olympia-Nominierung. Bei diesem zum zweiten Mal durchgeführten Wettbewerb, der auf dem Lübecker Rathausmarkt stattfand, gewann der 31 Jahre alte deutsche Meister vor dem Amerikaner Charles Suey (5,20 m).



Barfuß in Weltbestzeit durchs Ziel: Zola Budd, in Südafrika geboren, bewies erneut, daß sie eine Olympiafavoritin ist. FOTO: AP

FUSSBALL / Die Trainer-Regelung für die deutsche Nationalmannschaft

Alle Macht dem Kaiser Franz, selbst Hermann Neuberger zieht den Hut

BERND WEBER, **Frankfurt**

Am Freitagabend stellte sich Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), nach der DFB-Vorstandssitzung der Presse und verlas eine Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Nach dem Rücktritt von Jupp Derwall wird ein neuer Bundestrainer nicht berufen. Die Betreuung der Nationalmannschaft erfolgt durch Teamchef Franz Beckenbauer und Trainer Horst Köppel, die koopierieren... Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Teamchef." Hermann Neuberger strahlte und war offensichtlich glücklich, daß er „seine" Personalkonzeption „nach kontroverser Diskussion zwar, aber mit qualifizierter Mehrheit" („Wir werden nicht bekanntgeben mit welcher") durchgepaukt hatte. Einmal in euphorischen Schwung geraten, fügte der DFB-Boß später hinzu: „Ich ziehe den Hut vor Franz Beckenbauer, weil der in einer so schwierigen Situation bereit war, die Verantwortung zu übernehmen. Denn wenn jetzt einer einen Namen zu verlieren hat, dann ist es der Franz."

Der Satz ist sicherlich richtig, weil sich der deutsche Rekordnationalspieler (103 Länderspiele) tatsächlich auf ein Spiel mit dem Feuer eingelassen hat. Die Gefahr, Schiffbruch zu erleiden, kann trotz der unbestrittenen Fachkompetenz von Beckenbauer zumindest nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Der Satz zeigt aber auch die Schlitzohrigkeit von Neuberger, der damit schon wieder den Versuch eingeleitet hat, sich im Falle eines Scheiterns von Beckenbauer ein Schlupfloch zu suchen. „Der Franz hat einen Namen zu verlieren". Er, Neuberger, etwa nicht...? Eigentlich verhält es sich genau andersherum: Neuberger an erster Stelle!

Die Interpretation des Präsidenten verdient auch deswegen äußerste Beachtung. „Ich ziehe den Hut vor Beckenbauer", hat er gesagt. Dazu eine Rückblende. Am 25. Juni empfing Neuberger in seinem Hotel in Paris fünf Journalisten. Damals war die Bereitschaft von Beckenbauer, Verantwortung zu übernehmen, gerade drei Tage alt. Damals hatte der Präsident sich mit dem Vorschlag offensichtlich überhaupt noch nicht anfreunden können, denn er erklärte damals: „Ich weiß nicht, warum Sie mir hier mit solcher Intensität den Franz unterjubeln wollen. Natürlich ist er ein qualifizierter Mann. Aber er soll doch erst einmal, darum habe ich ihn bereits mehrfach dringend gebeten, seinen Trainerschein machen. Und überhaupt: Ich habe gesicherte Informationen darüber, daß Beckenbauer sich doch nur halbherzig zur Verfügung gestellt hat. Daß die „Bild-Zeitung", für die er als Kolumnist tätig war, mehr als zwei Stunden gebraucht hat, um ihn dazu zu bringen...

Das ist eine Version, die von Beckenbauer in keiner Weise bestätigt wird. Ungereimtheiten in der Chronologie des Machtwechsels bei der Nationalmannschaft gibt es gleich mehrere. Ein Beispiel: In der Öffentlichkeit hat sich die Meinung festgesetzt, daß DFB-Trainer Erich Ribbeck, derzeit noch verantwortlich für die deutsche Olympia-Mannschaft, bei der Frage um die Derwall-Frage ziemlich übel ausgebootet wurde. „Nein", widerspricht aber Neuberger und argumentiert, er habe am 28. Juni ein klärendes Gespräch mit Ribbeck geführt. Das ist gänzlich ausgeschlossen: An dem Tag nämlich hat Ribbeck bereits frühmorgens das Haus verlassen und ist nach Amerika geflogen. Ribbeck selbst hat inzwischen mehrfach erklärt, daß er später zwar mehrere Gespräche mit Neuberger geführt habe, daß er von der Gesamtentwicklung zuerst aber nur von seiner Frau und von einigen Journalisten unterrichtet worden sei.

Ein weiterer Punkt: Am 7. Juli hat Ribbeck von Neuberger das Angebot erhalten, zusammen mit Beckenbauer die Verantwortung für die Nationalmannschaft zu übernehmen – er hat es schließlich abgelehnt. Frage: Was aber wäre geworden, wenn er die Offerte akzeptiert hätte? Wie düpiert hätte sich dann Horst Köppel fühlen müssen? Denn bereits am 30. Juni hatte Franz Beckenbauer in der ARD-Sportschau verkündet: „Es ist alles klar, ich mach's zusammen mit dem Horst." Auch in den Tagen danach ist kein Dementi von Neuberger gefolgt. Horst Köppel stand neben Beckenbauer vor der Kamera und strahlte.

Auch ohne Trainerschein, und obwohl sich dagegen viel Widerstand regt (Frankfurts Trainer Dietrich Weise: „Der DFB als oberste Fußballbehörde hat den Vorreiter gespielt wie man Regeln umgeht") wird Franz Beckenbauer zugetraut, daß er die Nationalmannschaft aus ihrem Tief herausführen wird. Die Einwände der Trainer läßt Neuberger nicht gelten: „Wir haben gegen keine Trainerordnung verstoßen, denn wir haben ein Tandem gebildet mit klarer Aufgabenverteilung. Was uns vorwärts bringt, soll man uns machen lassen. Irgendwie mußten wir aus den eingefahrenen Gleisen heraus."

Was den Präsidenten betrifft: Radio Luxemburg hat am Samstag eine Umfrage durchgeführt. In zweieinhalb Minuten registrierte der Sender 302 Anrufer, die meinten, Neuberger sei nicht mehr der richtige Mann an der Spitze des DFB. 139 setzten in der gleichen Zeit weiter auf ihn. Repräsentativ kann diese Umfrage nicht sein. Aber es zeigt dennoch einen Trend auf, der Neuberger nachdenklich stimmen sollte.

Händedruck unter dem mächtigen Firmenzeichen des größten Sport-Fachverbandes der Welt: Beckenbauer, Neuberger. FOTO: BAADER

Roth freigelassen

Karlsruhe (sid) – Drei Wochen nach seiner Verhaftung wurde der Karlsruher Fußball-Profi Dietmar Roth von den „DDR"-Behörden ohne nähere Angaben wieder freigelassen. Roth war in Weißenfels bei Halle in einen Autounfall mit Todesfolge verwickelt worden.

Abschied vom Tennis

Los Angeles (sid) – Billie Jean-King, mit 20 Titeln Rekordsiegerin von Wimbledon, beendete endgültig ihre Laufbahn. Die 40jährige Amerikanerin bestritt als letztes Match ein Doppel im Rahmen der in den USA üblichen Städtepunktekämpfe. Künftig will sie sich als Funktionärin betätigen.

Dritter im Stechen

Hickstead (dpa) – Olympiateilnehmer Peter Luther belegte beim internationalen Springturnier in Hickstead mit Livius den dritten Platz in einem schweren Springen, das nach zwei Umläufen unter fünf fehlerfreien Reitern im Stechen entschieden wurde. Es siegte die Engländerin Liz Edgar auf Everest Forever.

Fekete nach Augsburg

Augsburg (sid) – Die 280malige ungarische Nationalspielerin Gabriella Fekete (30) von Ujpest Dosza Budapest wird in der nächsten Saison für den Volleyball-Bundesligaklub TGV Augsburg spielen. Augsburg verpflichtete außerdem Regina Vossen vom deutschen Meister SV Lohhof.

„Berlin"-Start unsicher

Berlin (dpa) – Obwohl das Meldegeld in Höhe von 12 000 australischen Dollar bereits überwiesen wurde, ist die Teilnahme der deutschen Hochsee-Yacht „Berlin" am Wettbewerb um den America's Cup 1987 von Perth (Australien) wegen finanzieller Probleme noch ungewiß. Es fehlen noch rund 500 000 Mark.

Unter Polizeischutz

Heidelberg (dpa) – Unter verstärktem Polizeischutz wurden in Mauer bei Heidelberg die Endläufe um die Enduro-Europameisterschaft ausgetragen. Die „Grünen" hatten größere Störaktionen für diese Veranstaltung angekündigt, die jedoch ausblieben. Die beiden „DDR"-Fahrer Harald Sturm (bis 250 ccm) und Jens Scheffler (500 ccm) standen schon nach dem ersten Lauf als Europameister fest und wiederholten damit ihren Vorjahreserfolg.

Erster Triathlon-Meister

Immenstadt (dpa) – Klaus Klaeren (27) aus Gerolstein ist der erste offizielle deutsche Triathlon-Meister. In Immenstadt/Allgäu benötigte er für 2000 m Schwimmen, 115 km Radfahren und 29 km Laufen 5:56,14 Stunden.

Kröning vor Krapf

München (dpa) – Katrin Kröning (18) aus Hildesheim ist die neue deutsche Meisterin im Modernen Fünfkampf. Nachdem sie im Juni bereits Jugendmeisterin geworden war, verwies sie jetzt auch in der Frauenklasse Titelverteidigerin Sabine Krapf (19) auf den zweiten Platz und siegte mit 74 Punkten Vorsprung.

Anneliese Schwill vorne

Wuppertal (GAB) – Deutsche Meisterin der Golfseniorinnen wurde die Dortmunderin Anneliese Schwill in Wuppertal-Neviges mit 82 + 83 + 89 = 254 Schlägen zum zweiten Mal nach 1977, nachdem sie auch schon dreimal Zweite war (1979/82/83). Klar abgeschlagen folgten Edith Schmidt (Hamburg) 85 + 87 + 87 = 259 und Trude Moll (Dortmund) 85 + 89 + 90 = 274. Die Titelverteidigerin und sechsmalige Rekordmeisterin Inez Venten (Köln) endete nach einer Venenoperation mit enttäuschenden 85 + 91 + 104 = 280 Schlägen erst auf dem 12. Platz.

Nicht in Bestform

Trebur (sid) – Den Ausfall der Leverkusener Spielmacherin Britta Vattes, die aus Studiengründen auf eine Olympia-Teilnahme verzichtet, hat die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Frauen offensichtlich noch nicht verkraftet. In den letzten drei Testspielen gelangen ihr zwar klare Siege (26:21, 25:15 und 26:18) gegen den ungarischen Erstligaklub Debrecen, doch die Schwächen im Angriff waren unübersehbar.

Sieg für Stute Las Vegas

Krefeld (kgö) – Mit einer halben Länge Vorsprung gewann die 28:10-Favoritin Las Vegas mit Jockey Peter Alafi auf der Galopprennbahn in Krefeld das Ludwig-Goebels-Rennen (Europa-Gruppe III, 2400 m, 51 000 Mark, 30 000 Mark der Siegerin). Die Plätze belegten Romana, La Colorada und Königsblüte. Las Vegas gelang damit der dritte Sieg hintereinander.

Steve Cauthen siegte

Frankfurt (HS) – Nur Dank der Reitkunst von Starjockey Steve Cauthen siegte der vierjährige Hengst Hot Touch gestern mit einem Kopf-Vorsprung im Hessen-Pokal (70 000 Mark, 2000 m, Europa-Gruppe III). Als 14:10-Favorit gewann der in England von Geoffrey Wragg trainierte Hengst vor dem stark aufkommenden Solarstern und Gestüt Röttgens Derby-Vierten Der Wind.

TENNIS / USA gegen Australien im Halbfinale

McEnroe protestierte mit der Faust und Rufen: „America"

sid/dpa. **Düsseldorf**

Mit 28 Siegen sind die Amerikaner Rekordgewinner des Daviscups. Auf 25 Erfolge kam bislang Australien, das im Dezember 1983 mit 3:2 über Schweden den letzten Daviscup-Sieg feiern konnte. Eine von den beiden erfolgreichen Teams wird die Bilanz in diesem Jahr ganz bestimmt nicht mehr verbessern können. Vom 28. bis 30. September werden nämlich die Amerikaner und die Australier im amerikanischen Portland das Halbfinale bestreiten. Beide konnten sich vorzeitig qualifizieren, denn die Amerikaner führen nach dem Doppel in Atlanta (Georgia) ebenso uneinholbar mit 3:0 gegen Argentinien wie Australien in Brisbane gegen Italien.

16 229 Zuschauer bejubelten in Atlanta das 7:5, 4:6, 6:3, 6:1 der Wimbledonsieger Peter Fleming/John McEnroe über José-Luis Clerc und Martin Jaite. Vergaß der Wimbledonsieger John McEnroe beim Turnier in London einmal seine Temperamentsausbrüche, so erlebten die Zuschauer in Atlanta jetzt wieder den alten John McEnroe, der keinem Streit aus dem Wege geht. Im Kampf gegen die Linienrichter, die der Amerikaner überhaupt nicht mag, hat sich der 25 Jahre alte Linkshänder etwas Neues einfallen lassen. Bei zwei umstrittenen Entscheidungen streckte er plötzlich den Arm hoch und brüllte laut: „America". Im fünften Spiel des dritten Satzes folgte dann der Austausch von wenig freundlichen Worten mit José-Luis Clerc. Das riß aber nur den Schiedsrichter vom Stuhl, der seinen Platz verließ, um auf dem Spielfeld als Schlichter aufzutreten. Verbale Auseinandersetzungen dieser Art gehören schon fast wie selbstverständlich dazu, wenn sich McEnroe und Clerc, die sich beide nicht mögen, auf dem Platz gegenüberstehen.

Am Eröffnungstag hatte der Amerikaner den gleichaltrigen Clerc ohne große Mühe mit 6:4, 6:0, 6:2 besiegt. Der 31 Jahre alte Jimmy Connors, vor einer Woche noch Wimbledon-Finalist gegen McEnroe, hatte dagegen schon größere Probleme. Zweieinhalb Stunden benötigte Jimmy Connors, um Martin Jaite, der zum ersten Mal im Daviscup spielte, mit 6:3, 6:4, 10:8 zu besiegen.

Auf den „Milton Courts" in Brisbane machten die routinierten Spieler Mark Edmondson/Paul McNamee mit 3:6, 7:5, 6:4, 6:3 gegen die Italiener Gianni Ocleppo/Claudio Panatta vorzeitig alles klar. Wegen Regens war das Spiel um 24 Stunden verschoben worden. Der 23 Jahre alte John Fitzgerald hatte zum Auftakt Ocleppo mit 6:3, 6:1, 4:6, 6:1 bezwungen. Wimbledon-Halbfinalist Pat Cash sorgte mit einem 6:3, 3:6, 6:3, 6:4 über Claudio Panatta schon für die Vorentscheidung.

Im zweiten Halbfinlspile stehen sich Schweden und die Tschechoslowakei gegenüber. In den Begegnungen der Schweden gegen Paraguay und der CSSR gegen Frankreich mußten die letzten beiden Einzel entscheiden. In Königgrätz sorgte Ivan Lendl mit einem 11:9, 6:4, 6:2 über Guy Forget für den entscheidenden 3:1-Vorsprung. Frankreich stand gegen die CSSR kurz vor einer überraschenden 2:0-Führung, doch Doppel-Weltmeister Tomas Smid korrigierte mit seinem Kampfgeist den Ausrutscher des Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl. Nur 124 Minuten benötigte der 21 Jahre alte Franzose Henri Leconte, Nummer 28 der Weltrangliste, um den 24 Jahre alten Ostrauer Ivan Lendl mit 6:3, 8:6, 6:4 zu besiegen. Trotz eines 1:2-Satzrückstandes bezwang anschließend Tomas Smid den Franzosen Guy Forget mit 6:4, 2:6, 3:6, 6:1, 6:4. Schweden siegte schließlich klar mit 4:1.

TOUR / Erinnerungen an den Sommer 1956

Wie ein Wasserträger das Gelbe Trikot ins Ziel trug

sid, **Grenoble**

Tour-Neuling Vincent Barteau sonnt sich bei der 71. Tour de France in der Popularität des Gelben Trikots sonnen. Seit dem sensationellen Ausgang der fünften Etappe in der Pariser Vorstadt Cergy-Pontoise, wo die drei Ausreißer Paulo Ferreira, Vincent Barteau und Maurice Le Guilloux nach einer 160-km-Flucht 18 Minuten Vorsprung herausfuhren, hat Barteau seine Führung nun schon elf verteidigt. Doch Vorjahressieger Laurent Fignon rückt näher. Gestern gewann er ein Bergzeitfahren über 25 Kilometer und hat nun nur noch 0:29 Minuten Rückstand auf Barteau. Bernard Hinault fuhr die viertbeste Zeit und liegt in der Gesamtwertung mit 9:25 Minuten auf Platz drei.

Kommt es zu einem neuen „Fall Walkowiak"? Auch der Name Carlo Clerici ruft Erinnerungen wach. Wie war das damals, als in der Tour de France 1956 und zwei Jahre vorher im Giro d'Italia die beiden berühmtesten Radrennen der Welt Sensationssieger hatten, die nicht nur in Fachkreisen immer neuen Gesprächsstoff boten. Wiederholen sich 30 Jahre später Ereignisse, die man damals für unmöglich angesehen hatte? Es gibt 1984 in der Tat mehrere Experten, die durchaus ernst mit dem Gedanken liebäugeln, daß dieser Vincent Barteau auch noch am 22. Juli am Tour-Ende das Gelbe Trikot tragen wird.

Roger Walkowiak, das war im Sommer 1956 nicht nur in Frankreich der Name eines Mannes, von dem man von frühmorgens bis spät in die Nacht pausenlos redete. Roger Walkowiak hatte nach den drei glorreichen Siegen von Louison Bobet (1953–1955) und dessen kaum minder populären Vorgängern Gino Bartali, Hugo Koblet, Ferdi Kübler und Fausto Coppi sozusagen ein Sakrileg begangen: Kein gefeierter Star, sondern ein Domestike, ein Wasserträger, war Tour-de-France-Sieger geworden.

Zwar fehlten 1956 die Bobet, Coppi, Kübler, Koblet aus diversen Gründen, aber der Weltmeister Stan Ockers aus Belgien oder die Bergkönige Charlie Gaul (Luxemburg) und Federico Bahamontes (Spanien) wurden als hohe Favoriten gehandelt. Schon unterwegs am Atlantik hatte Walkowiak erstmals zugeschlagen und für drei Tage das Gelbe Trikot getragen. Aber niemand traute dem biederen 28jährigen noch mehr zu. Schließlich hatte der damals allmächtige Marcel Bidot, der Rennleiter der französischen Nationalmannschaft, vor dem Tour-Start energisch abgewinkt und Walkowiak in eines der vielen Regional-Teams verwiesen, in die Zweitklassigkeit also. Aber Walkowiak blieb hart. Am Ziel der 16. Etappe in Grenoble trug er wiederum Gelb, verteidigte es sogar in einem 74-km-Zeitfahren und behielt es bis Paris. Bahamontes wurde Vierter, Ockers Achter, Gaul landete nur auf Rang 13!

Zwei Jahre vorher hatte Carlo Clerici im Giro d'Italia ähnlich zugeschlagen. Clerici war erster Helfer von Hugo Koblet, sollte ihm im Duell gegen Fausto Coppi helfen, dessen sechsten Giro-Sieg zu verhindern. In der sechsten Etappe nach L'Aquilla passierte es: Clerici fuhr als Wachhund bei vier Italienern einen Ausreißversuch mit, gewann die Etappe mit 34:16 Minuten Vorsprung vor dem großen Feld mit Coppi und Koblet – und trug das Rosa Trikot des Spitzenreiters. Am Endziel in Mailand lag Clerici immer noch vorne, inzwischen unterstützt von Koblet, der Zweiter wurde, aber Coppi auf den fünften Platz verwies.

Roger Walkowiak und Carlo Clerici – beide haben ihre Sensationssiege nie mehr auch nur annähernd erreichen können.

FUSSBALL / Bundesliga auf dem Vormarsch

Siege, Prämien winken, aber Zuschauer bleiben aus

sid/dpa, **Bonn**

Drei der vier Bundesligaklubs besitzen die besten Chancen, jeweils 15 000 Schweizer Franken zu kassieren, die es für den Gruppensieg in der Intertoto-Runde gibt. Attraktiv ist dieser Wettbewerb aber offenbar weiterhin nicht, denn auch nach dem dritten Spieltag gilt: Sehen will diese Spiele kaum jemand. Diesmal waren nur 12 000 Zuschauer bereit, sich die Spiele der vier Bundesligaklubs anzuschauen.

Um den sportlichen Erfolg ist es nicht einmal zum schlechtesten bestellt. Nur Eintracht Braunschweig enttäuschte, dafür setzten Borussia Mönchengladbach, der 1. FC Nürnberg und Fortuna Düsseldorf ihren Vormarsch fort. Im vergangenen Jahr konnte Fortuna Düsseldorf in der Intertoto-Runde nicht ein Spiel gewinnen, jetzt aber sind die Düsseldorfer die einzigen, die noch keinen Punkt abgegeben haben. Nach dem 3:2 (0:1) vor 1500 Zuschauern im Flinger Broich über die dänische Spitzenmannschaft Brondby IF Kopenhagen lobte Trainer Willibert Kremer: „Eine hervorragende kämpferische Leistung meines Teams." Trotz der Ausfälle von Libero Gerd Zewe (Rippenprellung), Torwart Uwe Greiner (Fußverletzung) und Nationalspieler Rudi Bommer (Urlaub) konnten die Düsseldorfer einen 0:2-Rückstand durch Tore von Weikl, Edvaldsson und Bleß noch in einen Sieg umwandeln.

In Amberg kam der Bundesliga-Absteiger 1. FC Nürnberg zu seinem ersten Erfolg durch ein 2:1 über Gornik Hindenburg. Dank einer Leistungssteigerung in den zweiten 45 Minuten kam Nürnberg durch Tore von Nitsche und Krella zum Sieg. Immer besser in Schwung kommt auch Pokal-Finalist Borussia Mönchengladbach. Vor 4500 Zuschauern gelang den Gladbachern ein leichter 3:1-Erfolg beim Schweizer Erstligaklub FC St. Gallen. Die Treffer erzielten Criens (2) und Hochstätter.

Auf verlorenem Posten stand Eintracht Braunschweig beim 1:4 bei Standard Lüttich. Die Belgier revanchierten sich damit für das 1:3 vor zwei Wochen in Ehmen. Horst Hrubesch, in Ehmen noch verspottet, erzielte in Lüttich gleich zwei Treffer. Für Braunschweig traf Kindermann.

Mit einem Verlust von zwei Millionen Mark haben die Braunschweiger die Saison 1983/84 abgeschlossen. Der neue Präsident Günter Mast hatte den Klub im November 1983 mit Belastungen von 3,5 Millionen Mark übernommen. Wegen der hohen Schulden ordnete Mast weitere Sparmaßnahmen an. Der Etat für die Lizenzspieler wurde für die neue Saison um eine Million Mark zusammengestrichen. Trotz dieser angespannten Finanzlage wollen die Braunschweiger noch einen Stürmer verpflichten.

*

Die Vertragsverhandlungen zwischen Werder Bremen und Nationalspieler Rudi Völler sind ins Stocken geraten.

Manager Willi Lemke meinte: „Zweimal haben wir schon verhandelt, näher gekommen sind wir uns aber nicht." Nachdem Völlers Kontakte zum FC Barcelona abgerissen sind, wollen ihn die Bremer längerfristig binden. Völler ist aber nur bereit, mit Werder über eine Verlängerung des bis 1985 laufenden Vertrages um zwölf Monate zu verhandeln. Bei einer Vertragsverlängerung will Völler auch mehr verdienen als bisher, also über 500 000 Mark im Jahr. Lemke hat bereits Gönner gefunden, die einen Teil des Völler-Gehalts übernehmen wollen. Bremens Trainer Otto Rehhagel glaubt, daß Völler einen Vertrag bis 1987 unterschreiben wird.

MOTORRAD / Engländer Wretton gestorben

Martin Wimmer fordert scharfe Qualifikationen

KLAUS BLUME, Bonn

Sechs Tage nach seinem Sturz beim Training für den Großen Preis von Belgien in Spa starb der englische *Motorradrennfahrer Kevin Wretton* in einem Brüsseler Krankenhaus. Über das Risiko beim Motorrad-Rennsport sprach die WELT mit dem Münchner Martin Wimmer, dem Sprecher der Grand-Prix-Fahrer.

WELT: Kevin Wretton wollte sich in Spa für seinen ersten Grand Prix qualifizieren. Es sind oft unerfahrene, unbekannte Fahrer, die bei einem Grand Prix zu Tode kommen ...

Wimmer: Das zeigt doch, das von seiten des internationalen Verbandes FIM verschärfte Qualifikationen für solche Rennen verlangt werden müssen.

WELT: Wie ist es bisher?

Wimmer: Es gibt verschiedene Listen, nach denen Fahrer für ein Weltmeisterschaftsrennen zugelassen werden. Für diejenigen, die noch nie einen Grand Prix gefahren haben, gelten die nationalen Meisterschaften. Für die, die auch dabei nicht vorn waren, *gelten die Placierungen innerhalb* der nationalen Meisterschaftsrennen. Aber was sagt das zum Beispiel über die Eignung des Zweiten der irischen Meisterschaft aus?

WELT: Ein solcher Fahrer darf einfach starten?

Wimmer: Der beantragt bei seinem nationalen Verband eine Grand-Prix-Lizenz, die das regelt. Die nationalen Verbände sind doch stolz darauf, einen zusätzlichen Grand-Prix-Fahrer melden zu können. Das sollte unterbunden werden.

WELT: Denn das trifft wohl besonders die 500er-Klasse?

Wimmer: Eben, denn nur eine geringe Anzahl von Fahrern beherrscht diese schweren Motorräder wirklich. Alle anderen, die wesentlich langsamer als die 250er-Spezialisten sind, sind entschieden schlechtere Fahrer. So etwas muß nicht, aber es kann beim Rennen gefährlich werden, zum Beispiel wenn sich ein solcher Fahrer vor einem schnellen auf der Ideallinie aufhält.

WELT: Wie läßt sich das ändern?

Wimmer: Wer Grand-Prix-Fahrer werden will, sollte ein Jahr lang in der Europameisterschaft in die Schule gehen. Die fünf Erstplacierten jeder Kategorie bekämen dann ihre Lizenz. Die Europameisterschaftsläufe werden meistens auf Grand-Prix-Strekken gefahren, und außerdem lernt der angehende Weltmeisterschafts-Kandidat das internationale Geschäft kennen.

WELT: Nun sind aber auch die aufgefallen, die das Geschäft kennen ...

Wimmer: Es hat gegenseitige Rempler gegeben. Ich bin dafür, daß die Fahrer sich dann untereinander aussprechen. In Spa ist Herweh nach dem Rennen zu Sarron gegangen und *hat ihn gefragt, ob es irgendwelche* Beschwerden gäbe. Sarron hat gesagt: alles klar. Da merken die Fahrer, daß sie gewinnen können, ohne den Trick siebzehn anzuwenden.

WELT: Nun kann aber nicht nur auf vernünftige Einsicht gehofft werden.

Wimmer: Nehmen wir den Engländer Barry Sheene mit seinen vielen Stürzen: Nach seinem letzten Debakel in Silverstone, als er mit 200 Stundenkilometern um die Ecke kam und unvorhergesehen auf die herumliegenden Teile einer kleinen Maschine auffuhr, sagte er sich: Das war nicht meine Schuld. Nur wenn es so ist, kann man wieder aufs Motorrad steigen. Wenn man feststellt, man hat Schuld, dann ist es an der Zeit aufzuhören.

WELT: Aber vielleicht wird Schuld auch verdrängt, um weiterzumachen?

Wimmer: Wenn einer das nicht wahrhaben will, muß ihm das von seiten der Sportbehörde gesagt werden. Sehen Sie, seit dem letzten Jahr werden Statistiken angefertigt: Auf welchen Rennstrecken ereignen sich die meisten Stürze? In welchen Kurven? Welche Fahrer stürzen häufig? Mit solchem Material, das dann ausgewertet wird, kann man schon einiges belegen.

WELT: Wie arbeiten Sie als Fahrersprecher an der Sicherheit? Haben Sie als Fahrer denn genügend Zeit?

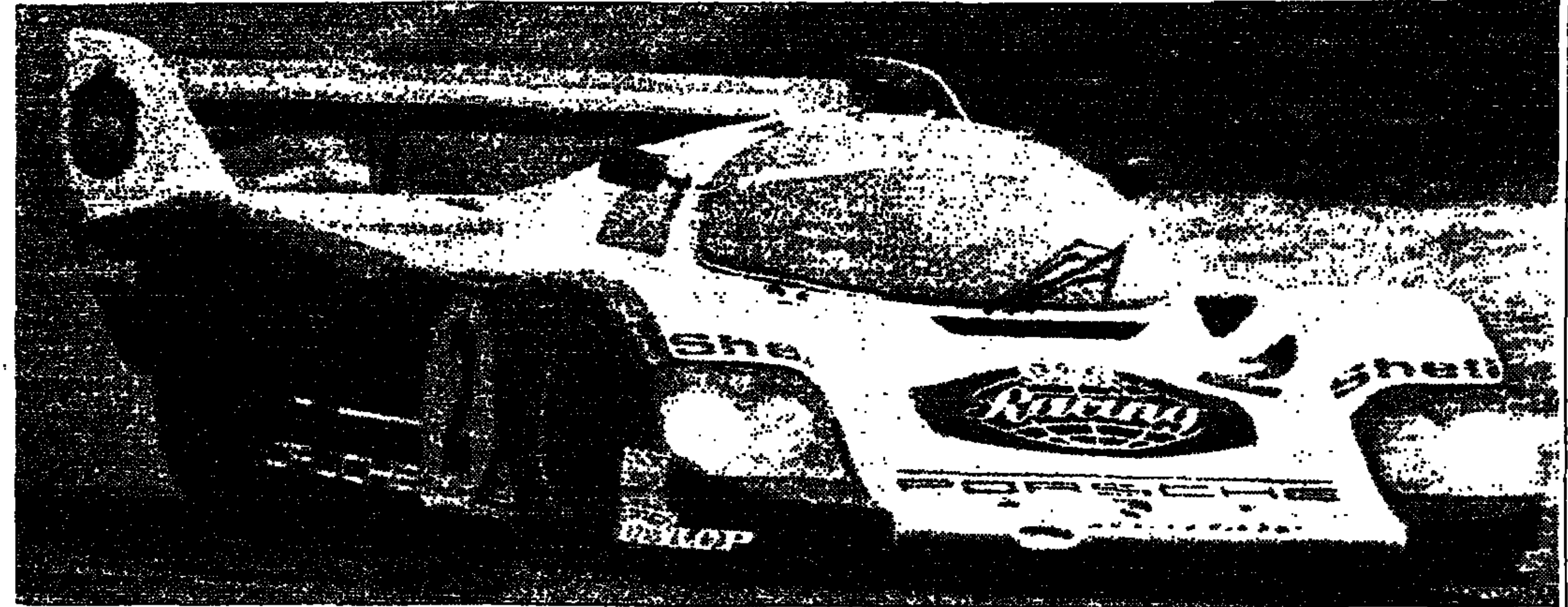
Wimmer: Wir haben dafür einen Eng*länder angestellt, der kein Fahrer ist.* Er bekommt einen gewissen Prozentsatz der 500er-Fahrer vom Preisgeld, und das ist eine ganz freiwillige Angelegenheit. Er sagt zum Beispiel den Streckenposten, wo die Strohballen hin müssen und wo nicht. Ich trete erst in Erscheinung, wenn es Probleme gibt oder wenn diese sich nicht lösen lassen.

WELT: Zum Beispiel auch, wenn ein verletzter Fahrer unbedingt fahren will?

Wimmer: Nein, denn das entscheidet der Arzt.

WELT: Der kanadische Autorennfahrer Gilles Villeneuve hat vor seinem Tod den Satz geprägt: „Ich stelle mein Leben zur Disposition" ...

Wimmer: Auch bei uns gibt es Leute, die sagen: Wenn es passiert, dann regt euch nicht auf, schließlich bin ich Rennfahrer. Für mich trifft das nicht zu. Denn ich kann einen großen Teil des Risikos kalkulieren. Was ich nicht kalkulieren kann: Was passiert, wenn zum Beispiel der Motor voll blokkiert? Dann kann es sehr, sehr schlimm werden.



Flach wie Flundern: Porsches überlegene Langstrecken-Rennwagen, hier das Auto, mit dem Stefan Bellof auf dem Ring fuhr. FOTO: DPA

MOTORSPORT / Bellof 1000-Kilometer-Sieger auf dem Nürburgring – Regeländerung beabsichtigt

Plastikflundern sollen weniger Benzin schlucken, nach dem Motto: „Und Porsche bekam doch recht"

H. P. BRÜNIG, Nürburgring

Der Gießener Stefan Bellof gewann mit dem Engländer Derek Bell im Werks-Porsche 956 das 1000-Kilometer-Rennen auf dem Nürburgring. Platz zwei in diesem vierten Lauf zur Endurance-Weltmeisterschaft belegten auf einem privaten Werks-Porsche der Belgier Thierry Boutsen und sein englischer Partner David Hobbs vor den Italienern Riccardo Patrese, Alessandro Nannini und Paolo Barilla auf Lancia. In der Weltmeisterschafts-Wertung für Fahrer hat Derek Bell mit 41 Punkten die Führung übernommen. Bei den Marken liegt Porsche mit 80 Zählern in Front.

Der Waiblinger Manfred Winkelhock kam zusammen mit dem Schweizer Marc Surer (Kremer-Porsche 956) auf Platz fünf, einen Rang hinter dem Münchner Formel-2-Spezialisten Christian Danner, der gemeinsam mit dem Engländer Palmer und dem Holländer Lammers (Porsche 956) fuhr.

Die sogenannten „Plastikflundern" von Porsche, *Lancia und Ford*, die gestern beim 1000-km-Rennen auf dem Nürburgring um Sieg und Punkte in der Langstrecken-Weltmeisterschaft kämpften, müssen wieder maßhalten. Schon 1985 soll der höchstzulässige Verbrauch der 1982 eingeführten und heute 700 PS starken Gruppe-C-Prototypen um 15 Prozent (bei einem 1000-km-Rennen von 600 auf 510 Liter) gesenkt werden. Diese Regeländerung soll am Mittwoch vom internationalen Verband FISA in Paris verkündet werden, nachdem die zuständige Fachkommission am Nürburgring tagte. FISA-Präsident Jean-Marie Balestre kündigte die Neuerung an, ohne Details zu nennen, doch sickerten Einzelheiten am Rande seiner Pressekonferenz durch.

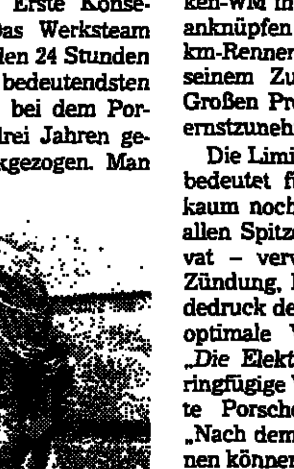
Das neue Verbrauchslimit könnte – vorbehaltlich der offiziellen Bekanntgabe – unter dem Motto stehen „und Porsche bekam doch Recht". Eigentlich sollte die bereits 1981 beschlossene Verbrauchs-Reduzierung bereits mit Beginn der Saison 1984 gültig werden. Doch noch am 12. März, vier Wochen vor dem ersten WM-Lauf, wurde der Entschluß umgestoßen. Weiterhin gelten 100 Liter pro etwa 160 Renn-Kilometer als Limit, 2600 Liter bei einem 24-Stunden-Rennen, die 15-Prozent-Reduzierung (2210 Liter bei 24 Stunden) wurde nicht nur aufgehoben, es wurde sogar eine weitere Lockerung für die folgenden Jahre ins Auge gefaßt.

Für die Zuffenhausener Firma, die sich nicht nur mit einem eigenen Team an den WM-Läufen beteiligt, sondern auch zahlreiche Kunden mit dem mittlerweile 750 000 Mark teuren Typ 956 versorgt hat, bedeutete das einen harten Schlag. Mehrere Millionen Mark, so Porsche-Sprecher Manfred Jantke, hatte man in die Weiterentwicklung für mehr Sparsamkeit der Wagen gesteckt. Erste Konsequenz der Firma: Das Werksteam wurde vom Start bei den 24 Stunden von Le Mans, dem bedeutendsten WM-Lauf des Jahres, bei dem Porsche in den letzten drei Jahren gewonnen hatte, zurückgezogen. Man vermutete die Le-Mans-Veranstalter als Drahtzieher der Regeländerung.

Balestre ließ sich zu der neuerlichen Modifikation keine Kommentare entlocken. „Sie ist durchführbar ohne große Investitionen, das neue Reglement soll Probleme vermeiden", sagte der Franzose und hielt *sich damit sehr allgemein. Er kämpft* für einen größeren Stellenwert der Endurance-WM, die bisher klar im Schatten der Formel 1 steht und noch nicht an die großen Zeiten der Marken-WM in den 50er und 60er Jahren anknüpfen kann, als auch das 1000-km-Rennen auf dem Nürburgring mit seinem Zuschauerandrang für den Großen Preis von Deutschland eine ernstzunehmende Konkurrenz war.

Die Limitierung des Spritkonsums bedeutet für die Rennwagen heute kaum noch ein Problem. Mit der in allen Spitzenteams – Werke wie privat – verwendeten Elektronik für Zündung, Einspritzung und den Ladedruck der Turbolader läßt sich der optimale Verbrauch leicht halten. „*Die Elektronik bietet nur eine* geringfügige Verstell-Möglichkeit", sagte Porsche-Rennleiter Peter Falk. „Nach dem ersten Tankstop im Rennen können wir den Verbrauch genau ausrechnen und unseren Fahrern genau die Rundenzeiten vorgeben, mit denen sie ins Ziel kommen", erklärte er. Natürlich erfordert das bei den Aktiven eine gewisse Selbstdisziplin, um das Haushalten statt Draufhalten über 1000 km (fünf Tankstops) oder gar 24 Stunden (25 Tankstops) durchzuhalten. Eventuell muß der Regisseur an der Boxe seinen allzu draufgängerischen Fahrern einmal „den Hammer zeigen" (Falk), um sie an das festgelegte Marschtempo zu erinnern.

Nicht ganz zufrieden: Formel-1-Fahrer Winkelhock. FOTO: AP



Strahlender Sieger: Formel-1-Fahrer Stefan Bellof. FOTO: DPA

HOCKEY

Michael Peter glaubt an eine Olympia-Medaille

dpa, Köln

„Mein letztes Länderspiel in der deutschen Nationalmannschaft werde ich in Los Angeles im Kampf um eine *Medaille* bestreiten", so optimistisch gibt sich Michael Peter, 35 Jahre alter Libero des deutschen Hokkey-Teams, kurz vor dem Olympia-Turnier. Zwölf Jahre nach dem Olympiasieg von München will die Mannschaft von Bundestrainer Klaus Kleiter im Kampf um die Medaillen wieder eine wichtige Rolle spielen.

Und die Ergebnisse ihrer Olympia-Vorbereitung beweisen, daß es sich bei dem Wunsch nicht um Zweck-Optimismus handelt. In Velbert wurde am Samstag Europameister Holland mit 3:1 bezwungen und eine Woche zuvor war auch die Sowjetunion, Zweiter der Europameisterschaft, in zwei Spielen unterlegen. Die europäischen Spitzenteams mußten sich in den letzten Wochen dem ehrgeizigen deutschen Team beugen.

Grund genug für Bundestrainer Klaus Kleiter, eine positive Zwischenbilanz zu ziehen: „Sowohl mit dem physischen als auch mit dem psychischen Zustand der Mannschaft bin ich sehr zufrieden." Immerhin hat sein Team seit sieben Spielen keinen Punkt mehr abgegeben.

Überzeugen konnten sie trotzdem nicht alle Beobachter. So stellte Allan Barry, der Teammanager der australischen Olympiafavoriten, sichtlich erleichtert noch deutliche Schwächen im deutschen Angriff fest. Allein die Ausbeute der Strafecken schreckte ihn, denn in Carsten Fischer aus Mülheim/Ruhr hat die deutsche Mannschaft einen treffsicheren Spezialisten. Mit zwei Strafecken-Toren hatte Fischer bereits den 2:1-Sieg über die UdSSR gesichert und auch gegen Holland wurden am Wochenende zwei von drei Strafecken verwandelt.

Tore aus dieser Situation reichen der deutschen Mannschaft oft zum Sieg. Schwächen im Angriff kann sie sich leisten, weil sie über eine hervorragende Abwehr verfügt. Kapitän und Libero Michael Peter aus Heidelberg trumpft zum Ende seiner Karriere so blendend auf wie in seinen besten Tagen. Dynamisch, konzentriert und diszipliniert organisiert er die Verteidigung, in der Vorstopper Slawyk und Linksverteidiger Hänel neben ihrer Deckungsarbeit auch noch Offensiv-Aufgaben wahrnehmen.

Ebenso zuverlässig wie Libero Peter sind die beiden Torhüter. Christian Bassemir (Heidelberg) gab allerdings am Samstag kurzzeitig Anlaß zur Sorge: Er hatte einen Ball mit der Brust abgewehrt und anschließend Blut gespuckt. Der Verdacht auf eine ernsthafte innere Verletzung bestätigte sich jedoch nicht, so daß er, wie geplant, in Los Angeles dabei sein wird.

Während die Männer am kommenden Wochenende noch zwei Länderspiele gegen Polen absolvieren, in denen das Augenmerk auf taktisches Verhalten gelegt werden soll, haben die Frauen ihre Olympia-Vorbereitung abgeschlossen. In zwei Spielen gegen den Weltmeisterschafts-Dritten Australien erreichten sie je einen Sieg und ein Unentschieden. Neben Torhüterin Susi Schmid (Leverkusen), die als die Beste der Welt gilt, bewiesen erneut die Berliner Spielgestalterin Christina Moser und die Hanauer Stürmerin Martina Koch ihre herausragende Stellung in der deutschen Mannschaft.

Christina Moser schoß das Tor zum 1:0-Sieg nach einer Strafecke, und Martina Koch erzielte alle drei Treffer beim 3:3-Unentschieden. Versöhnliche Ergebnisse also am Ende der mit Skepsis und Hoffnung durchsetzten Olympia-Vorbereitung.

Galopp: Petra Faulstichs Dennis wollte nicht starten, Wetter erhielten Einsätze zurück

K. GÖNTZSCHE, Bad Harzburg

Für einen Ritt war Deutschlands bester weiblicher Jockey, Petra Faulstich (26), 600 Kilometer mit dem Auto von Dortmund nach Bad Harzburg gefahren. Sie sollte den Mitfavoriten Dennis im fünften Rennen am Eröffnungstag des Bad Harzburger Rennfestes auf der Bündheimer Naturbahn reiten. Weil es dort, als letzter deutscher Großbahn, noch keine Startmaschine gibt, werden die Rennen aus Bändern gestartet.

Das war früher üblich – heute ist es ein Problem für Pferde, Reiter und auch den Starter. In diesem Falle wollte Dennis nicht. Petra Faulstich „Ich war mit ihm fast an der Zonengrenze." So mußte der Rennverein den Wettern 12 000 Mark an Einsätzen zurückzahlen, trotzdem erreichte man bei ungünstiger Witterung noch einen Wettumsatz von 257 620 Mark.

Umsatzhemmend wirkte sich vor allem aus, daß in Bad Harzburg der Totobetrieb noch manuell abgewikkelt wird. Nicht nur viele Besucher sind inzwischen an den Elektronentoto gewohnt, auch das Totopersonal ist nicht mehr geübt, die Quoten in der erforderlichen Schnelligkeit auszurechnen. Die Zahlen für Zweier- und Dreierwette kamen nicht selten erst, wenn das folgende Rennen schon gelaufen war. Rennvereinspräsident Prof. Werner Glahe: „Im nächsten Jahr haben auch wir den Elektronentoto."

Prominentester Jockey am Eröffnungstag war Ex-Champion Manfred Hofer. Aber mehr als ein dritter Platz sprang nicht heraus.

Am Start war auch Jockey José Orihuel. Der hat an den Harzburger Naturkurs besondere Erinnerungen: 1975 wurde er als Jockey des frischgebackenen Derby-Siegers Königssee in Bad Harzburg stürmisch begrüßt. Gleich im ersten Rennen ritt er den 28:10-Favoriten Ladario aus dem Gestüt Fährhof. An der Spitze liegend schlug er eine falsche Bahn ein. Das passierte dem derzeit amtierenden deutschen Jockey-Champion Lutz Mäder nicht. Noch nicht etabliert, ritt er am 18. Juli 1976 in einem Hürdenrennen den 24:10-Favoriten Sarab – und gewann. Unter den Zuschauern war am Samstag auch Uwe Kampermann (24). Am 27. Juli 1980 ist er auf der Harzburger Zielgeraden mit der Stute Pelargonie gestürzt. Querschnittgelähmt ist er seitdem auf den Rollstuhl angewiesen. Allerdings ist er nach erfolgreicher Therapie inzwischen so weit, daß er ohne fremde Hilfe Treppensteigen kann, auch ein Tanz in der örtlichen Disko bereitete keine Probleme.

Unmittelbar neben der Rennbahn liegt das traditionsreiche Vollblutgestüt Harzburg. Gestütsleiter Gustav Klotz (49) war am Eröffnungstag einer der Glücklichsten: Schon im zweiten Rennen gewann in den Gestütsfarben die Stute Tinti ein Rennen. Da man vom Harzburger Rennstall nicht gerade verwöhnt ist, freuen Klotz Erfolge auf der Heimatbahn besonders.

Das Gestüt gehört der Norddeutschen Landesbank. Obwohl völlig branchenfremd, erhält man es. Wenn Klotz keine roten Zahlen meldet, ist Bankchef Dr. Hans-Armin Curdt zufrieden. Zu Klotz Kummer ist man aber gegenüber notwendigen Investitionen größeren Ausmaßes äußerst skeptisch eingestellt.

Klotz ist Sachse. Beim Direktorium in Köln wollte er einmal ein Fohlen auf den Namen „Sing mein Sachse sing" taufen lassen. Aber der Name war zu lang. 18 Anschläge sind die äußerste Grenze.

Ausgerechnet im letzten Rennen mußte man sich am Samstag noch mit einem Protest beschäftigen. Paul Bocskai, der Reiter der zweitplazierten Stute Trouville, hatte angeblich entdeckt, daß die Siegerin Mihara einen Sprung ausgelassen hatte. Deren Reiter Simon Stokes bestritt energisch, auf dem Rennfilm konnte Bocskais Aussage nicht bestätigt werden, aber die Bilder waren keineswegs überzeugend deutlich.

Auf Hufspurensuche am Geläuf begaben sich *die Rennleiter nicht.* Rennleitungssprecher Romedio Graf von Thun-Hohenstein diktierte selbstsicher das Protokoll: „Nach intensiver Klärung des Falles..."

LOS ANGELES / Olympische Dörfer eröffnet – Sorgen der Läufer um den Smog

● Gestern wurden in Los Angeles auf dem Gelände zweier Universitäten die olympischen Dörfer eröffnet. 13 Tage vor der Eröffnungsfeier der Sommerspiele am 28. Juli wohnen bereits rund 1000 Athleten aus 30 Nationen in ihnen. Und auch das Interesse in der Stadt wächst. 16 000 Menschen versammelten sich in der Innenstadt zu einer Aktion „The Big Picture". Sie wurden lediglich fotografiert. Das Bild soll an irgendeiner Stelle der Stadt aufgehängt werden und an Olympia erinnern. Eine wohl typisch amerikanische Aktion . . .



● Obervolta wird nicht an den Olympischen Spielen teilnehmen. Es ist das 18. Land, das Los Angeles boykottiert. Der westafrikanische Staat erklärte seinen Verzicht wegen der Gastspielreise einer englischen Rugby-Mannschaft durch Südafrika. Obervoltas Präsident Thomas Sankara schrieb an die Organisation für Afrikanische Einheit, sein Land weigere sich, „Seite an Seite mit jenen zu starten, die dem Rassismus Glaubwürdigkeit verleihen". Obervolta wollte zwei Boxer und einen Läufer nach Los Angeles entsenden.

● Hotelbetriebe und private Vermieter in Los Angeles hoffen weiterhin auf das große Geschäft in letzter Minute. Noch sind über 7000 Räume während der Zeit der Sommerspiele frei. Von einem Preisnachlaß wurde bisher aber noch nichts gesagt. Die Vermieter haben aber in einem Punkt nachgegeben: Kein Gast braucht mehr mindestens eine Woche zu buchen. Es gibt jetzt auch Zimmer für nur eine Nacht. Die meisten Reisebüros haben die Hoffnungen auf einen Touristen-Boom aufgegeben. Etwa 600 000 Besucher werden erwartet.

Karikaturen von Läufern mit Gasmasken

sid, **Los Angeles**

Der Zeitpunkt für den Start des Marathonlaufs der Männer bei den Olympischen Spielen wird immer mehr zum Streitpunkt zwischen Sportlern und dem Organisationskomitee (LAOOC). Wegen der hohen Schadstoffbelastung der Luft in Los Angeles hatten Mediziner als erste für eine Verlegung des Laufs aus den Nachmittagsstunden des Schlußtages plädiert. Mittlerweile kritisieren aber auch namhafte Läufer und Zeitungen die Austragung des Rennens während der größten Hitze und der höchsten Smogwerte.

„Eine halbe Stunde in Los Angeles zu laufen ist wie drei Packungen Zigaretten zu rauchen. Ein Marathon kommt zwölf Packungen gleich", sagt der neuseeländische Weltklasseläufer Rod Dixon. Der Sieger bei dem Ausscheidungslauf der USA, Pete Pfitzinger, berichtet: „Ich habe 1980 in Los Angeles einen 10 000-Meter-Lauf absolviert und konnte danach eine Woche nicht mehr richtig atmen." Und die Zeitungen zeigen auf ihren Titelseiten Karikaturen von Läufern mit Gasmasken. Das Wort von den „Smogolympics" geht um.

Trotz der Proteste ist nach Ansicht von LAOOC-Präsident Peter Überroth nicht an eine Verschiebung des Marathons zu denken. Der Lauf über 42,195 Kilometer soll den glänzenden Schlußpunkt unter die XXIII. Sommerspiele setzen und der Sieger während der Schlußfeier am 12. August vor 92 000 Zuschauern im Stadion eintreffen. Deshalb erfolgt der Start um 16 Uhr, wenn der Smog am gefährlichsten werden kann.

Die Organisatoren sind vor allem durch die seit zwei Wochen anhaltende Hitzewelle (Temperaturen bis 36 Grad) unter Druck geraten. An 19 der letzten 20 Tage wurden Smog-Werte der ersten und zweiten Stufe (ungesund) ermittelt. Und zur Zeit der Spiele – Anfang August – sind diese Ergebnisse meist noch schlechter.

Von allen Seiten kommt der Ratschlag, den Lauf der Männer wie den der Frauen schon um acht am Morgen zu starten. Dann haben die rund sechs Millionen Autos und die etwa 40 000 Industriebetriebe um Los Angeles ihren Dreck noch nicht in die Luft geblasen. Aber es gilt als offenes Geheimnis, daß die Fernsehanstalt ABC auf keinen Fall eine Verlegung akzeptieren würde. Die Gesellschaft rechnet zu der besten Werbezeit mit 80 Millionen Zuschauern.

Designer bauen in den Universitäten ein „Disney-Land für die Athleten"

sid/dpa, **Los Angeles**

Das olympische Leben in Los Angeles hat am Wochenende mit der Eröffnung der beiden olympischen Dörfer und des Pressezentrums begonnen. Rund tausend Teilnehmer aus 30 Ländern haben in ihren Unterkünften bereits Quartier bezogen. Unter den ersten Ankömmlingen befand sich auch eine deutsche Vorhut von drei Betreuern mit Lutz Endlich, Direktor im Bundesausschuß Leistungssport, an der Spitze.

Morgens um neun Uhr durchschnitt Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees der Olympischen Spiele (LAOOC), auf dem Gelände der University of California Los Angeles (UCLA) im Nordwesten der Stadt das Band am Haupteingang. Zur gleichen Zeit begrüßte Monique Berlioux, Direktorin des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), auf dem Campus der University of California (UCS) im zweiten Olympia-Dorf die ersten Sportler. Hier wird auch die deutsche Mannschaft untergebracht. Im achtstöckigen Brinkrant-Turm sind die obersten Stockwerke für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik reserviert.

Zur der Eröffnung des USC-Dorfes war auch Corneliu Ion erschienen, der 1980 in Moskau mit der Schnellfeuerpistole Gold gewonnen hatte. Als Sportler vertritt der Rumäne in Los Angeles das einzige Land aus dem Ostblock, das sich nicht dem Boykott der UdSSR angeschlossen hat. Das Organisationskomitee hatte den Olympiasieger als Ehrengast zu der Eröffnung eingeladen. Auf die Frage, ob rumänische Sportler die Spiele zur Flucht nutzen werden, antwortete Ion: „Nein. Es ist ja für fast alle nicht das erste Mal, daß sie im Ausland sind."

Um das Gelände der beiden Universitäten kreisen ständig Einsatzwagen der Polizei. In letzter Minute wurden noch Betonblöcke als Zusatzsperren vor die Doppelzäune gelegt. Dennoch wirken die Anlagen nicht sehr stark bewacht, da sich die Sicherheitskräfte zum Großteil in Gebäuden auf Abruf bereithalten. Die bunt dekorierten Schulbusse, mit denen die Teilnehmer vom Flughafen in ihre Quartiere gebracht worden waren, wurden von Polizeifahrzeugen begleitet.

Trotz der perfekt erscheinenden Organisation gab es bereits die erste Panne. Durch einen Computerfehler hatte sich das Tor des USC-Dorfes nicht öffnen lassen, durch das die Busse mit den Athleten hineinfahren sollten. Die ersten Sportler mußten deshalb durch den Presse-Eingang ins Dorf geschleust werden.

Die Kommentare zu den Unterkünften waren widersprüchlich und spärlich. Phil Brubaker, Bürgermeister im USC-Dorf, verriet den Grund: „Die meisten sind nach der langen Anreise müde und wollen sich erst einmal richtig ausschlafen." Während sich Hindernisläufer Julius Korir aus Kenia über die engen Vier-Mann-Appoartments beklagte, lobte Corneliu Ion die schönen Zwei-Bett-Zimmer für das rumänische Team.

Zur Verschönerung der Quartiere hat das Organisationskomitee einige Designer in die Universitäten geschickt. Nach amerikanischer Manier wurden die Dörfer optisch aufgebessert, einmal als „Straßenszene", das andere Mal als „Landleben". Designer Jon Jerde sagte dazu: „Disneyland für die Athleten."

Alles konnten die Organisatoren damit allerdings nicht verdecken. In den Studentenunterkünften der UCLA sind kaum Klimaanlagen vorhanden. Doch es gibt Ventilatoren, und draußen in Westwood, in der Nachbarschaft von Hollywood, ist es sowieso nicht so heiß und drückend, wie auf dem USC-Campus in der Stadt unmittelbar neben dem Olympiastadion.

Durch eine Übereinkunft mit der Großindustrie will das LAOOC den Smog während der Spiele wesentlich verringern. Die Organisatoren haben an rund 3500 Betriebe einen Brief verschickt mit der Bitte, die Produktion während der Spiele so umzustellen, daß 20 Prozent weniger Schadstoffe in die Atmosphäre gelangten. In dieser Woche sollen dem Brief bereits die ersten Taten folgen. Peter Ueberroth erklärte dazu: „Wegen Smog wird kein einziger Wettbewerb verlegt werden."

Mit den ersten Sportlern kamen auch bereits 500 Journalisten nach Los Angeles zur Eröffnung des Pressezentrums. Bei den Reportern ist der Ostblock wesentlich stärker vertreten als bei den Sportlern. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS ist ebenso dabei wie der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN) aus der „DDR". Allerdings ist auch hier die Anzahl der Anmeldungen für Reporter aus den Boykott-Ländern nach Angaben des IOC um 50 Prozent zurückgegangen. Pressechef Perlman spricht sogar von einem Rückgang von 70 Prozent. Im Pressezentrum gibt es dadurch ein Wettrennen der Agenturen um die nun leerstehenden Räume sowie um nicht benötigte Tische, Stühle und Schränke.

Tom Bradley, Bürgermeister von Los Angeles, erschien zur Eröffnung des Olympischen Dorfes in der UCLA-Universität. Der erste Athlet, dem er die Hand zur Begrüßung reichen konnte, war der chinesische Dreispringer Zou Zhenxian, der der erste Vertreter Chinas in der Asien-Mannschaft war, die 1979 in Montreal am Weltcup teilnahm. Erwartet werden 7 800 Athleten aus 140 Nationen. FOTO:AP

Johann Nestroy und Karl Kraus kongenial verwandt: Helmut Qualtinger

Herr Karl schreibt Satiren in Moll

Er rief als Schauspielerin Annie Rosar den Fernsehdirektor Gerhard Freund an und unterhielt sich lange mit ihm. Er rief mich einmal als Werner Krauß an, und nur der Tatsache, daß er mich duzte, was Werner Krauß nicht tat, entnahm ich den Verdacht, dies sei Helmut Qualtinger.

Andererseits rief einmal ein amerikanischer Filmproduzent zu später Stunde den Schauspieler Peter Preses an und bestellte ihn für den nächsten Tag, frühmorgens, ins Atelier. Preses war klug und sagte: „Ich habe morgen leider keine Zeit, ich empfehle Ihnen meinen Kollegen Qualtinger." Aber es war wirklich ein amerikanischer Produzent, und Qualtinger spielte die Rolle. Jahrelang machten diese und viele andere Geschichten (Angelsachsen nennen sie „practical jokes") die Runde.

Geschichten aus dem Wienerwald – ARD, 23.00 Uhr

Qualtinger war gewiß ein enfant terrible, aber er war zugleich eine große Figur. Er sang Chansons auf Schallplatten, die in die Juke Box kamen, er agierte jahrelang als Kabarettist, live, im Fernsehen und auf Schallplatten. Er las große Partien aus den „Letzten Tagen der Menschheit" vor, Karl Kraus kongenial verwandt im akustischen Charakterisieren der Agierenden. Ich war einmal bei einer seiner Vorlesungen in Berlin; da lachte das Publikum intensiv, als er eine S. P.-Versammlung anno Erster Weltkrieg akustisch aufleben ließ. Er hatte einen SPD-Politiker der Berliner Gegenwart porträtiert, ohne es zu wissen.

Er spielte im Josefstädter Theater und im Volkstheater (auch einmal bei den Salzburger Festspielen) Horváth, den Prinzen von Wales in „Kean", den Heinrich VIII. in „Königin für tausend Tage" von Anderson. Und immer wieder Nestroy. Die Affinitäten seiner Persönlichkeit, einer anima naturaliter vindobonensis, sind bei Johann Nestroy, bei Karl Kraus und bei Ödön von Horváth zu finden.

Doch seltsamerweise war er lange Zeit kaum schriftstellerisch aktiv. Seine Lieder, die Qualtinger-Lieder, stammten von Gerhard Bronner („Der Wilde auf seiner Maschin", „Der geschupfte Ferdl", „Der Papa wird's schon richten", „. . . weil mir so fad is"). Sie waren unmittelbare Vorläufer der „Dialektwelle", die mit H. C. Artmanns Lyrik einsetzte und sich weit über Österreich hinaus verbreitete. Und irgendeinmal ergab sich durch eine gesegnete Verkettung von Zufälligkeiten das bedeutendste dramatische Werk Österreichs seit 1945, der Monolog „Der Herr Karl", auf kleinen Bühnen, dann im Fernsehen dargeboten, dann auf Tourneen durch die Bundesrepublik und die Schweiz, als Schallplatte ein Bestseller. wütend bekämpft von Zeitgenossen und weithin bewundert – längst ein Klassiker.

Und dann kam das Aussteigen aus dem „Betrieb". Er wollte nicht sein Leben lang viele Monate pro Jahr auf der Kabarettbühne stehen (wie Friedrich Gulda nicht mehr Star des Musik-Betriebs sein wollte). Er löste sich, wie auch Georg Kreisler, vom Kabarett, er wurde Freischaffender.

Er ist weiterhin aktiv, er ist höchst vorhanden, er spielte in der abgelaufenen Spielzeit den Ochs von Lerchenau in einer Prosafassung des „Rosenkavalier" im Theater in der Josefstadt, er spielte in einer Fernsehfassung „Das falsche Gewicht" von Josef Roth, er liest immer wieder eigene Schriften vor. Aber vor allem schreibt er, auch darin Karl Kraus ähnlich, seine Texte stark im Hinblick darauf, von ihm vorgelesen zu werden, kleine Skizzen und Dialoge, mit melancholisch nihilistisch-fatalischer Grundhaltung, Satire in Moll.

Oft sieht man ihn auf den Straßen und in den Kneipen Wiens – man freut sich, ihn zu sehen, fast schon ein Wahrzeichen, aber nicht von gestern, sondern gleichsam von immer, den Inbegriff von vier Jahrzehnten, die er wesentlich mitgestaltet, indem er sie kritisch abgewertet hat. Längst gibt es neue Kabarettisten, und einige sind großartig, längst gibt es neue Satiriker, längst gibt es neue Liedermacher, und einige sind großartig. Aber Qualtinger ist immer noch der größte, obwohl er seine Lieder nicht selbst gemacht hat. HANS WEIGEL



Jane Tilden und Helmut Qualtinger in M. Schells Film „Geschichten aus dem Wienerwald" – Um 23.00 Uhr in der ARD FOTO: TELEBUNK

KRITIK

Schokolade im Hungerzimmer

Wenn eine Komödie ungebeten als spritzig angekündigt wird, so darf man vermuten, sie ist nicht gut. Das ist auch so eine Art Lebenshilfe für den ratlosen Programmleser. Derselbe ist dankbar für jeden Hinweis über dieselbe: **Ein Joghurt für zwei** (ARD).

Da hat doch einer den unglaublich knalligen Einfall, einen Mann im Abmagerungssanatorium hungern zu lassen, mit der Schwester flirten und heimlich Schokolade futtern. Dazu fiel ihm noch ein, dem Macher, es könnte ein entflohener Bankräuber sich in das Hungerzimmer des Patienten flüchten, so daß der Joghurt nun für zwei reichen muß. Man sieht, es purzelt nur so von Einfällen. Aber erst die Dialoge! Da sind Muster an archäologischer Schürfarbeit aneinandergereiht, garniert mit den Zweideutigkeiten von den Stammtischen vergangener Vertreterseligkeit. Nun gut: Das Stück ist in einem Hamburger Peripherietheater aufgeführt worden. Aber wer, zum Teufel, hat das ins Fernsehen geholt? Hat man sich von dem Namen des Protagonisten, des ehrwürdigen Gunther Philipp, verlocken lassen? Oh, Herr Philipp, was hat man Ihnen angetan, selbst Sie kamen aus dem Mahlsand der Klamotte nicht heraus!

REGINA ROSTOW

Ministersnak mit Sternseher

Man nehme eine Hellseherin, einen katholischen Theologen, einen astrologischen Unternehmensberater, den Horoskopverfasser für Deutschlands größten Schnittmuster- und Illustriertenverlag, sodann lade man einen Wissenschaftler ein, garniere diesen Heringssalat mit einem kleinwüchsigen, wenn auch sehr quicken Bundesminister – und die Talkshow ist fertig: **Moment mal / Die ARD-Redezeit / Heute aus Baden-Baden (ARD).** Das Spiel sollte seinen Witz aus der Besetzung schlagen, die Besetzung hingegen war auf Freitag, den Dreizehnten abgestellt, ein Geistesblitz, mit dem sich die Moderatoren (Martin Schulze und Hans Gresmann) herumzuschlagen hatten.

Was geschah? Man sprach vom Aberglauben, man sprach von Astrologie, man sprach von Wissenschaft, aber selbst die besten Ansätze eines Gesprächs verkamen zu einem mehr oder minder gebremsten Austausch von Glaubensbekenntnissen. Da half kein gescheiter Ministersnak, da half auch keine Erkenntnis der Wissenschaft. Ich bin überzeugt, daß . . ., sagte der eine Sternseher, und ich, konterte der andere Mitsprecher, glaube nicht daran, kurz: Die Moderatoren saßen zwischen dem Baum der Erkenntnis und der Borke der Verquastheit. Der Rezensent ging lange vor Schluß schlafen.

VALENTIN POLCUCH

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

FUSSBALL

Intertoto-Runde, dritter Spieltag: Gruppe 1: St. Gallen - Mönchengladbach 1:3, Bohemians Prag – Lyngby Kopenhagen 5:1. – Gruppe 2: Wismut Aue – Aarhus 1:2, Lilleström – Banik Ostrau 2:0. – Gruppe 3: Kerkrade – FC Lüttich 1:6, Düsseldorf – Bröndby Kopenhagen 3:2. – Gruppe 4: Standard Lüttich – Braunschweig 4:1, Eagles Deventer – Odense 1:1. – Gruppe 5: Stockholm – Magdeburg 2:0, Nürnberg – Hindenburg 2:1. – Gruppe 6: Graz – Malmö 2:2, Luzern – Karl-Marx-Stadt 2:2. – Gruppe 7: Göteborg – Videoton 1:3, Linz – Vitkovice 0:1. – Gruppe 8: Wettingen – Maccabi Nathanya 0:3, Wacker Wien – Beitar Jerusalem 2:2. – Gruppe 9: Verencvaros Budapest – Zürich 3:0, Klagenfurt – Spartak Trnava 2:4. – Gruppe 10: Innsbruck – Växjö 2:0, Kattowitz – Oslo 2:1. – **Alpen-Cup:** Sion – Monaco 1:2, Sochaux - Lausanne Sports 0:0, Auxerre – Le Chaux de Fonds 5:1. – **Deutsche B-Jugend-Meisterschaft**, Halbfinal-Hinspiele: Bramfelder SV Hamburg – Borussia Dortmund 1:0, Havelse – Arminia Bielefeld 4:5. - **Freundschaftsspiele:** Willingen – Dortmund 2:8, Fulda – Darmstadt 2:5, Traar – Uerdingen 0:21, Gebhardshagen – Duisburg 0:8, Saarbrücken – China/Olympia-Auswahl 3:3, Rheindorf – Leverkusen 0:16, Auswahl Bühl/Südbaden – Karlsruhe 1:5.

HANDBALL

Testspiel, Frauen: Deutschland – Dedrechen/Ungarn 25:15.

HOCKEY

Länderspiel, Damen: Deutschland – Australien 1:0. – Länderspiel Herren: Deutschland – Holland 3:1.

LEICHTATHLETIK

Afrika-Meisterschaften in Rabat, zweiter Tag: Männer: 400 m: 1. Tiacoh (Elfenbeinküste) 45,52 Sek., – 800 m: 1. Koskei (Kenia) 1:45,17 Min., 2. Fall (Senegal) 1:45,56, 3. Khalifa (Sudan) 1:45,78. – 3000 m Hindernis: 1. Kipkemboi (Kenia) 8:27,88 Min. – Dreisprung: 1. Taiwo 17,19 m, 2. Agbebaku (beide Nigeria) 16,96. – **Internationales Meeting in London:** Männer: 400 m: 1. Paul (Trinidad) 45,6 Sek., 2. Franks (USA) 45,7. – 110 m Hürden: 1. Turner 13,62, 2. Clark 13,68, 3. Andrade (alle USA) 13,72. – 400 m Hürden: 1. Rambo 49,01, 2. Patrick 49,45, 3. Williams (alle USA) 49,60. – Hochsprung: 1. Wszola (Polen) 2,29 m. – Stabhoch: 1. Bubka (UdSSR) 5,90 m (Weltrekord). – Dreisprung: 1. Jemez (UdSSR) 17,27 m, 2. Bouschen (Deutschland) 17,20 (DLV-Jahresbestleistung). – Hammer: 1. Sedych (UdSSR) 85,60. – Frauen: 2000 m: 1. Budd (5:33,15 Min. (Weltrekord), 2. Boxer (beide England) 5:33,85. – 100 m Hürden: 1. Simpson (USA) 13,54 Sek. – Hochsprung: 1. Bykowa (UdSSR) 1,90, 2. Elliott (England) 1,90.

SCHWIMMEN

Deutsche Meisterschaften der Wasserspringer in Hannover: Kunstspringen, Männer vom 3-m-Brett: 1. Killat (München) 672,80 Punkte, 2. Dörr (Gelnhausen) 653,45, 3. Meyer (Aachen) 595,65, 4. Bublitz (Wunstorf) 523,40, 5. Straube (München) 505,25, 6. Strasek (Aachen) 500,30.

RAD

Tour de France, 15. Etappe von Domaine du Chateau de Rouret-Grenoble (241 km): 1. Vichot 7:05:42 Std., 2. Laurent 0:15 Min. zur., 3. Fignon (alle Frankreich) 0:19, 4. Kelly (Irland), 5. Barteau, 6. Hinault, 7. Jules (alle Frankreich), 8. Lemond (USA) alle gleiche Zeit, . . . 113. Dietzen (Deutschland) 7:28:41 Std. – Gesamtwertung: 1. Barteau 73:52:19 Std., 2. Fignon 10:13 Min. Rückstand, 3. Hinault 12:26, 4. Veldschoten (Holland) 12:28, 5. Anderson (Australien) 13:17, 6. Lemond 14:23, 7. Kelly 14:27, 8. Delgado (Spanien) 14:37, 9. Millar (England) 14:56, 10. Winnen (Holland) 16:42, . . . 92. Dietzen 1:00:31 Std. zur.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Lima (A. Tylicki), 2. Diu Marino, 3. Rose Amore, Toto: 56/21, 14, ZW: 128, DW: 480, 2. R.: 1. Tövener Prince (A. Tylicki), 2. Onidin, 3. Apslau, Toto: 68/22, 14, 58, ZW: 264, DW: 7040, 3. R.: 1. Congora (P. Remmert), 2. Glockenmädel, 3. Waldbuche, Toto: 44/22, 26, 26, ZW: 404, DW: 4164, 4. R.: 1. Landfrieden (P. Schade), 2. Utamaro, 3. Banco, Toto: 48/14, 12, ZW: 72, DW: 180, 5. R.: 1. Pommerland (P. Remmert), 2. Traxila, 3. Mudau, Toto: 20/12, 12, 14, ZW: 104, DW: 240, 6. R.: 1. Zünftiger (L. Mäder), 2. Gilmore, 3. Feuersturm, Toto: 156, DW: 568, 7. R.: 1. Katamaran (P. Remmert), 2. Borwin, 3. Zugriff, Toto: 96/22, 22, 16, ZW: 560, DW: 1568, 8. R.: 1. Sorbonne (S. Geldmacher), 2. Pelopia, 3. Fidela, Toto: 28/14, 18, 19, ZW: 144, DW: 574.

TRIATHLON

Deutsche Meisterschaften in Immenstadt/Allgäu: 1. Klaeren (Gerolstein) 5:56,14 Std., 2. Wachter (Freiburg) 5:57,40, 3. Madlener (Sulzberg) 5:58,17, 4. Schuler (Schwarzwald) 5:59,44, 5. Rupp (Rottweil) 6:01,22, 7. Hoter (Gerolstein)m 6:06,54, 8. Notz (Dettingen) 6:10,28, 9. Blaschke (Augsburg) 6:13,28, 10. Deniger (Weil).

MODERNER FÜNFKAMPF

Deutsche Meisterschaften der Frauen in München: 1. Katrin Kröning (Hildesheim) 5042 Punkte, 2. Krapf (Heidenheim) 4968, 3. Meyer (Berlin) 4720, 4. Fjellerup (Dänemark) 4692, 5. Walz (Forchheim) 4648, 6. Kerstin Kröning (Hildesheim) 4451.

FAUSTBALL

Europa-Liga, 2. Runde, Herren in Pfungstadt: Offenburg – Leverkusen 25:32, Hannover – Burghausen 27:26, Pfungstadt – Hannover 34:25, Offenburg – Bocholt 23:25, Burghausen – Bocholt 37:17, Pfungstadt – Leverkusen 33:33, Burghausen – Leverkusen 24:30, Offenburg – Hannover 24:28, Pfungstadt – Bocholt 35:22. – Tabelle: 1. Kremsmünster (Österreich) 10:0 Punkte, 2. Pfungstadt und Leverkusen je 9:1, 4. Full-Reuenthal (Schweiz) 8:2.

TENNIS

Daviscup, Viertelfinale: Schweden – Paraguay 3:1 (Sundstroem – Pecci 6:3, 6:4, 2:6, 6:4, Jarryd – Gonzalez 6:3, 6:2, 6:4, Sundstroem – Gonzalez 6:3, 6:1, 6:2, Jarryd/Edberg – Pecci/Gonzalez 2:6, 6:8, 6:4, 1:6), USA – Argentinien 3:0 (McEnroe – Clerc 6:4, 6:0, 6:2, Connors – Jaite 6:3, 6:4, 10:8, McEnroe/Fleming – Clerc/Jaite 7:5, 4:6, 6:3, 6:1). – **Weißenhof-Turnier**, Qualifikation, 2. Runde: Elter (Essen) – Fromm (USA) 7:5, 5:7, 6:2, Johnstone (Australien) – Vargas (Spanien) 6:3, 2:6, 6:1, Fillol (Chile) – Freund (Deutschland) 6:1, 6:4, Rohwedder (Deutschland) – Reininger (Österreich) 7:5, 4:6, 6:3, Walts (USA) – Freyss (Frankreich) 6:4, 6:4, Benz – Kühnen (beide Deutschland) 6:3, 6:2, Ganzabal (Argentinien) – die Laura (Peru) 6:4, 6:4, Osta (Spanien) – Ismail (Ägypten) 6:2, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 10, 20, 33, 40, 47, Zusatzzahl: 36. – **Spiel 77:** 7 4 7 8 5 6 4. – **Toto**, Elferwette: 1, 1, 2, 1, 2, 1, 0, 2, 0, 2, 1. – 6 aus 45: 7, 16, 20, 35, 41, 44, Zusatzzahl 26. (Ohne Gewähr)

BASKETBALL

Protest gegen den Verband

sid, **Düsseldorf**

Verärgert reagierte der Basketball-Bundesligaklub TuS 04 Leverkusen auf einen Beschluß des Deutschen Basketball-Bundes (DBB), seinen Vereinen eine Teilnahme an den Europapokalwettbewerben zu untersagen.

Die Vereine müssen sich den Interessen des Verbandes unterordnen, weil dieser eine Überbelastung der Spieler fürchtet. Olympische Spiele, WM-Qualifikation und die Europameisterschaft 1985 im eigenen Land, dazu Meisterschafts- und Pokalspiele bilden ein Mammutprogramm, in dem die Nationalspieler 90 bis 100 Spiele zu absolvieren haben. Zusätzliche Belastung durch Europapokalspiele der Vereine will der DBB verhindern. Deshalb müssen der ASC Göttingen (Landesmeister-Wettbewerb), BSC Saturn Köln (Pokal) und TuS 04 Leverkusen (Korac-Cup) auf den internationalen Vergleich verzichten.

Während der ASC Göttingen nach den Erfahrungen des Vorjahres aus wirtschaftlichen Gründen ohnehin nicht teilnehmen wollte, fühlen sich Köln und Leverkusen bevormundet. „Überlastet sind vielleicht die DBB-Funktionäre, aber nicht unsere Spieler. Sie haben mir in Gesprächen teilweise versichert, daß es ihnen nichts ausmacht", kündigte Leverkusens Geschäftsführer Otto Reintjes Protest gegen den DBB-Beschluß an. Sein Vorhaben erscheint jedoch aussichtslos, weil die Meldefrist für die Europa-Wettbewerbe gestern ablief. Bisher haben die deutschen Klubs in den Europapokalspielen nur Lehrgeld zahlen müssen. Der sportliche Wert ist also für sie zweifelhaft.



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Der Krieg der Knöpfe
Kinderfilm von Yves Robert
11.30 Globus –
Die Welt von der wir leben
12.00 Umschau
12.10 Querschnitte
Von Trüffeln und anderen Pilzen
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.30 Tagesschau
15.40 10° östlicher Länge
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
16.50 Das Geheimnis des 7. Weges
5. Teil: Fräulein Rosmarijn
17.20 Tour de France
17. Etappe: Grenoble–Alpe d'Huez
Reporter: Jürgen Emig (Ausschnitte)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Der Fluch des Kahuna
Rick, ein Freund Magnums, hat mit seinem King Kamehameha Club arge finanzielle Schwierigkeiten. Ein Surfski-Rennen soll dem nun Abhilfe schaffen.
21.00 Nur ein Viertelstündchen
Carolin Reiber präsentiert bekannte Melodien von der Oper bis zum Schlager
21.15 Vom Glück der Bescheidenheit
Sendung von Winfried Scharlau
Um das Glück geht es in der fünften Ausgabe der Sendereihe „Arme Welt – Reiche Welt". Haben Wohlstand und Geld der westlichen Welt wirklich Glück gebracht?
22.00 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen (12)
Aus dem Guinness Buch der Rekorde
22.30 Tagesthemen
23.00 Geschichten aus dem Wienerwald
Spielfilm von Maximilian Schell nach Ödön von Horváths Volksstück
Mit Lil Dagover u. a.
Um mit ihrem Geliebten Alfred zusammensein zu können, verläßt Marianne im Wien der 30er Jahre ihren Verlobten Oskar. Doch was als großes Glück begann, endet bald im Chaos.
0.35 Tagesschau

ZDF

17.00 heute / Aus den Ländern
15.03 Jennifers abenteuerliche Reise
15.20 Die kleinen Strolche
15.40 Ferienkalender
16.00 Alles per Drahtesel
16.10 Manni der Libero
16.35 Lassies Abenteuer
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Gruppe Gänsehaut
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Menschen für Menschen
Der Schauspieler Karlheinz Böhm setzt sich in bewundernswerter Weise für hungerleidende Menschen ein. In Äthiopien kaufte er von Spendengeldern eine Farm und gründete um sie herum ein Dorf, in dem mittlerweile 1500 Menschen angesiedelt werden konnten. Georg Eich hat für die „Reportage am Montag" einen Filmbericht über diese einzigartige Aktion erstellt.
20.15 Gefahr über den Wolken
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Regie: Walter Graumann
Eine Militärmaschine rammt ein Passagierflugzeug. Schweißgebadet erwacht der Chefflugiotse und Ausbilder Nick Culver. Die beruhigenden Worte seiner Frau Betsy weist er barsch zurück.
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Paragraph 218: Will Geißler die Wende?
Der Streit zwischen Bundesfamilienminister Heiner Geißler und der Beratungsorganisation „Pro Familia" hat eine heftige öffentliche Auseinandersetzung um die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs entfacht. In der Diskussion stellt sich der Bundesfamilienminister Fragen von Betroffenen und Fachleuten.
Moderation Michael Albus und Klaus Bresser
0.00 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Die Internationale
3. Teil: Der Weltbürgerkrieg (1933–1945)
21.00 Die Krimistunde (3)
Geschichten für Kenner
22.00 Antiquitäten von morgen (2)
Freischwinger und Sitzmaschine
Film von Gina Angress-Köhler
22.15 Das Sommerkonzert
23.00 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Larry Semon in:
Larry im Gemischtwarenladen und Larry, der Hotelbursche
19.00 Ärger im Bellona Club (3)
Lord Peter Wimsey
19.45 Götter und Helden der Germanen (3)

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Vor 300 Jahren
Niccolò Amati – der Geigenbauer
20.35 Neue Medien, neue Märkte, neue Macht (2)
Die Veränderung unserer Wirtschaft
21.20 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
21.45 Deutsche Landschaften:
Der Frankenwald
22.30 Soap – oder: Trautes Heim
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.15 Heraizspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
Alte Häuser in Japan
22.05 Wächter über das biologische Ich
1. Das Immunsystem
22.50 Task Force Police
23.40 Rundschau

Pankraz, Klaus Rinke und die Neandertaler

Klaus Rinke, der Ereigniskünstler von der Düsseldorfer Kunstakademie, hat seinen Willen durchgesetzt. Zum ersten Mal zieren seine merkwürdigen aquatischen Installationen, Drainagen und Meßapparaturen nun auch das Neandertal, „wo sie eigentlich hingehören". Denn Klaus Rinke verkündet es schon seit Jahr und Tag: „*Ich bin ein Neandertaler.*" Alles, was er schaffe, so erklärt er, sei aus dem Geist der Neandertaler geschaffen, entspreche ihrer mythischen Weltsicht, ihrem dunkel-klaren Seelenzustand. So sei es nur gerecht, daß jetzt – wenigstens einen Sommer lang – einige der wichtigsten Rinkeschen Werke im Neandertal aufgestellt seien, wo man vor über hundert Jahren die ersten Überreste jener stämmigen Urmenschen mit den großen Augenbrauenwülsten gefunden hat.

Woher weiß Rinke *so genau, was* die Neandertaler dachten und fühlten? Gewiß, er hat sich lange bei den Aborigines in Australien aufgehalten, hat am Ayers Rock ihre religiösen Rituale und naturnahen Brauchtümer studiert, aber jeder *Paläontologe kann ihm sagen, daß* die australischen Aborigines nicht zur Neandertal-Art gehören, sie sind, wie alle heute lebenden Menschen, Angehörige der Art Homo sapiens, Nachkommen der Cro-Magnon-Leute, die vor etwa 50 000 *Jahren auftauchten und von denen* die großartigen Höhlenzeichnungen in Spanien und Südfrankreich stammen. Mit den Neandertalern hatten die Cro-Magnons nichts im Sinn.

Doch vielleicht ist es gerade dies, *was den mystischen Querkopf* Rinke so sehr bei den Neandertalern anzieht: Sie waren unbezweifelbar Menschen, sie konnten abstrakt denken und fertigten Werkzeuge, sie glaubten an Gott und an ein Weiterleben nach dem Tode – und gehörten dennoch nicht zu „uns", waren eine andere Art, waren von uns so verschieden wie Katze und Hund. Eine solche *Konstellation* kann schon Identifikationsgelüste wecken, zumal der Neandertaler in der letzten Zeit bei den Anthropologen eine deutliche Aufwertung erfahren hat.

Galt er früher eher als Schreckgespenst, *dessen Rekonstruktionen* in den Lehrbüchern höchst äffisch ausfielen, so erscheint er in der neueren Literatur beinahe als früher Adonis. Das allzu Gebückte, Schimpansenhafte auf den alten Bildern ist als Gelehrten-Irrtum entlarvt, der Neandertaler ging voll aufrecht, und seiner Physiognomie waren trotz Augenbrauenwulst und fliehendem Kinn edlere Züge nicht fremd. Sein enormes Gehirn war größer als das von Homo sapiens, und einige Forscher vermuten, daß er über eine weitentwickelte Sprache verfügte und daß es bei ihm nicht jenes verhängnisvolle Auseinanderklaffen von hochmoderner Verstandeswelt und archaischer Gefühlswelt gab, das das Schicksal von Homo sapiens zu sein scheint.

Mit anderen Worten: In der Sicht dieser Forscher war der Neander*taler der „bessere Mensch", nach* dem sich sämtliche Utopisten so sehr sehnen, ein friedliches Geschöpf, dem Abel gleich, den sein Bruder Kain erschlug. Der Neandertaler war dem Cro-Magnon in fast allen Punkten überlegen, doch er war ihm in einem entscheidenden Punkt eindeutig unterlegen: in der Mordlust und in der Hinterlist. Es gibt einen dramatischen kleinen Roman des britischen Literatur-Nobelpreisträgers Golding, in dem eine Rotte Cro-Magnons einen Neandertalerstamm bekriegt und ausrottet, und auch da ist der Sieg nicht das Ergebnis höherer Kultur und Gesittung, sondern lediglich Resultat der wilden Entschlossenheit zum Töten, die die Cro-Magnons einbringen. Angesichts des schrecklichen Tableaus möchte man sich beinahe schämen, ein Cro-Magnon zu sein, möchte mit Rinke ausrufen: „Ich bin ein Neandertaler."

Man sollte sich freilich von der blühenden Phantasie des Dichters Golding nicht einwickeln lassen. Die paläontologische Fundlage *stützt seine Geschichte nicht. Si*cherlich gibt es Funde, die auf eine Begegnung der „neuen" Cro-Magnons mit den „alten" Neandertalern schließen lassen, ja, sogar auf kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den beiden Menschenarten. *Niemand aber weiß*, warum die Neandertaler ausgestorben sind und ob sie wirklich von den Cro-Magnons ausgerottet wurden. Gewisse Funde könnten beispielsweise auch die Vermutung nahelegen, daß die beiden Arten sich vermischt *haben; schließlich lassen sich* auch Löwen und Tiger vermischen.

Die Kunde vom Neandertaler als dem „*besseren Menschen*" gehört jedenfalls allem Anschein nach in das Fach „Romantik", ist eine Neuauflage der rousseauistischen Träume vom „guten Wilden", den die technische Zivilisation verdorben habe, vom „Goldenen Zeitalter", wonach unsere bessere Zukunft wieder einmal in der Vergangenheit liegt. Klaus Rinke gibt sich mit seinen *Artefakten à la Neandertal* ganz industriell-sachlich, fast als wolle er ein Werk des Ethnologen Claude Lévi-Strauss illustrieren. In Wirklichkeit ist er ein reiner Träumer, gehört in die Reihe der Nancy Graves, Claudio Costa, Richard Long, die sich alle in die Stammeskunst der Naturvölker vertiefen, um sich von dorther Inspirationen für das eigene Werk zu verschaffen. Selbstverständlich ist das Verfahren legitim, aber mit ernstgemeinter Ethnologie hat es nichts zu tun.

Der Geist der Neandertaler wehte Pankraz nicht an, als er – leider war es ein kalter Regentag – zwischen den Wasser- und Felsenphantasien des Klaus Rinke im Neandertal spazierenging. Alles blieb ihm fremd, bis auf *die Kritzeleien* aus Rinkes „Australischem Tagebuch", die den Kritzeleien der Aborigines nachgebildet sind. Aber diese sind ja auch Cro-Magnons! Mußte das übrige vielleicht fremd bleiben, weil es doch einer fremden Art zugewandt war?

Pankraz

Keiner will es gelesen haben, aber jeder kennt es: Das „Kin Ping Meh", Chinas berühmten Roman

Starb er mit 33 oder mit 43 Jahren?

Ein Werk, das keiner besitzen will, aber jeder hat, das niemand gelesen haben will, aber doch jeder kennt", schreibt Franz Kuhn im Nachwort seiner bekanntesten Arbeit, die er aus der chinesischen Lite*ratur übertrug. Treffenderes ist bis* heute über das Jin Pingmei (Kin Ping Meh), den „Pflaumenblüten in goldener Vase", nicht gesagt worden.

Der gemeinhin als erotische Erzählung bekanntgewordene Roman aus dem 16.Jahrhundert liegt nun erneut in deutscher Sprache und zugleich in drei Versionen vor, jedesmal attraktiv mit alten Holzschnitten geschmückt. In einer vierbändigen Geschenkkassette würdigt der Insel-Verlag den 100. Geburtstag von Franz Kuhn. Rechte an Kuhn besitzt auch die „DDR", die mit zwei Bänden bei Kiepenheuer die Liebesabenteuer erstmals und mit interessanten Nachworten auflegte. Als Dritter im Bunde *hat sich* der Schweizer Verlag „Die Waage" mit einer verlegerischen und entsprechend teuren Großtat dazugesellt. In fünf Bänden und einem Zusatzband mit Erklärungen bietet er die erste ungekürzte Ausgabe der Kuhn-Konkurrenten, der Brüder Kibat, an. Den beiden deutschen Autodidakten Otto und Arthur Kibat kommt nach 23 Jahren das posthume Verdienst zu, den chinesischen Roman textgetreu übertragen zu haben. Sie brauchten dazu mehr als dreißig Jahre. Der 24bändige Orginaltext um*faßt schließlich in 100 Kapiteln* weit mehr als eine Million Schriftzeichen, und die Materie ist von einer Art, die die Schweizer bewog, ihrer Ausgabe den Hinweis voranzustellen, daß „strafrechtliche Ahndung zu gewärtigen hat, wer das Buch an Personen unter *18* Jahren vertreibt".

Dabei wurde das realistische Sittengemälde um den Frauenverführer Simen Tjing – so die Namensschreibung bei Kibat – und das, was er mit seinen sechs Frauen, etlichen Zofen, Blumenmädchen und Beamtenwitwen so alles anstellt (die ersten europäischen Rezensionen sprachen von einem chinesischen Don Juan), einst als einer der großen vier Romane Chinas neben den „Räubern vom Liangshan Moor", der „Reise nach dem Westen" und den „Drei Königreichen" bezeichnet. Die Geschichte selbst spielt während der ersten Jahrzehnte des 12. Jahrhunderts. In der Hauschronik des reichen jungen Apothekenbesitzers Simen Tjing wird das morbide Leben der letzten Jahre der *Song-Dynastie lebendig mit ihrer* Korruption, den Intrigen, der Vetternwirtschaft und den Skandalen. Die Palette reicht vom Ministerhof bis zur Unterwelt, eine schillernde „Tausendundeine Nacht" des chinesischen Lebens. Selbst die heutige orthodoxe Literaturkritik Pekings räumt ein, daß ohne dieses Werk auch Chinas klassischer Familienroman „*Der Traum der Roten Kammer*" *nie* hätte geschrieben werden können.

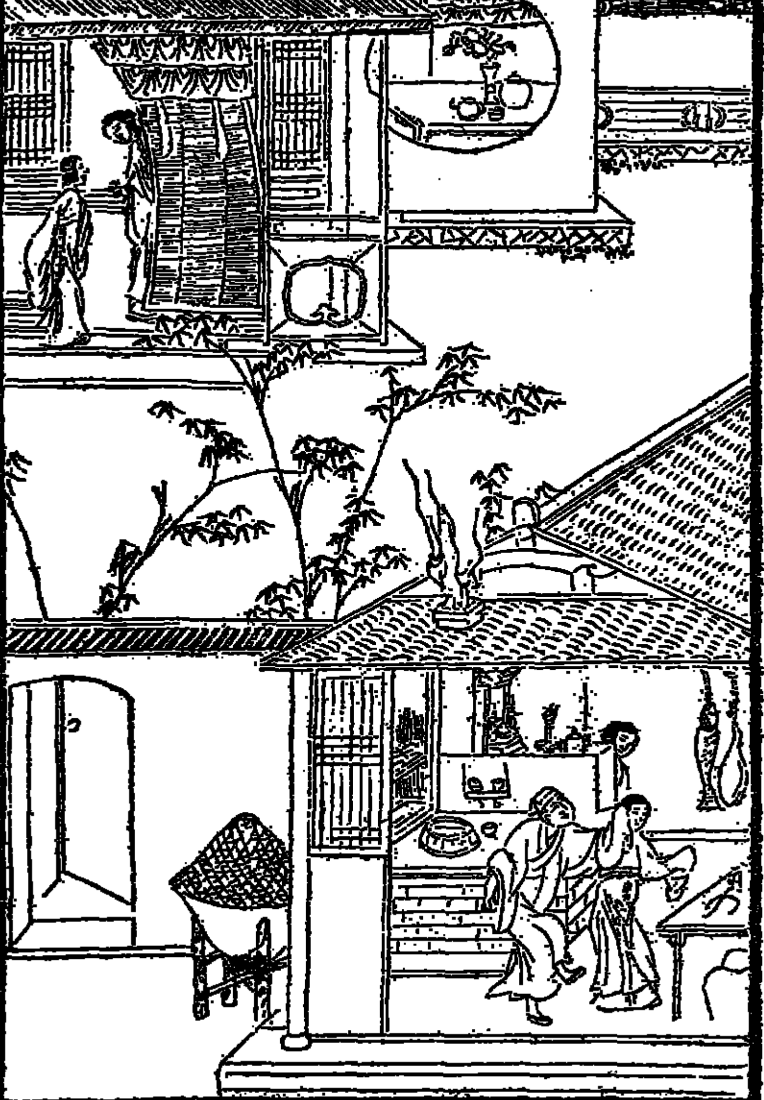
Die chinesische Enzyklopädie „Wortmeer" würdigt in ihrer neuen Ausgabe das Jin Pingmei als gesellschaftskritisches Meisterwerk, verdammt allerdings die deftigen Beschreibungen der ausschweifenden Liebesabenteuer, obwohl sich die beteiligten Personen durch ihren unmä*ßigen Lebenswandel selbst richten.* Der Literaturtheoretiker Nie Shiqiao versuchte 1980 nachzuweisen, daß das Werk aus einem Prosa-Grundteil besteht, der später immer wieder durch schlüpfrige Gedichte ergänzt wurde. Tatsächlich knüpft der Eingangsteil an bereits bekannte Helden aus den Räubern vom Liangshan-Moor an und ist in sich nicht immer *konsistent. Dutzende von literatur*theoretischen Publikationen zum Jin Pingmei sind in der Volksrepublik China seit dem Ende der Kulturrevolution erschienen, die sich mit der Frage der umstrittenen Autorenschaft, der Genesis des Werkes befassen. Obwohl über das Jin Pingmei diskutiert werden darf, ist die Lektüre des Orginals den Chinesen (auch in Taiwan) verboten.

Das war in Deutschland lange nicht anders. Der früheste Übersetzer von der Gabelentz blieb auf seinem Manuskript mangels eines mutigen Verlegers Ende des 19. Jahrhunderts sitzen. Später ging es verloren. Mit erheblichen Kürzungen und Textauslassungen durften Kibats erster Torso-Band (1928) und auch die Kuhn-Fassung (1930) erscheinen. Im Dritten *Reich verschwanden beide* Fassungen, bis zum denkwürdigen Tag des 20. Mai 1944, als der Insel-Verlagsleiter Kippenberg zu seinem 70. Geburtstag ein „Geburtstagsgeschenk" besonderer Art vom Reichspropagandaministerium erhielt: Das „Kin Ping Meh" stünde nicht mehr auf der Liste des „schädlichen und unerwünschten" Schrifttums.

Die Totalübersetzung der Gebrüder Kibat beschert dem Leser nicht nur erstmals alle Gedichte. Leider sind auch die Wiederholungen und Einführungen der Kapitel, die eine Besonderheit des chinesischen Romanes bilden, erhalten geblieben und strapazieren die Geduld des Lesers. Kibats Konzept heißt trotz jahrzehntelanger sprachlicher Überarbeitung immer wieder Textreue. Kuhn hat sich dagegen (seine Fassung hat nur 49 Kapitel) als Nachdichter verstanden. Damit hat er den Roman, so wie er es erfolgreich auch mit anderen Werken tat, popularisieren können und ihn zu einem Begriff für die chinesische Literatur im Westen gemacht. Kuhn hat den Weg gebahnt für die Arbeit von Kibat. Wenn die Leser die Klippen der vielen Namen (und ihrer jeweils in Klammern gesetzten unnötigen Übersetzungen) überwunden haben, dann werden sie belohnt und gefangen durch den *Rhythmus* der *Erzählung, nehmen* teil an den Banketten mit ihren genüßlichen Speisefolgen, beobachten das Schminkzeremoniell der Damen oder die immer wieder neuen Variationen im „Wind-und-Wolken-Spiel" Simen Tjings. Auch bei der Textge*nauigkeit steht Kibat über Kuhn. Bei* ihnen trifft Simen Tjing richtigerweise der frühe Tod als Strafe für das wüste Leben mit 33 Jahren, während Kuhn ihn erst mit 43, damals ein normales Lebensende, sterben läßt.

Bleiben noch die Holzschnitte, mit denen sich alle früheren Ausgaben schwertaten. Am saubersten und schönsten sind die alten Drucke einer *Ausgabe von 1755* bei Kibat. Bei Kiepenheuer sind 200 weit freizügigere Holzschnitte einer früheren Sammlung verwendet. Die Insel-Kassette trifft nur eine kleine Auswahl.

JOHNNY ERLING





Das Leben eines Wüstlings: Simen Tjing traktiert Schneeboldchen in der Küche, aus der Züricher Ausgabe des „King Ping Meh" FOTO: DIE WAAGE

Djin Ping Meh, übersetzt von Otto und Artur Kibat, Verlag Die Waage, Zürich, 430 Mark.
Kin Ping Meh, übersetzt von Franz Kuhn, Insel Verlag, Frankfurt, 40 Mark.
Kin Ping Meh, übersetzt von Franz Kuhn, Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig und Weimar, 27 Mark.

Mehr geblendet als erhellt: „Die Jungfrau von Orleans" am Berliner Schiller-Theater unter G. Krämer

Die Leitung haben die Elektriker übernommen

Sollte es unseren Theatern gar *nicht mehr gelingen*, Friedrich Schillers gedankenvolle Unschuld, seine hohe, komplizierte Einfalt, seinen betäubenden klaren Wortschwall, seine von faßbaren Zitaten volle Sprache heute zum Klingen zu bringen? An die Produkte des „jun*gen" Schillers wagen sich die* aktuellen Inszenatoren von heute mühelos und fleißig heran. Da ist Aufruhr, ist „gebrochene" Welt, da stäubt es jugendlich von der Bühne. Aber Schillers spätere, größere Stücke liegen seit Jahrzehnten brach. Wann sah man zuletzt einen „Wallenstein"? Wann den „Tell"? Wann die „Braut von Messina"? Kaum je!

Auch das Berliner Schiller-Theater hat sich seit fast undenkbaren Zeiten der großen Spätstücke seines klassischen Namensgebers kaum mehr bedient. Um so gespannter war man, als es hieß, die große „romantische Tragödie", das komplizierte Gedankenspiel der „Jungfrau von Orleans" sollte endlich wieder, versuchsweise wenigstens, realisiert werden.

Große Besetzung! Bernhard Minet*ti spielt den englischen Feldherrn* Talbot. Er spielt ihn knarrig und wie mit Mißmut, so als ob der Schauspieler Minetti diesem Schiller selber nicht ganz traute. Er spielt seine schwere Rolle oft ins Gelächter hinein. Aber bei Schiller lacht man nicht!

Carl Raddatz gleich in doppelter Gestalt: Erst zeigt er als der Jungfrau redlicher Vater viel rumpelnden Biedersinn, in gleicher Gestalt später den sorgenden Ankläger der kriegerischen Tochter. Raddatz ist aber auch, wunderbar seine raunenden Verse skandierend, die Gespenstergestalt des „schwarzen Ritters". Agnes Fink kann, so kraftvoll sie in ihren Part der schlimmen Königsmutter einsteigt, auch eine heimliche, gefährliche Komik nicht fernhalten. Sie stolpert immer wieder, schwarz und gräßlich maskulin eingekleidet, über ihre großen Worte.

Dunois, an dessen unstatthafter Liebe die göttliche Jungfrau fast straucheln soll, bleibt darstellerisch ganz schwach und unbeträchtlich. Joachim Bliese aber, als die gegnerische Versuchung auf dem Feld der Schillerschen Ehre, kann wenigstens einiges von der hilflosen Dämonie seiner Rolle deutlich machen. Er hebt das alte, große Gedankenstück immerhin für Zeit von der schweren Erde. Da knistert es endlich tragisch.

Sonst erlebt man Aufsagetheater, deklamatorische Einzelauftritte, schön gewandete (Kostüme: Renate Kalanke) Sprecher im Schiller-Kostüm. Johanna ist Elisabeth Rath. Sie ist hager, ist modern sperrig in ihrer Diktion. Sie spielt immer eher aus der Defensive, gewinnt die gefährlich motorische Kraft einer Heiligen nur selten, dann aber schön, meist eher Mitleid als Emphase aussendend.

Günter Krämer (Regie) legt die eher konservative Gesinnung dieses Schiller-Stückes nicht aus. Er vermeidet sie. Die Regie macht imponierende, später nutzlos komplizierte Lichtspiele. Die Bühne ist von Scheinwerfern wie zerfetzt. Die Elektriker haben die Leitung übernommen. Sie leisten (Lichtgestaltung: Albert Henrich) immer wieder Blendendes. Sie bewirken Lichtschläge, schräg erleuchtete Tiefen, gleißende oder berückend schöne Illuminations-Effekte. Erhellt wird das schwere Stück damit aber nur geringfügig.

Gestrichen hat man. Trotzdem bleibt in dieser Berliner Fassung immer noch zu viel. *Die große Emphase* dieser „romantischen Tragödie", wie sie Schiller mit Vorsatz nannte, hängt zu oft durch. Man bleibt geblendet, wird erleuchtet nicht.

Der Beifall für diese Bemühung, die so deutlich in Äußerlichkeiten steckenbleibt, war geteilt. Die Spieler, vor allem die so innerlich besorgte Jungfrau der Rath, werden am Ende (eigentlich mehr aus Treue als aus Ergriffenheit) überschüttet. Als sich aber der Inszenator und seine bühnentechnologischen Mitarbeiter zeigten, wurden sie deutlich mit Buh-Rufen gestäupt und bestraft.

Großer Schiller! Sein Werk ist unsterblich! Nur beleben für heute kann es offenbar kaum einer mehr! Armer Schiller!

FRIEDRICH LUFT

Landshuter Hofmusiktage mit Tanzmusik der Gotik

Die Lieder der Haetzelin

Will man den Landshutern glauben, so fällt es ihnen schwer, festlos die drei Jahre zu überbrücken, in denen sie nicht ihre „Landshuter Hochzeit" inszenieren. Also erdachten sie als stilvolles Zwischenspiel die „*Landshuter Hofmusiktage*", *die an* die vom stadteigenen Orchester gepflegte Musiktradition des Wittelsbacher Herzogshofes anknüpfen.

Die „alt-baierische" Residenz mit der Burg Trausnitz auf einem Höhenvorsprung über dem Isartal und dem Turm der St. Martinskirche, mit seinen 130,6 Metern der höchste Backsteinturm der Erde, als Wahrzeichen, gibt für die Hofmusiktage einen beispielhaften Resonanzboden ab. Diesmal standen sie unter dem Hauptthema „Europäische Tanzmusik aus Gotik, *Renaissance* und Frühbarock".

In zwölf Konzerten waren Tänze und Tanzlieder des 12. bis 17. Jahrhunderts, Vertonungen zotiger Sprüche, Gedichte und Balladen aus dem Liederbuch der Clara Haetzelin (15. Jahrh.), Liebeslieder des Barock oder Troubadourmusik aus der Provence zu hören. Allein der Rahmen der einzelnen Aufführungen im Weißen Saal der Wittelsbacher Burg, im italienischen Saal der Residenz, im Rathausprunksaal und in der Heilig-Geist-Kirche an der Isar war schon von ungemein suggestiver Wirkung, um so mehr, als die Solisten sich alter oder nachgebauter historischer Instrumente bedienen und gelegentlich in mittelalterlichen Gewändern auftreten.

Besonders eindrucksvoll war diese Kombination bei dem Duo Mediterraneo, das zusammen mit dem Münchener Kreis für historische Tänze in die mittelmeerische Musikpraxis und die Tanzmusik des Mittelalters und der Renaissance einführte. Vor dem Gobelin mit der Darstellung des Phaetonsturzes in den Eridanos wurde auch dem Laien verständlich, daß der Grieche Jannis Kaimakis und der Ägypter Issam El-Mallah im Sinne *des in der Antike entstandenen* Kulturkreises, der sich auch auf Nordafrika erstreckte, zusammengehören. Die Musiker legten als Solisten auf Krummhorn, Bandir, Riqq, Duff, Panflöte und Barocklaute die Quellen einer gemeinsamen Überlieferung frei. Diese *Instrumente sind* außerdem zusammen mit Sackpfeifen, Signal-, Heer, Stier- und Alphörnern, Dudelsack, Psalterium, Bauerndrehleier und vielen anderen aus dem 15. bis 17. Jahrhundert im Rathausfoyer ausgestellt. Liebhaber historischer Musikgeräte können sich außerdem bei den einfühlsamen Landshuter Instrumentenbauern auch heute in Material und Form werkgetreue Nachbildungen beschaffen.

„Wir süln tanzen, wir süln springen, wir süln vroelich reigen, wir süln singen", heißt es in einem Minneliedervers des 13. Jahrhunderts. Aus diesem Geist gestaltete das Münchener historische Tanzquartett seine Vorführungen, die auf alten Tanzschriften, Noten und Bildern beruhten und an denen Mienenspiel und Augensprache *gleichwertig beteiligt* sind, so daß sich als Ergebnis dieser scheinbar spielerischen Demonstration eine vollkommene Harmonie von Körper- und Seelenhaltung einstellen soll. Für die auch jugendlichen Zuschauer führte dies nach anfänglichem Befremden zu einer beglückenden Erfahrung alter und vielleicht sogar erstrebenswerter Lebensmöglichkeiten.

I. MEYER-SICKENDIEK



Mit gespielter Naivität: Lothar Sells bemalte Holzplastik „Frau mit Haus und Hof" (1981) FOTO: KATALOG

„Durchblick" – Malerei und Graphik aus der „DDR" in Schloß Oberhausen

Wie eine Werbeagentur ohne Auftrag

Peter Ludwig ist allenthalben präsent: Im Namen des „Ludwig-Instituts für Kunst der DDR Oberhausen", das jetzt die Ausstellung „*Durchblick*" *in der Städtischen Ga*lerie Schloß Oberhausen veranstaltet, aber auch bei den Ausstellungsstükken und im Katalog. So kann man dreimal Peter Ludwigs Konterfei (auch wenn es mit gespielter Diskretion nur als „Porträt" firmiert) bewundern: als Bleistiftskizze und als Ölbild von anderthalb mal zwei Metern (beide von Bernhard Heisig) und als Bronzekopf (von Stötzer). Viele Graphiken und Zeichnungen verschweigen auch nicht mit ihren Widmungen den Dank an den Aachener Sammler, und im Katalog darf sich Peter Ludwig devot fragen lassen, was er von seiner Sammlung hält – daß er viel davon hält, kann man ihm nicht verdenken.

Auch gegen seine Absicht, die „DDR"-Kunst in der Bundesrepublik *bekanntzumachen, ist nichts* einzuwenden. Die Frage ist nur, ob das derart opportunistisch und darum derart dilettantisch geschehen muß. Es ist der übliche bunte Bilderreigen mit der Maler- und Bildhauerprominenz der „DDR", bereichert um einige Neuzugänge von der „IX. Kunstausstellung der DDR" in Dresden *1982/83. Die bemerkenswerten „Stufen"* von Wieland Schmiedel gehören dazu, aber auch die unsägliche „Erika Steinführer" von Womacka (Honekker hat sie auf der „IX." gelobt).

Schlimm sind die Katalogtexte. Der „Kulturpolitischen Daten", die wesentliche Ereignisse in der „DDR"-Kunst und die Entwicklung der Kunsttheorie zusammenzufassen versprechen, müßte sich selbst ein Buch aus der „DDR" schämen (aber offenbar hat man nicht einmal die spärliche Literatur durchgearbeitet, *die in der Auswahlbibliographie ge*nannt wird). Denn da findet man Honeckers Ausspruch, daß es keine Tabus geben dürfe, wenn man von den Positionen des Sozialismus ausgehe, unter den Jahreszahlen 1972/73 zitiert, obwohl der Satz im Dezember 1971 fiel. Bei der documenta 6, wird behauptet, stellten „erstmals" Künstler aus der „DDR" aus, aber Gerhard Altenbourg war bereits bei der zweiten, Penck bei der fünften documenta dabei. Und bei der sechsten waren sie ebenfalls vertreten, obwohl der Katalog nur Heisig, Sitte, Mattheuer, Tübke, Jastram und Cremer nennt.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen, wie das „Ludwig-Institut" arbeitet. Wissenschaftlich kann man das nicht nennen. Eher entsteht der Eindruck, als handele es wie eine Werbeagentur ohne Auftrag. Peter Ludwig verweist zwar gern darauf, *daß in der „DDR" Tradition und Erbe* hochgehalten würden, aber mit seiner Sammlung tut er so, als hätte die „DDR"-Kunst erst mit seinem Großeinkauf bei der „VIII. Kunstausstellung der DDR" 1978 begonnen.

So spiegelt diese Ausstellung *nichts* weiter als den Sammeleifer und die Vorlieben (de gustibus non est disputandum) eines Mannes wider, der die politische Geographie mit Kunstlandschaften verwechselt. (Bis 12. August; Berlin: 26. Aug. bis 7. Okt.; Katalog 29,80 Mark)

PETER DITTMAR

PS.: Das „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache" aus Ost-Berlin notiert unter „Durchblick": „ein schmaler begrenzter Ausblick".

JOURNAL

Lina Tumanowa in *Moskau verhaftet*

DW. Bonn

Am 4. Juli wurde in Moskau die Wissenschaftlerin Lina Tumanowa verhaftet. Das erfuhr jetzt die Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft Kontinent". Die 45jährige *Bürgerrechtlerin ist Doktor der* Philosophie. Sie war in den vergangenen Jahren wiederholt Hausdurchsuchungen und Verhören ausgesetzt und wegen *ihres Einsatzes* für Dissidenten mehrfach verwarnt worden. Deshalb hatte sie auch ihre Stellung am Institut für technische Ästhetik verloren. Frau Tumanowa wurde während eines Treffens mit den amerikanischen Diplomaten John Purnell und George Glass verhaftet. Die beiden Diplomaten wurden ebenfalls für kurze Zeit festgenommen. Das könnte für die sowjetischen Behörden Anlaß sein, Lina Tumanowa nach Paragraph 64 (Landesverrat) anzuklagen. In ähn*lichen Fällen wurden unter diesem* Vorwand gegen Dissidenten hohe Strafen verhängt.

Literaturkongreß des Autorenverbandes

AFP, Berlin

Der Freie Deutsche Autorenverband (FDA) veranstaltet vom 20. bis 23. Juli in Berlin einen gesamtdeutschen Literaturkongreß zu dem Thema „Freie Schriftsteller oder politische Auftragsliteratur". Die dreitägige *Veranstaltung steht un*ter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Der FDA wurde 1973 in München gegründet. Präsident des Verbandes ist derzeit Hubertus Prinz zu Löwenstein.

Werkausstellung von Braun-Feldweg

epl. Stuttgart

Das Werk von Wilhelm Braun-Feldweg ist im Württembergischen *Landesmuseum Stuttgart zu sehen.* Die Ausstellung umfaßt mit rund 200 Exponanten alle Arbeitsbereiche des Künstlers von der Malerei über technisches Design bis zu Glas- und Metallarbeiten. Außerdem wird eine Übersicht über seine zahlreichen Publikationen gezeigt. (Bis 19. Aug.; Katalog: 20 DM)

Picasso-Museum soll *im* Mai 1985 eröffnet werden

AFP, Paris

Das Pariser Picasso-Museum kann nach Angaben des französischen Kulturministers Jack Lang voraussichtlich *im Frühjahr 1985 er*öffnet werden. Das Museum entsteht in einem der prächtigsten Adelspaläste im historischen Maraisviertel, dem aus dem Jahre 1656 stammenden Hotel Sale. Es wird die persönlichen Sammlungen des Künstlers *sowie die rund 800* Werke Picassos umfassen, die seine Familie anstelle der Erbschaftssteuer dem Staat hinterlassen hatte. Die Bauarbeiten sollen Anfang kommenden Jahres, die Einrichtung der Ausstellung bis Mai 1985 abgeschlossen sein.

Landschaftsverband bittet um Mithilfe

dpa, Münster

Für die Ausstattung des westfälischen Industriemuseums, das an verschiedenen Orten entstehen soll, hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe die Bürger um Mithilfe gebeten. Gesucht werden zu den alten Fabrikationsstätten passendes Mobiliar sowie Werkzeuge, Arbeitskleidung und Photos, um den Arbeitsalltag unserer Vorfahren zu dokumentieren. (Westfälisches Industriemuseum, Salzstraße 22/23, 4400 Münster)

Festspiele in Orange und in Aix-en-Provence

AFP, Paris

In den beiden historischen Provence-Städten Orange und Aix haben die Musikfestspiele begonnen. Im Mittelpunkt der „Chorégies d'*Orange 84" stehen Aufführungen* von Verdis „Don Carlos" und Bizets „Carmen" im römischen Theater der Stadt. Außerdem stehen das Requiem von Brahms sowie Liederabende mit Christa Ludwig, Teresa Zylis-Gara und Katia Ricciarelli auf dem Programm der bis zum 4. August dauernden Festspiele. In Aix-en-Provence sind bis zum 1. August Rossinis „Barbier von Sevilla", Mozarts Jugendoper „Die Gärtnerin aus Liebe", der „Messias" von Händel, die „Johannespassion" von Bach, die „Schöpfung" von Haydn sowie Liederabende mit Jessye Norman und Victoria de Los Angeles zu hören.

Siegfried Köhler †

dpa, Berlin

Der Intendant der Dresdner Staatsoper, Siegfried Köhler, ist im Alter von 57 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. Köhler, der seit 1968 an der Dresdner Musikhochschule eine Professur wahrnahm, war erst 1982 zum Präsidenten des „Verbandes der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR" gewählt worden.

Bayern war mit dem Aufräumen beschäftigt

Mehrere 100 Millionen Mark Schaden durch Hagel-Walze

DW. **München**

Das schwere Hagel-Unwetter vom Donnerstagabend hat in München und Umgebung einen Sachschaden von mehreren 100 Millionen Mark angerichtet. Diese Schätzungen machten die Behörden am Wochenende.

Die Hilfsaktionen liefen auch gestern noch auf Hochtouren. Gleichzeitig drohten neue Regenfälle und Stürme die beim Unwetter zerstörten und nur notdürftig abgedeckten Häuser und Wohnungen wieder unter Wasser zu setzen. Als provisorische Hilfsmittel dienten Kübel und Kinderbadewannen.

Von den mehr als 300 Verletzten, die noch während der Katastrophennacht und am Freitag vor allem mit Platzwunden in Krankenhäuser gebracht werden mußten, konnte ein großer Teil inzwischen wieder nach Hause zurückkehren.

„Alles, was wir nur irgendwie auf die Beine stellen können, ist bei uns immer noch pausenlos im Einsatz", sagte ein Sprecher der Münchner Berufsfeuerwehr. Bis gestern nachmittag waren die Beamten und ihre Helfer fast 2000 Mal ausgerückt – allein am Wochenende an die 500 Mal. Versicherungsgesellschaften „ersticken" in einer Postkarten- und Briefflut.

Wichtigste Hilfsmittel waren nach wie vor Plastikfolien und Latten, um die mehr als 100 000 vom Hagel zerschlagenen Fensterscheiben und Dächer wenigstens provisorisch dichtmachen zu können. Vor Dachziegeleien stauten sich Lastzüge, die auf Ladung warteten.

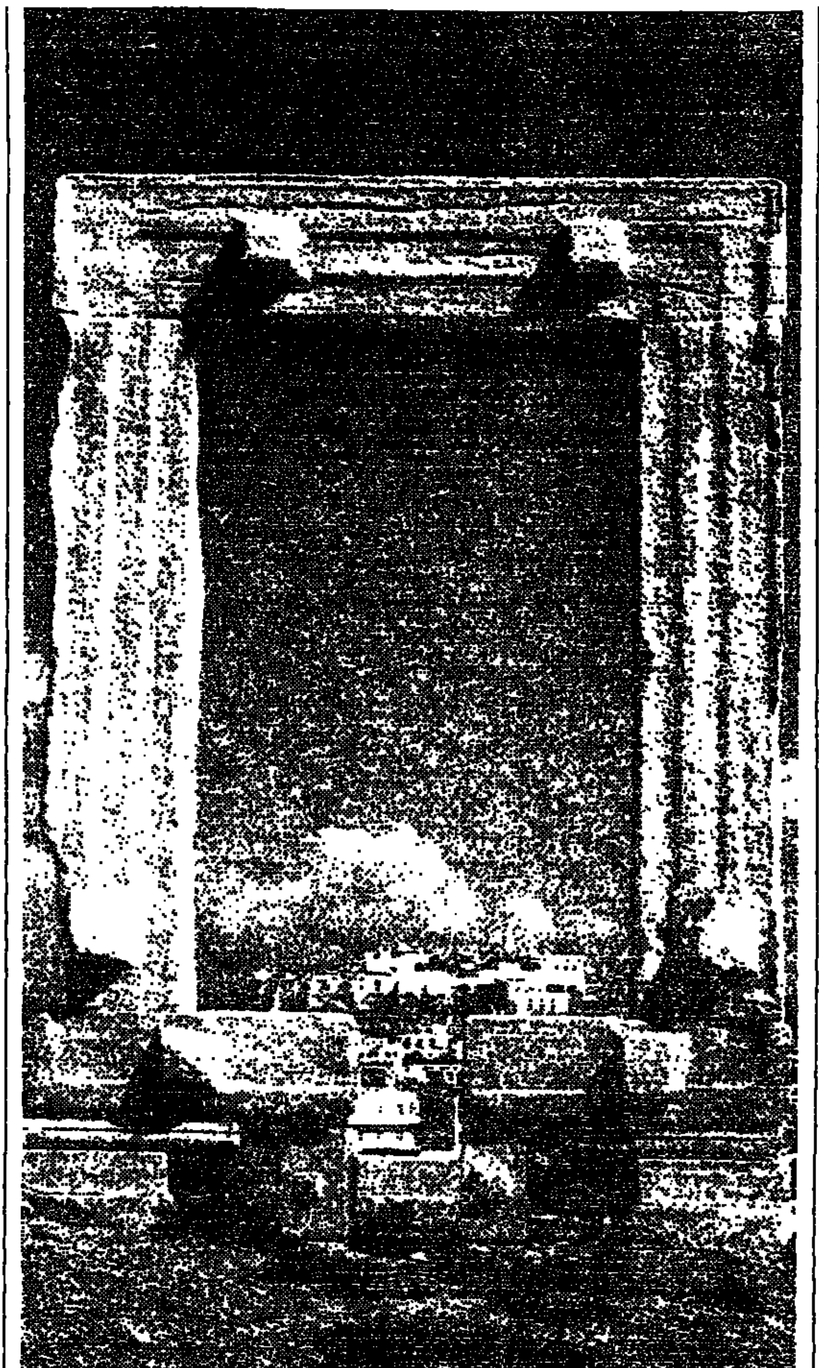
Und so sah es gestern im einzelnen aus:

Dutzende Dienstfahrzeuge der Münchner Polizei befanden sich weiter fensterlos in Garagen, demolierte Passagierjets der Lufthansa wurden nach ersten Reparaturarbeiten auf dem Flughafen München-Riem zu den Werften gebracht. Personenwagen, die während des Hagelschlags in einem Halteverbot standen und – schwer beschädigt – nicht abgeholt wurden, wurden im Auftrag der Polizei abgeschleppt.

Straßenzüge, die wegen der sintflutartigen Regenfälle kurz nach den Hagelschauern eisigen Seenplatten glichen und zum Teil mit Schlamm und Geröll bedeckt waren, sind wieder sauber. Auch die Fußwege wurden – meist von den Anwohnern und im Rahmen von Nachbarschaftshilfe – freigekehrt; durch Kurzschlüsse außer Betrieb gesetzte Verkehrsampelanlagen funktionierten wieder. In Mülltonnen türmten sich Scherbenhaufen. Unzählige Fernseher waren *ausgefallen: Die Antennen hatten* dem Hagel nicht standgehalten.

Für die ohnehin überlastete Polizei kam am Wochenende noch ein weiteres Problem hinzu: Auf den Autobahnen in Bayern herrschte zeitweise nur noch Stillstand. Rund zwei Millionen Urlauber starteten nach Beginn der Ferien in Hessen und Rheinland-Pfalz sowie der Werksferien bei Opel in Rüsselsheim in den Urlaub. Die Geduldsprobe begann sofort hinter der hessisch-bayerischen Grenze. In Unterfranken quälte sich eine 50 Kilometer lange Blechschlange auf der Autobahn Frankfurt–Nürnberg gen Süden. „Wenn's zähflüssig ging, ging's noch gut", schilderte die Polizei. Auch für München galt nur stop-and-go.

„Einfach fürchterlich und grausam, so schlimm war es heuer noch nie", faßte der Sprecher eines bayerischen Polizeipräsidiums die Situation auf den Fernstraßen zusammen. Auf einer Strecke von insgesamt fast 100 Kilometern wurde die höchste Verkehrsdichte verzeichnet. Entlastungs-Umleitungen wurden von den Autofahrern offenbar erneut wenig beachtet.



Naxos – antiker Sommertraum FOTO: RUDOLF DIETRICH

„Schliemann"-Syndrom verärgert Archäologen

Neuester Urlaubsgag: Schatzsuche mit Detektoren

G. KRANEFUSS, **Hamburg**

Die Suche nach verborgenen Schätzen hat die Menschen zu allen Zeiten gereizt. Jetzt macht eine neue Spezies von „Schatzsuchern", ausgerüstet mit Detektorgeräten, den Archäologen in Deutschland Sorgen: Der private „Schliemann", der sich im Urlaub mit ganzer Familie diesem Hobby hingibt. Die Metall-Orter, die es ab 100 bis 3000 Mark zu kaufen gibt, reagieren je nach Empfindlichkeit auf Eisen, Edel- und Buntmetalle bis in größere Tiefen. Mit zusätzlichen Kopfhörern wird auch das „kleinste Metallonom" akustisch aufgezeigt.

Die Landesarchäologen der Bundesländer haben auf ihrer Jahresversammlung in Wyk auf Föhr die „Detektor-Seuche" beklagt. Joachim Reichstein, Leiter des Landes-Amtes für Vor- und Frühgeschichte in Schleswig-Holstein, sagte, daß bei rund 1,5 Millionen verkauften Geräten, zumindest mit einem sehr großen Teil von ihnen, Raubgrabungen betrieben würden, die die Arbeit der Archäologen erschwerten, abgesehen von den immensen Schäden, die dadurch der wissenschaftlichen Forschung zugefügt würden. „Skandalös" findet es Reichstein, daß „Claims nach Goldgräbermanier abgesteckt werden".

Zwei Mediziner, die im Bismarckschen Sachsenwald bei verbotenem Tun aufgespürt wurden, ist inzwischen eine kräftige Geldbuße auferlegt worden. „Sondengängerei", so Reichstein, „ist in allen Bundesländern ohne Genehmigung rechtswidrig. Sie kann wegen Verstoßes gegen das Denkmalschutzgesetz mit Bußgeldern bis zu 50 000 Mark geahndet werden." Ähnliche Verfahren hat es bereits auch in Hessen und Baden-Württemberg gegeben, wo Tausende von Grabhügeln heimgesucht wurden. „Hobby-Archäologen", die in einer keltischen Fürstenburg bei Urach versuchten, fündig zu werden, erhielten Geldstrafen bis 2800 Mark.

Willi Kramer, Wissenschaftlicher Rat des Landesamts Schleswig, zu der illegalen Buddelei: „Sie offenbart eine dümmliche Geisteshaltung. Es handelt sich dabei keineswegs nur um Kavaliersdelikte. Was die Amateure finden, ist für sie meistens doch nur Schrott, der ihnen nichts bedeutet, uns aber ein Bild aus der Vorgeschichte vervollständigen helfen kann. Wenn wir beispielsweise in Haithabu die Reste eines Hauses freilegen, könne wir aus den Abfällen lesen, wie sie gelebt haben."

Und exakt dort im Haddebyer Noor, wo die Reste der alten Handelsmetropole Haithabu untersucht werden, konnten zwei Kunsthändler aus Norwegen und Holland, die mit Metalldetektoren „bei der Arbeit" waren, von Schleswiger Beamten gestellt werden. Ihre Funde wurden beschlagnahmt.

Den Archäologen ist klar, wie schwer es ist, die Schatzsucher zu überführen. Kramer: „Wenn wir sie mit dem Detektor in der Hand antreffen, ist noch gar nichts bewiesen. Wir müssen sie beim Graben oder mit Funden erwischen, sonst erfolgt keine Bestrafung." Die Wissenschaftler wissen auch, daß die Suchenden nicht immer nur Schrott finden. Der „Graue Markt" ist aufnahmebereit für seltene römische Münzen und *keltische* Bronzeschwerter, für die bis 1000 Mark gezahlt werden.

Aber solange nicht bundesweit Gesetze geschaffen werden, bleiben die Archäologen um die Sicherung der Kulturgüter in Sorge. Die Hersteller von Metallortungsgeräten distanzieren sich von ihrer Verantwortung, indem sie auf die Einsatzgenehmigungspflicht dieser Instrumente hinweisen.

Aussiedler-Party endete tödlich

dpa, **Halle**

Die feucht-fröhliche Wiedersehensfeier von Polen-Aussiedlern mit Freunden aus ihrer alten Heimat endete in einer Tragödie: Drei der Ehepaare wurden am frühen Samstag morgen im Schlaf Opfer eines Brandes in einem Wohnhaus in Halle-Künsebeck (Kreis Gütersloh). Lediglich ein viertes Ehepaar, das im Erdgeschoß des Hauses geschlafen hatte, entkam dem tödlichen Flammenmeer. Den Feuerwehrleuten bot sich ein schreckliches Bild: Die sechs Leichen im ersten Stock sowie im Dachgeschoß waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Bei der Untersuchung der Ursache des Brandes, stand die Polizei zunächst vor einem Rätsel. Die Überlebenden waren nicht vernehmungsfähig. Später deutete alles darauf hin, daß der Brand durch eine qualmende Zigarettenkippe entstanden sein könnte.

Ungebetene Gäste

SAD, **Pontotoc**

Ein altes Holzhaus in Pontotoc, in dem sich Hunderte von Giftschlangen eingenistet haben, wurde am Wochenende in Brand gesteckt. Die Bewohner waren schon vorher ausgezogen, nachdem Schlangen aus dem Sofa gekrochen waren. Eine Untersuchung ergab, daß die Klapperschlangen unter dem Haus genistet hatten und dann mit ihrem Nachwuchs durch Wände und Böden in das Haus eingedrungen waren.

Einbrecher irrte sich

rtr, **Wien**

Beim Einbruch in das Büro eines Steinbruchs in der Nähe von Graz hat sich ein Geldschrankknacker am Wochenende in die Luft gesprengt. Statt einer großen Summe Geld hatte der Safe nur 1500 Sprengladungen enthalten, die beim Aufschweißen des Geldschranks explodierten.

Tödliches Luftmanöver

AP, **Concord**

Bei einem Flugzeugunglück im US-Staat Kalifornien sind am Samstag sechs Insassen, darunter drei Deutsche aus Dortmund, ums Leben gekommen. Nach einem gewagten Ausweichmanöver stürzte die zweimotorige Maschine in ein Karosserielager eines Autohandels bei San Francisco.

Zehnjähriger Dealer

dpa, **Palermo**

In einem einzigen Vorort der sizilianischen Stadt Palermo wurden täglich Kinder unter dreizehn Jahren von der Polizei aufgegriffen, die an Verbrechen beteiligt waren. Dieses wurde jetzt in der italienischen Presse veröffentlicht, nachdem in der vergangenen Woche in Palermo ein 10jähriger Heroinhändler aufgegriffen worden war.

Häftling erschossen

dpa, **Madrid**

Ein französischer Häftling im Gefängnis von Barcelona ist mit zwei Schüssen getötet worden, die von einem gegenüberliegenden Gebäude aus abgefeuert wurden. Der 1950 in Algerien geborene Raimon Vacarizzi war am Samstag wenige Minuten vor seinem gewaltsamen Tod Zurufen seiner Ehefrau gefolgt und ans Zellenfenster getreten. Die Polizei vermutet, daß der Täter zur Mafia gehört, die befürchtete, daß Vacarizzi „singen" würde.

Neue Raumfähre?

dpa, **Prag**

Die Sowjetunion will bis 1985 über eine einsatzfähige Raumfähre verfügen, deren Teile bis zu 100 Mal wiederverwendet werden können. Wie das in Prag erscheinende Jugendblatt „Mlada Fronta" berichtete, sind bisher schon drei „Funktionsmodelle" solcher Fähren im Erdumlauf getestet worden.

Touristen ermordet

dpa, **Stockholm**

Zwei Touristen aus den Niederlanden sind am Wochenende in ihrem Zelt etwa 70 Kilometer westlich von Gällivare in Nordschweden ermordet worden. Der Täter hat den Mann und die Frau vermutlich durch das Zelttuch in den Hals gestochen. Schwedische Touristen hatten die Leichen in einem einsamen Waldgebiet am Stora Lulevatten entdeckt. Die Polizei hat gestern einen schwedischen Fischer festgenommen. Er hatte betrunken auf dänische Touristen geschossen – im Glauben, daß es sich um Deutsche handele, die auf Vogeljagd seien.

Baby für Mörderin

SAD, **London**

Die Engländerin Mary Bell (27), die als Zehnjährige zwei Kinder erdrosselt hat und 12 Jahre ihres Lebens in einer geschlossenen Anstalt verbrachte, hat jetzt ein Kind bekommen. Die vor Jahren auf freien Fuß gesetzte Kindermörderin lebt unter neuem Namen mit ihrem Freund zusammen.

ZU GUTER LETZT

Beschleunigtes Asylverfahren wird verlängert. Überschrift der Bundestags-Pressestelle zu einer Entscheidung des Innenausschusses.

Polizei unschuldig am Flammentod in Haftanstalt

Berlin: Ermittlungen gegen das Wachpersonal eingestellt

F. DIEDERICHS, **Berlin**

„Es war die Hölle, infernalisch." Die Worte des Berliner Oberstaatsanwaltes Hans-Ulrich Noack, gestützt auf die Aussagen von 62 Zeugen, versuchen noch einmal die Vorgänge der Silvesternacht 1983 zu umreißen. Da, wo menschliches Vorstellungsvermögen versagt, hilft die Sachlichkeit technischer Gutachten weiter: „15 brennende Matratzen entwickeln auf drei Meter Entfernung eine so große Hitze, daß 50 Prozent der einer solchen Hitze ausgesetzten Personen nur 45 Sekunden überleben." Dies ist das Fazit der Bundesanstalt für Materialprüfung.

Wie lange letztlich die sechs ausländischen Häftlinge in der Abschiebehaftanstalt der Berliner Polizei den Feuersturm aushielten – diese Frage stellt sich heute nicht mehr. Um 21.29 Uhr hatten am Silvesterabend die Häftlinge der Zellen A und B aus Protest gegen ihrer Ansicht nach unmenschlichen Bedingungen ihre Matratzen angezündet. Die Feuerwehr, nur sieben Minuten später zur Stelle, benötigte Minuten, um die Tür zur Zelle B zu öffnen. „Die Hitze war so stark, daß sich die 18-Millimeter-Stäbe der Gittertür verbogen hatten", berichtete der Einsatzleiter.

Im Inneren der Zelle fanden die Helfer sechs leblose Körper. Die Häftlinge, die später noch Decken und Papier auf die lodernden Flammen geworfen hatten, waren erstickt. Zudem hatten sie aus unbekannten Gründen das Türschloß mit Handtüchern umwickelt und fest verknotet. „Es ist naheliegend, daß die Verstorbenen unüberlegt das Feuer entfacht und damit unbeabsichtigt eine für sie ausweglose Situation geschaffen haben", formulierte der Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Helmut Königshaus, als er am Freitag die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen das Wachpersonal bekanntgab.

Vier Polizisten, die um 19 Uhr am Silvesterabend ihren Dienst angetreten hatten, waren später von Überlebenden der Brandkatastrophe der fahrlässigen Tötung und unterlassenen Hilfeleistung beschuldigt worden. Der schwerste Vorwurf gegen die vier Männer: Sie hätten nach Ausbruch des Feuers die Zellentür verschlossen und den Häftlingen die Fluchtmöglichkeit genommen.

Die Polizisten machten von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch. Aus allen anderen Zeugenberichten, die „wegen des hektischen Geschehens in der Brandnacht alle ein wenig voneinander unterschiedlich waren", so Oberstaatsanwalt Noack, gelang es den Justizbehörden dennoch, ein klares Bild der Geschehnisse zu zeichnen.

Die wichtigste Erkenntnis, die die nach Ansicht von Polizeipräsident Klaus Hübner ohnehin mit derartigen Bewachungsaufgaben überforderten Polizisten von jeder Schuld freispricht, belegt die Tatsache, daß zwar die Tür zu Zelle B verschlossen wurde, dies aber vor Ausbruch des Brandes in diesem Raum geschah.

Als die Beamten den ersten der beiden Brände, der in Zelle A ausbrach, bemerkten, verschlossen sie die weiteren Zellen B, C und D – sie befürchteten offenbar einen Ausbruchsversuch. Während die Beamten dann, gegen starken Widerstand der Insassen, das Feuer in Zelle A löschten, legten die sechs Männer aus Zelle B das Feuer, das ihnen zum Verhängnis werden sollte.

Eine griechische Tragödie in modernem Gewand

Vickys Kampf um das Sorgerecht für ihren Sohn in Griechenland weckt Hoffnungen für viele deutsche Mütter

E. ANTONAROS, **Athen**

Eigentlich ist der Kampf der Schlagersängerin Vicky Leandros um ihren vierjährigen Sohn nicht ungewöhnlich. Immer wieder wenden sich deutsche Frauen nach einer gescheiterten Ehe mit einem Griechen an die deutsche Botschaft in Athen und bitten um Hilfe. Die Geschichten sind fast immer gleichlautend: Der Ex-Ehemann ist mit dem Kind irgendwo im Lande verschwunden. Die deutsche Mutter bemüht sich vergeblich um das Sorgerecht.

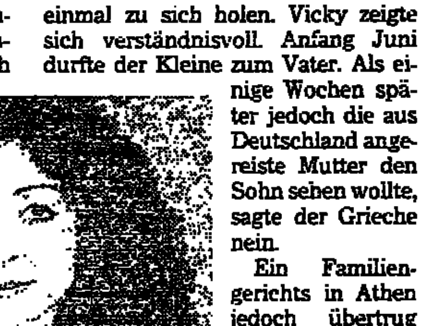
Und doch hat Vickys Kampf etwas Ungewöhnliches an sich. Nicht nur, weil die seit 25 Jahren in Hamburg lebende zierliche Griechin als etablierter Name im Showgeschäft Schlagzeilen macht. Aus der Auseinandersetzung zwischen der 33jährigen Wahlhamburgerin und ihrem Noch-Ehemann, dem bereits zweimal geschiedenen Architekten und Bauunternehmer Iwan Zissiades (43), um das Sorgerecht für Leandros ist vielmehr ein Entführungsfall geworden, der von Tag zu Tag dramatischer zu werden scheint.

Vicky, die in Hellas weniger populär ist als in ihrer Wahlheimat, hatte ihren Mann während der Sommerferien in Griechenland vor sechs Jahren kennengelernt. Zwischen den beiden – Motto: Grieche sucht Griechin – funkte es auf Anhieb. Kurz danach besiegelte Leandros' Geburt das Partnerglück. Doch zunächst scheuten die beiden den Weg zum Traualtar, möglicherweise mit Rücksicht auf Vickys Fans in Deutschland. Geheiratet wurde erst vor zwei Jahren, Leandros wurde vom Vater nachträglich als ehelicher Sohn legitimiert.

Fast von diesem Zeitpunkt an gehen die Schilderungen der einstigen Lebenspartner auseinander. Vikky hatte zwar ihre Auftritte erheblich reduziert, will aber nie die Absicht gehabt haben, sich für immer in Griechenland niederzulassen. „In Deutschland fühle ich mich wohler", sagt sie immer wieder. Ihr Mann fühlt sich dadurch betrogen und im Stich gelassen. „Vicky wollte doch in Griechenland bleiben. Ich weiß nicht, wieso sie auf einmal ihre Meinung geändert hat."

Im Herbst 1983 war es mit der Liebe zu Ende. Die Trennung wurde für Leandros zur Qual. Mal war der Junge bei der Mutter in Hamburg, dann wieder beim Vater im Athener Badeort Glyfada. Als Vicky vor knapp zwei Monaten die Scheidung einreichte, wollte Zissiades seinen Sohn noch einmal zu sich holen. Vicky zeigte sich verständnisvoll. Anfang Juni durfte der Kleine zum Vater. Als einige Wochen später jedoch die aus Deutschland angereiste Mutter den Sohn sehen wollte, sagte der Grieche nein.





Eine Mutter kämpft um ihr Kind: Schlagersängerin Vicky. FOTO: DPA

Ein Familiengerichts in Athen jedoch übertrug der Mutter das Sorgerecht. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Zweimal hat ein Gerichtsvollzieher vergeblich versucht, den Kleinen beim Vater abzuholen. Obwohl Zissiades ursprünglich die richterliche Entscheidung respektieren wollte, ist der Junge seit gut einer Woche spurlos verschwunden. Vermutlich lebt er bei Freunden der Familie irgendwo auf dem Lande.

Zissiades, den Vicky nachträglich als einen Mann bezeichnet, „der mich eigentlich nie hätte heiraten dürfen", hat die Übergabe mit der scheinheiligen Begründung verweigert, die Sorgerechtsentscheidung sei ihm nicht klar genug gewesen. Außerdem wolle er wissen, ob Leandros Griechenland überhaupt verlassen dürfe und wie seine Besuchsrechte aussehen würden.

Als er am Donnerstag aussagen wollte, wurde er im Gerichtssaal sofort festgenommen. Vicky hatte gegen ihn eine Anzeige wegen Vorenthaltung des Kindes und Mißachtung einer Entscheidung erstattet. Auch nach seiner Festnahme, die freilich inzwischen wieder aufgehoben wurde, blieb Zissiades stur: Selbst die Tatsache, daß er bis zu fünf Jahre ins Gefängnis wandern könnte, hat ihn nicht umstimmen können. Den Aufenthaltsort seines Sohnes gab er nicht preis.

Der letzte Akt dieser Griechentragödie ist noch nicht zu Ende. Geht dieser Prozeß für Vicky positiv aus, womit zu rechnen ist, dürfen auch andere deutsche Frauen hoffen. Übermäßiger Optimismus wäre jedoch fehl am Platze. Im kinderlieben Griechenland drehen sich die Mühlen der Justiz langsam. (SAD)

LEUTE HEUTE

Armer Tim

„Mein Sohn ist mir zu gut für die abgelegte Geliebte von **Prinz Andrew. Koo Stark** hat meinen Tim um den kleinen Finger gewickelt. Ich will nicht die Schwiegermutter dieser Frau werden." So klagte **Hilary Jefferies** (40), die Mutter des zweifachen Millionärs **Tim Jefferies** (22), der die 28 Jahre alte Ex-Geliebte des Zweitältesten der Queen am 7. September unbedingt kirchlich heiraten möchte. Nach ihrer ersten Begegnung mit der Liebsten ihres Sohnes nahm die resolute Mutter kein Blatt vor den Mund. Sie denke nicht daran, den beiden ihren Segen zu geben. „Tim ist Wachs in den Händen der erfahrenen Koo." Die Mutter weiter: „Wenn Koo für Prinz Andrew nicht gut genug war, dann ist sie es auch für meinen Sohn nicht." Tims Ex-Freundin, die Farmerstochter **Judy Hughesdon**, weiß inzwischen auch, was sie von dem jungen Mann zu halten hat, der im Alter von 21 Jahren zwei Millionen Mark aus dem Erbe seines Großvaters erhielt: „Als Gott Hirne verteilte, da gab er Tim nur Murmeln."

Liz wieder solo

Liz Taylor (52) hat ihre Verlobung mit dem mexikanischen Anwalt **Victor Luna** platzen lassen. Wie die Londoner „Sun" meldete, hielt sie es nicht einmal für nötig, ihrem Mexikaner den 16karätigen Brillantring zurückzugeben, den er ihr schenkte. Luna hat der Taylor durch schwere Zeiten geholfen, als sie süchtig nach Beruhigungsmitteln und Alkohol war. Inzwischen ist sie wieder topfit und verhandelt über ein neues Filmprojekt.

Ein Bild totaler Verwüstung bot der Bahnhof von Divaca. Eine Fahrt ins Wochenende endete mit Schrecken und Tod. FOTO: UPI

31 Todesopfer bei Zugkatastrophe

AFP, **Belgrad**

Ein Zugunglück in Jugoslawien am Samstag morgen hat nach offizieller Bilanz 31 Menschenleben gefordert. Weitere 33 Passagiere wurden verletzt. Das Unglück ereignete sich auf der Strecke Belgrad–Pula im Bahnhof der Ortschaft Divaca unweit der jugoslawisch-italienischen Grenze, als ein Güterzug mit einer Geschwindigkeit von mehr als 60 km/h auf einen stehenden Personenzug auffuhr. Der Lokführer des Güterzuges hatte allem Anschein nach ein Haltesignal übersehen. Er gab beim Verhör an, übermüdet gewesen zu sein.

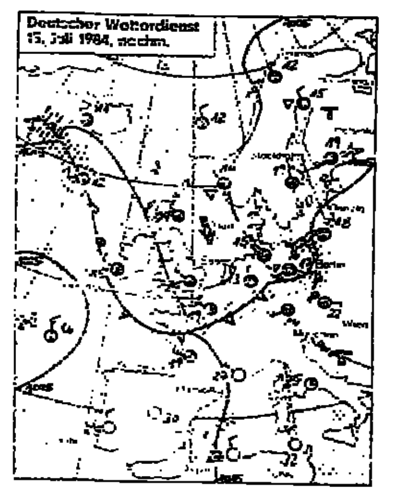
Zunächst war von 36 Todesopfern die Rede gewesen. Dies begründete ein Sprecher des Roten Kreuzes gestern damit, daß die Schwerverletzten in verschiedene Krankenhäuser eingeliefert worden seien, was zu falschen Angaben über die Anzahl der Opfer geführt habe, die ihren Verletzungen erlegen seien. Die Identifikation der Toten war gestern mittag noch nicht abgeschlossen, doch sollen nach Angaben der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug keine Ausländer unter den Opfern sein. In dem Personenzug befanden sich rund 1500 Passagiere, die meisten davon jugendliche Urlaubsreisende aus Belgrad.

Bei dem Aufprall wurden die letzten drei Waggons des Personenzuges völlig zertrümmert und aus den Gleisen geschleudert. Der kleine Bahnhof von Divaca bot ein Bild des Grauens. Die Bergungsmannschaften arbeiteten sich mit Schweißbrennern zu den eingeklemmten Opfern vor. Die Bevölkerung wurde über Rundfunk zu Blutspenden aufgerufen.

Der Lokführer des Güterzuges, Franz Vodopivec, gab an, er sei nach einer 14stündigen Dienstzeit übermüdet gewesen. Er habe vor Divaca abgelöst werden sollen, jedoch sei der Kollege nicht erschienen. Das Zugunglück ist eines der schwersten in der Geschichte der jugoslawischen Eisenbahn. 1974 hatte die Entgleisung eines Zuges in Zagreb 153 Todesopfer gefordert.

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Ein mittleres Tief aus Nordwesten zieht über Deutschland. Es bringt kühle und wolkenreiche Meeresluft mit vereinzelten Regenfällen.



Vorhersage für Montag:

Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: Wechselnd, vielfach stark bewölkt mit einzelnen Schauern, örtlich auch Gewitter. Im Alpenraum anfangs bedeckt und regnerisch. Tageshöchsttemperaturen um 16 Grad. Tiefste Werte in der Nacht zwischen 12 und 8 Grad. Mäßiger, zeitweise auffrischender Wind aus nordwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Nur noch vereinzelt Schauer, örtlich Aufheiterungen. Weiterhin kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	15°	Kopenh.	15°
Dresden	17°	Las Palmas	22°
Essen	13°	London	15°
Frankfurt	17°	Madrid	30°
Hamburg	15°	Mailand	25°
List/Sylt	16°	Mallorca	29°
München	19°	Moskau	21°
Stuttgart	16°	Nizza	24°
Algier	27°	Oslo	18°
Amsterdam	15°	Paris	19°
Athen	32°	Prag	18°
Barcelona	23°	Rom	25°
Brüssel	14°	Stockholm	19°
Budapest	27°	Tel Aviv	30°
Bukarest	30°	Tunis	32°
Helsinki	19°	Wien	22°
Istanbul	25°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.11 Uhr, Untergang: 21.33 Uhr; **Mondaufgang:** 23.53 Uhr, Untergang: 9.37 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel